

GESCHICHTE UND GEGENWART

Seite

<i>Hans Peter Johannsen</i> Kultur als Geschenk und Aufgabe.....	146
<i>Per Hækkerup</i> Das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation	151
<i>Troels Fink</i> Die Minderheitenregelung im schleswigschen Grenzland auf geschichtlichem Hintergrund	157
<i>Johannes Tonnesen</i> Aus der Frömmigkeit in Nordschleswig bis 1920	165
<i>Friedrich Bauer</i> Ein vergessenes Kapitel.....	178
<i>Gerhard Beier</i> Marx, Engels, Lassalle und der deutsch-dänische Konflikt 1848 und 1864	192
<i>Ernst Siegfried Hansen</i> Das Einheitskommando im Ostseegebiet	203
Umschau ab Seite 211	

PER HÆKKERUP stammt aus Ringsted, wo sein Vater Redakteur und Bürgermeister war. Er studierte Staatswissenschaften, war Vorsitzender der Sozialdemokratischen Jugend Dänemarks und später Generalsekretär der Sozialistischen Jugend-Internationale. Nachdem er vier Jahre lang dem Stadtrat von Kopenhagen angehört hatte, wurde er 1950 ins Folketing gewählt. Seit 1957 sozialdemokratischer Wortführer. Er war Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg, Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des Folketings und der dänischen UNO-Delegation. Vorsitzender von „Det danske Selskab“. Jetzt dänischer Außenminister.

JOHANNES TONNESEN, geboren am 3. Februar 1882 in Apenrade. Besuch des Gymnasiums in Hadersleben. Studium in Erlangen, Kiel, Berlin, Kopenhagen. Bis 1914 Pastor in Hellewatt-Eckwatt in Nordschleswig, dann an der Marienkirche in Rendsburg. Mitbegründer der Heimvolkshochschule Rendsburg. Von 1930 bis 1932 Professor an der Pädagogischen Hochschule in Altona. Anschließend bis 1944 Pastor an der Kreuzkirche in Altona, dann bis 1953 in Innien. Lebt heute im Ruhestand in Flensburg.

FRIEDRICH BAUER wurde 1885 in Kiel geboren. Von Beruf Buchdrucker. Anfang 1919 bis Herbst 1921 Arbeitersekretär in Flensburg. Anschließend juristischer Berater beim Ortsausschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1927 vom Hamburger Senat an die Hamburgische Gesandtschaft in Berlin berufen und 1928 zum Senatsrat und zum stellvertretenden Bevollmächtigten Hamburgs im Reichsrat ernannt. 1933 von den Nationalsozialisten entlassen. 1934 in die Filmverleihbranche eingestiegen und 1945 von der britischen Besatzungsmacht zum Wiederaufbau des deutschen Films in ihrer Besatzungszone berufen. Lebt jetzt in Hamburg.

GERHARD BEIER, geboren in Flensburg am 10. April 1937. Abitur an der Goethe-Schule. Studium in Kiel und Tübingen, cand. phil.

Die anderen Autoren dieses Heftes sind unseren Lesern allgemein bekannt.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,— DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,— DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

GESCHICHTE UND GEGENWART

Als 1950 der „Grenzfriedensbund“ gegründet wurde, wußte allem Anscheine nach niemand mehr etwas von dem „Grenzbund“, der dreißig Jahre vorher bestanden hatte und dessen Wirken einer ähnlichen Situation entsprungen war wie derjenigen, um deren Bewältigung man sich jetzt selbst mühte: dem Eintreten für die eigene Nation und zugleich dem Bemühen, mit dem national anders Gesinnten im Gespräch zu bleiben und wenn möglich zu einem für beide Seiten annehmbaren Ausgleich der Interessen zu kommen.

Wie gesagt: die Situation war 1950 eine ähnliche wie zur Zeit der Volksabstimmung 1920, aber nicht die gleiche. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik, das Dritte Reich, der zweite Weltkrieg mit der Besetzung Dänemarks durch die Deutschen, der totale Zusammenbruch 1945 hatten in vielem andere politische und vor allem gänzlich veränderte psychologische Voraussetzungen geschaffen.

So war auch die Zielsetzung des „Grenzfriedensbundes“ einerseits viel begrenzter und bescheidener, andererseits aber wesentlich realistischer als die des dem Vergessensein anheimgefallenen „Grenzbundes“. Dieser rechnete noch mit dem wachen übernationalen Solidaritätsbewußtseins der Arbeiterschaft als einer Realität mit schöpferischer Kraft und wollte darum Deutsche und Dänen trotz und gerade wegen der eben vorhergegangenen nationalen Auseinandersetzung zu gemeinsamem Handeln in seinen Reihen sammeln, um so Klammer und Brücke zumindest für die Arbeiterschaft des durch die neue Grenze geteilten Schleswigs zu werden.

Daß dieses Wollen sich als utopisch erwiesen hat, mindert nicht den Wert des Versuchs, der durch seine Großzügigkeit, die besonders aus dem „Ruf zur Sammlung“ spricht, noch heute besticht und Respekt vor dem damaligen Wollen abnötigt.

Das in diesem Heft sich befindende „Vergessene Kapitel“, Erinnerungen des ersten Vorsitzenden und führenden Kopfes des „Grenzbundes“, Friedrich Bauer, verdanken wir dem glücklichen Umstand, daß eine durch drei Jahrzehnte abgerissene Verbindung sich wieder knüpfte und wesentliches Material aus der

Zeit um 1920 trotz der Haussuchungen des Nationalsozialismus und der Bomben auf Hamburg während des zweiten Weltkrieges erhalten geblieben ist und bei der Rück Erinnerung wertvolle Hilfe leistete. So konnte ein wenn auch vielleicht nicht mehr in allen Einzelheiten, so doch in den großen Zügen zutreffendes Bild des damaligen „Grenzbundes“ gegeben werden.

Johannes Tonnese, heute als Pastor im Ruhestand in Flensburg lebend, schreibt in diesem Heft über die Frömmigkeit in Nordschleswig bis 1920, die Geschichte einer Erweckungsbewegung. Dem flüchtigen Blick erscheinen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung jener Jahre und die „Indre Mission“ wie Feuer und Wasser, und sicher haben „Arbeiterbewegung“ und „Erweckungsbewegung“ sich auch selbst als Antipoden empfunden. Im Nachhinein stellt man nun mit Erstaunen fest, daß beide zumindest an einem Punkte sich berühren. Als Bewegungen, für die das Nationale nicht letzter Wert ist — sie folgen ja anderen Sternen —, sind sie gezwungen, sich mit der nationalen Problematik des schleswigschen Grenzlandes theoretisch und praktisch auseinanderzusetzen. Sie tun es jede auf ihre Weise, wobei sie von diametralen Standpunkten aus zu dem gleichen Ergebnis kommen: der Forderung nach nationaler Toleranz und friedlichen Neben- und Miteinander im Grenzland. Dazu sagt Tonnese im vorletzten Absatz seiner Erinnerungen:

„Denn es kann gar nicht anders sein, als daß das Leben zwei Brennpunkte hat: den Eifer um das Volkstum und den christlichen Glauben. Um diese beiden Brennpunkte kreist das Leben. Dabei ist es gar nicht zu vermeiden, daß die beiden Brennpunkte sich nähern. Da setzt die Gefährdung der Frömmigkeit ein, wenn der Mittelpunkt „Volkstum“ den christlichen verschlingt. Dann wird Eifer um das Volkstum zu einem Religionsersatz in christlicher Verbrämung. Wo wir uns aber verbunden wissen als Dänen und als Deutsche unter Gottes Wort und einander als Christen von der Taufe bis zum Grabe durchs Leben begleiten und das Allerheiligste miteinander feiern im Abendmahl, da bezeugen wir einander, daß wir uns in unserem Lande der Spannungen zu dem Frieden bekennen, der über alle Vernunft ist“

In einer völlig anderen, gänzlich der politischen Praxis verhafteten Sprache und doch über das Verhalten im Nationalitätenstreit im Prinzip das gleiche aussagend, heißt es in der Resolution der schleswigschen Vertreter der Sozialdemokratie, gefaßt am 20. Oktober 1919:

„Wir gestehen dem Deutschen wie dem Dänen das Recht zu, für seine Kultur und den Zusammenhang mit der Staatsorganisation seines Stammes zu wirken und zu stimmen. Wir erklären aber unsere Parteiorganisation als unzuständig, in diesen Kampf einzutreten. Die

deutschen Sozialdemokraten und die dänischen Sozialdemokraten bleiben politisch und sozial vereint und werden, wie auch das Schicksal in der einzelnen Gegend entscheidet, einig bleiben im Deutschen Reiche so gut wie im Staate Dänemark.“

Bis an ihre Ursprünge zurückverfolgt wird die sozialdemokratische Nationalitätenpolitik in dem Aufsatz von Gerhard Beier über „Marx, Engels, Lassalle und der deutsch-dänische Konflikt 1848 und 1864“, wobei Anregung und Ausgangspunkt der Brief von Friedrich Engels aus dem Herbst 1864 über eine Reise zum Studium der nationalen Verhältnisse im Schleswigschen ist. Ihres Umfangs wegen erscheint die Arbeit entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit in zwei Teilen.

Wie aktuell die Betrachtung des Ringens um Schleswig unter großpolitischen Aspekten auch heute noch ist, zeigt der Beitrag von Per Hækkerup, seit wenigen Tagen Außenminister unseres dänischen Nachbarlandes. Als Sprecher der Sozialdemokratie im Folketing und Vorsitzender von „Det danske Selskab“ war der jetzige Außenminister in den letzten Monaten mehrfach Gast in unserem Lande und hat in stark beachteten Reden zum Verhältnis der dänischen und der deutschen Nation zueinander Stellung genommen, so auf Einladung des schleswig-holsteinischen Volkshochschulverbandes und der Pädagogischen Hochschule Flensburg-Mürwik, auf der Kieler Woche und vor kurzem auf der Nachbarschaftstagung in Schloß Tremsbüttel. Seine von uns schon vor der Ernennung zum Außenminister erbetenen und freundlicherweise zur Verfügung gestellten Ausführungen über „Das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation“ werden sicher besonders beachtet werden.

Per Hækkerup meint zu der immer wieder erörterten Frage, ob Dänemark sich auf Deutschland verlassen kann, daß diese nur von Deutschland selbst zu beantworten ist und schreibt dazu:

„Das Vertrauen zu einer stabilen und demokratisch fest verankerten deutschen Außenpolitik ist letzten Endes davon abhängig, in welchem Ausmaße sich die echten demokratischen Kräfte in Deutschland geltend machen, und von der Erwartung, daß die deutsche Jugend definitiv mit den großdeutschen Träumen früherer Zeiten gebrochen hat zugunsten einer erweiterten Zusammenarbeit mit der demokratischen Jugend anderer Länder.“

Mit Generalkonsul Professor Troels Finks Beitrag kehren wir in den unmittelbaren Bereich des deutsch-dänischen Zusammenlebens und Miteinanders zurück. Sein Vortrag über „Die Minderheitenregelung im schleswigschen Grenzland auf geschichtlichem Hintergrund“ fand auf dem 12.

Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen in Flensburg Ende Mai d. J. viel Zustimmung. Er sagte dort abschließend:

„Die beiden Minderheitenerklärungen vom 30. März 1955 stehen als Abschluß einer langen Entwicklung und enthalten eine Festlegung von Prinzipien, die schon vorher geltend waren ... Wie die Erklärungen staatsrechtlich zu deuten sind, wird schwierig zu entscheiden sein. Wie sie entstanden sind, darf man sie als Zeichen des guten Willens zwischen den Nachbarländern Dänemark und Deutschland nehmen. Soweit die Wirkung bis jetzt zu überblicken ist, ist sie eine gute gewesen. Die Entspannung im deutsch-dänischen Grenzgebiet ist leicht zu erkennen; und ich darf wohl mit einem Paradox diese Ausführungen beenden, indem ich behaupte: Je weniger die Erklärungen des Jahres 1955 in Anspruch genommen werden, um so besser behaupten sie sich.“

Dr. Hans Peter Johannsens Gedanken über „Kultur als Geschenk und Aufgabe“, die dieses Heft einleiten, beziehen die Problematik unseres Grenzlandes ganz auf den einzelnen und sein Verhältnis zu Geschichte und Gegenwart unserer engeren Heimat. Er schreibt dazu an einer Stelle:

„Eine solche Kenntnisnahme durch den einzelnen Menschen führt zur Erhöhung seines Daseins, macht ihn freier durch das Wissen um die Welt und fröhlicher durch das Erlebnis des Schönen. Freilich: Solches muß erarbeitet werden. Diese Arbeit trägt einen reichen Lohn in sich selbst, und sie wird das Verhalten der Menschen untereinander prägen. Das bedeutet: Das Wissen voneinander kann das Vertrauen zueinander erzeugen und mehren.“

Ursprünglich in der bekannten dänischen Tageszeitung „Kristeligt Dagblad“ erschienen, ist es einer von vier Aufsätzen, in denen außer Dr. Johannsen und Per Hækkerup der Deutschland-Korrespondent Adolph Rasten und der Leiter des Jugend-Amerika-Hauses in Hamburg, Karl Nielsen, zum deutsch-dänischen Verhältnis in sehr verschiedener Weise Stellung nehmen.

Der Beitrag von Ernst Siegfried Hansen über das „Einheitskommando im Ostseegebiet“ führt gewissermaßen als Kontrapunkt noch einmal in die große Politik zurück.

So spannt dieses Heft einen weiten Bogen: von der unmittelbaren Gegenwart zurück um ein Jahrhundert, von der „Indre Mission“ bis zu Karl Marx, von der großen Politik bis zu der Frage nach dem ganz persönlichen Verhältnis des einzelnen zu seiner Heimat.

Ernst Beier

Kultur als Geschenk und Aufgabe

„Der Mensch weiß nur das, womit er sich täglich beschäftigt.“ Diesen Satz konnte man kürzlich in einem Essay lesen, in dem die Frage gestellt wurde, ob man die Geschichte lehren solle. Der Verfasser verneinte diese Frage zwar nicht, vertrat aber die Meinung, daß der Mensch schon den Stoff der Geschichte zu wenig beherrsche, um in einem kleinen oder großen Beitrag zur Zeit sein Wissen als Erfahrung anzuwenden. Daher seien dem „Erfolg“ des Unterrichts Grenzen gesetzt. Er betonte jedoch mit Nachdruck, daß wir trotzdem Geschichte lernen sollten, „um reicher und auf diese Weise glücklich zu werden“.

Angewandt auf das politische Verhältnis zwischen dem Dänemark und dem Deutschland der Gegenwart, bedeutet diese Meinung etwa dies: Deutsche und dänische Bürger, die nicht gerade Spezialisten sind, werden sich im Detail der Ursachen und Anlässe der beiden schleswigschen Kriege nicht auskennen, sie werden aber eine stark vom Gefühl geprägte Meinung besitzen, derzufolge seit drei Menschenaltern das deutsch-dänische Verhältnis politisch — milde ausgedrückt — sehr getrübt war. Sie werden aus einem gesunden Instinkt heraus fühlen, daß etwas Neues im Werden ist, sie werden in den meisten Fällen auch die Notwendigkeit des Neuen bejahen.

Der Entspannung des kühlen Verhältnisses zwischen den beiden Völkern dienten die Bemühungen deutscher und dänischer Politiker nach dem zweiten Weltkrieg, welcher neue und schwerste Belastungen zwischen ihnen gebracht hatte. Allein schon die Initiative und vor allem das Tempo ihrer Handlungen würden diesen Männern, die sich um die Beendigung eines durch die Amoralität der deutschen Politik von 1933 bis 1945 hervorgerufenen Zustandes bemühten, ein geschichtliches Verdienst sichern müssen. Zweifelsohne waren sie wirklich Politiker, diese Männer, das heißt, sie hatten erstens die für das politische Handeln nötige Erfahrung, sie hatten zweitens das, was den Politiker kennzeichnet, den Willen zum Handeln, mitzuweben am Mantel der Geschichte. Besaßen sie auch das dritte und wesentlichste Element des politischen Menschen, das künstlerische Vermögen, das heißt, die Fähigkeit, aus der schöpferischen Phantasie heraus Verhältnisse zu wandeln und zu neuen Ufern vorzustoßen?

Diese Frage beantworten nicht allein die Fakten der Politik, sondern diese Frage kann nur durch das Echo der Zeitgenossen beantwortet werden, dadurch also, ob es den Politikern gelungen ist, jene geheimnisvolle, so schwer zu enträtselnde Verbindung zwischen dem „Zeitgeist“ und den Zeitgenossen herzustellen. Diese

Frage also, ob die Männer in Kiel, Kopenhagen und Bonn 1949/1955 Geschichte gemacht haben, werden wir alle — Deutsche und Dänen — gemeinsam beantworten müssen.

In diesem Zusammenhang seien einige Bemerkungen eines deutschen Schleswigers gestattet. Der Schreiber dieser Zeilen ist Bibliothekar. Es sei ihm daher erlaubt, an ein interessantes Faktum zur Literatur der Schleswigfrage zu erinnern. Als im Jahre 1952 die deutsche und die dänische Bibliothek in der Stadt Flensburg gemeinsam eine Ausstellung über die Literatur des Grenzlandes veranstalteten, erwies sich folgendes: Jene Werke, in denen geschichtlich-politische, militärische, personalgeschichtliche und geographische Probleme des Grenzlandes behandelt sind, zählen nach vielen Tausenden, Werke zur Kunst und Wissenschaft der beiden Völker — gesehen auf dem Hintergründe ihrer geschichtlichen Beziehungen — sind schon erheblich weniger zahlreich, und gar solche Werke, in denen nun die Kulturverbindungen der beiden Völker wirklich als gestaltetes Erlebnis offenbar werden, solche Literatur ist kaum vorhanden — es sei denn in einigen tastenden Ansätzen. Das bedeutet, daß bisher Mars die Stunde regiert hat oder, bürgerlicher ausgedrückt: die Politik, deren ultima ratio, wenn sie sich in den Händen von Dilettanten befindet, der Krieg ist.

„Die Politik ist unser Schicksal“, sagte Napoleon, ein zwar nicht unbedeutender, aber in höchstem Grade unsympathischer Vertreter der europäischen Geschichte. Später lernte man, daß die Wirtschaft das Schicksal bestimme, was wahrscheinlich der Richtigkeit sehr viel näher kommt. Selbstverständlich bestimmen politische und wirtschaftliche Gegebenheiten weitestgehend auch heute das Leben des Grenzlandes und damit der beiden Nachbarvölker. Man muß es verstehen, daß die Dänen in den europäischen Schalmeien die deutschen Mißtöne der Vergangenheit noch im Ohr haben. Man muß aber auch von ihnen erwarten, daß sie bereit sind, an den Willen der Deutschen zur Demokratie zu glauben, diesem neuen Deutschland moralischen Kredit zu geben. Beweise für die Kreditwürdigkeit sind durch die Absage an alle Extremisten der Politik bei fast allen deutschen Wahlen der letzten Jahre gegeben. Daß die Dänen in der Debatte über die europäische Wirtschaftsgemeinschaft zunächst einmal Plus und Minus ausgerechnet haben, ist nicht verwunderlich. Daß diese Debatte, wenn man sie von außen beobachtet, den Eindruck erweckt, als ob der von den Dänen befürchteten Überfremdung durch den „Romtraktat“ schon in den Anfängen gewehrt ist, ist zugleich eine Frage, ob es sich in der Tat so verhält. Wenn man so lebhaft die Dinge der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch vom Standpunkt der Kultur diskutiert, dann brauchte einem nicht bange zu sein um Seele und Geist des Volkes. Und zudem: Es war der Däne Erik Lunding, der die Frage stellte, ob wir im Zeichen der Verinnerlichung stünden oder ob Deutschland und Dänemark sich in dem gleichen und hochgradigen Amerikanismus erst recht

begegnen würden.

Aber sind die Politik und die Wirtschaft im Verhältnis unserer beiden Völker nun wirklich und ausschließlich unser Schicksal? Ich möchte die Frage verneinen und sie in unserer heutigen Betrachtung in eine These umwandeln: Die Kultur ist Geschenk und Aufgabe im Leben des deutschen und dänischen Volkes. In einem jahrhundertelangen kriegerischen wie ökonomischen Druck aufeinander entstanden die heutige Situation und die heutige Staatsgrenze. Das Ergebnis sind volklich bewußt lebende Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze — ein Ergebnis voller historischer und zukunftssträchtiger Beweiskraft. Krieg und Repressalien zwischen den beiden Ländern sind undenkbar geworden.

Die Politik regiert jedenfalls nicht mehr allein die Stunde, und jetzt erhebt sich die Frage, die wir vorhin stellten: Machte man 1949 und 1955 Geschichte? Bisher war das Werk der Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark ein Werk des Verstandes. Wird es populär werden — dieses Werk? Wird man von der Überwindung der Ressentiments zur Bereitschaft des politischen und kulturellen Gesprächs und damit zu einer politisch-demokratisch-kulturell geprägten Atmosphäre der Partnerschaft kommen? Wird man wirklich miteinander sprechen — im Palast und in der Hütte?

Die Kultur ist Geschenk und Aufgabe im Leben der Deutschen und Dänen, aus zwei Ursachen heraus. Einmal ist es faszinierend, zu sehen, wie sich diese beiden Völker in den verschiedenen Kultur- und Stilepochen bald voneinander angezogen, bald abgestoßen fühlten. Literarische Zeugnisse fesselnder Art beweisen es. Man liest sie mit großem Gewinn und studiert in diesem Zusammenhang Personen, Bauten und Bilder. Man vermehrt seine Kenntnisse des lokalen Lebens und wird dadurch reicher in der Liebe zur Geschichte der Heimat. Zum zweiten hat diese Geschichte sowohl Handlung und Farbe als vor allem auch Stil und Charakter. Stil und Charakter jedoch sind nicht gerade das Kriterium unserer Zeit. Wenn wir Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts als einzelne uns bewahren wollen — und nur dies kann die Aufgabe eines freien Lebens sein —, dann bieten sich uns die Verzahnungen im Leben der beiden Völker als Stoff, an welchem wir uns erproben können, an. Darf ich Beispiele geben: Wir müssen als gebildete Menschen gegenseitig unsere Sprache lernen, damit wir die Perlen beider Literaturen nicht nur lesen, sondern erleben und in Besitz nehmen können. Diese Perlen muß jeder für sich suchen, denn nur dann erfreuen ihn die gefundenen Kostbarkeiten.

Wenn man in einem Roman eines modernen deutschen Dichters, der an der Nordseeküste spielt, liest, daß „die Marsch mit ihrem einförmigen Grün, mit der Weite und der strengen Gestrecktheit ihrer Linien überleitend heranzuführen soll an die gestaltlose Unendlichkeit des Meeres“, und wenn man mit Johs. V. Jensen durch Jütland wandert, dann erlebt man eine Landschaft (som) „hævede sig fladt

og i milevidt flygtende Bakker op af Søen, nyskabt og duftende af Regn som blottet af Braen i Gaar. Græsset stod lige ud til den blå Sø. Inde i Landet var der frodigt med Enge og Moser, en begyndende lys Skov og derimellem vide Heder“, und dann ist in beiden Fällen ein Stück Natur durch den Geist bewältigt und ist geprägter Besitz des empfänglichen Herzens geworden. Dabei werden dem Kenner schon an einem Detail wie diesem Stilunterschiede deutlich. Sie werden selbstverständlich noch deutlicher, wenn man Beispiele aus verschiedenen Epochen nimmt. „Schon aus weiter Ferne hebt sich die Brücke über den Kleinen Belt am Horizont ab, quer zur Landschaft gewandt, luftig und schwebend wie eine unermeßlich große Raupe“, so schildert Jensen die Brücke über den Kleinen Belt, die zweifelsohne zur Herzlandschaft Dänemarks gehört, wie die Brücke über den Neckar in Heidelberg zu der Deutschlands. Hier ein Bild, naturalistisch, im Stil aber geadelt durch den Geist. Dort, in dem großen, wunderbaren Gedicht Hölderlins über Heidelberg, „der Vaterlandstädte schönste, die je er sah“, werden Brücke, Stadt und Fluß zum Sinnbild der deutschen Geschichte und zur Deutung des Lebens schlechthin. Denken wir an die Schilderung der Physiognomie der städtischen Landschaft, dann fallen uns zahlreiche brillant formulierte Details aus den Romanen von Jacobsen und Bang auf dänischer Seite ein, während die Berliner Romane Fontanes jene lebenswürdige Seite Preußens zeigen, die dem Dänen im allgemeinen völlig unbekannt ist. Hier wirken Klischees sich in verheerender Weise aus. Aber gerade in den Romanen Fontanes und denen des dänischen Naturalismus finden wir eine Fülle von Situations- und Personenschilderungen, in denen wir uns gegenseitig von Volk zu Volk wiedererkennen können. Und in unseren Tagen ist es nicht schwer, in dem Bemühen der Dichter um eine Sinndeutung des Lebens Parallelen zwischen dem sozialkritischen Roman von Heinrich Böll und den zeitkritischen Werken von H. C. Branner zu ziehen. Beiden geht es um die Werte der freien Persönlichkeit, und hier offenbart sich auch im künstlerischen Schaffen ein Gleichklang, den man gern in allen aufmerksamen Lesern beider Völker erklingen hörte. So sehr jedes Volk aufgerufen ist, heute seine überkommenen Werte zu pflegen, d. h. zu leben, so sehr ist es ein geistiges wie politisches Erfordernis der Zeit, daß wir in Europa voneinander Kenntnis nehmen.

Eine solche Kenntnisnahme durch den einzelnen Menschen führt zur Erhöhung seines Daseins, macht ihn freier durch das Wissen um die Welt und fröhlicher durch das Erlebnis des Schönen. Freilich: Solches muß erarbeitet werden. Diese Arbeit trägt einen reichen Lohn in sich selbst, und sie wird das Verhalten der Menschen untereinander prägen. Das bedeutet: Das Wissen voneinander kann das Vertrauen zueinander erzeugen und mehren.

Wir kennen viele Höhepunkte im Laufe der deutschen und dänischen Kulturgeschichte. Wir erinnern uns des Goethe-Wortes, daß die Geschichte von

Zeit zu Zeit umgeschrieben werden muß. Es soll hier nicht nach dem Sinn der Geschichte gefragt werden. Es liegt in ihr so viel verborgenes Gift, aber von unseren lokalen Fragen her gesehen möchte man Goethes Wort derart verwirklicht sehen, daß einmal eine Kulturgeschichte der deutschen und dänischen Beziehungen geschrieben wird, die mehr als ein Resümee der Tatsachen darstellt und, wie ich eingangs sagte, erlebtes Leben ist. Es ist weder möglich noch nötig, daß Deutsche und Dänen in ihren Beziehungen zueinander sentimental zu werden versuchen. Das erlebt man heutzutage sehr oft, aber wie von den Domen in Ribe und Schleswig eine religiöse, geschichtliche und ästhetische Kraft ausstrahlt, so könnten die repräsentativen kulturellen Einrichtungen der Deutschen und Dänen zu beiden Seiten der Grenze Zeugen einer Zeit werden, in der man sich nach vielen Irrwegen und Enttäuschungen beiderseits redlich um einen neuen Höhepunkt im Leben der beiden Völker bemüht. Ganz zweifelsohne würde man bei solchem Bemühen die Aufgabe des Jahrhunderts recht verstanden haben. Niemand von uns wird Neigung verspüren, in den Ruf der Renaissance auszubrechen: „O Jahrhundert, es ist eine Lust zu leben.“ Dazu haben wir zuviel Zeitgeschichte erlebt. Aber auf der anderen Seite bestehen zwischen Deutschland und Dänemark so viele geschichtliche und ästhetische Kontakte, die geeignet sind, auch heute das Leben lebenswert zu machen und eine Grundlage zu schaffen, von der aus es nicht nur mit Skepsis, sondern auch wieder einmal mit Freude gelebt werden kann. Hier gilt es, eine einfache Regel zu befolgen, die darin besteht, wie ein deutscher Dichter es einmal vorschlug, jeden Tag ein kleines Lied zu singen, ein gutes Gemälde sich anzusehen, ein Gedicht zu lesen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte zu reden, vielleicht sogar miteinander.

Das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation

Dänemark als Wächter des Zuganges zur Ostsee

Unter den Faktoren, die in erster Linie die außenpolitische Problematik Dänemarks bestimmen, ist der wichtigste sicherlich die Placierung als Wächter des Zuganges zur Ostsee. Nur der Große Belt und in kleinerem Ausmaße der Öresund besitzen die ausreichende Breite und Tiefe, um die größten Schiffseinheiten aufzunehmen. Diese Gewässer sind deshalb die Pforte zur Ostsee, und dasjenige oder diejenigen Länder, die ihre Küsten beherrschen, sind im Besitze des Schlüssels zur Pforte der Ostsee. Dieses Schicksal hat Dänemark, und die Geschichte des Landes ist nur in Verbindung mit dem Kampf um die Macht um und in der Ostsee zu verstehen. Sie hat unser wechselndes Verhältnis zu Ländern wie Schweden, Rußland und Deutschland bestimmt.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist der Kampf um die Macht bis in die neueste Zeit von dem Versuch Deutschlands, die Vorherrschaft in der Ostsee zu erreichen, geprägt gewesen. Nach der Bildung des deutschen Nationalstaates wurde Deutschland die größte Bedrohung gegen Dänemarks Unabhängigkeit und Freiheit. Das zeigte sich im dreijährigen Krieg 1848—1851, 1864 und später.

Die Antwort Dänemarks auf die geänderte Lage nach der Bildung des Deutschen Reiches war ein Versuch, seine früher festgelegte Neutralitätspolitik aufrechtzuerhalten. Die Erkenntnis der neuen Situation ergab jedoch eine Neutralitätspolitik, die notwendigerweise für Deutschland vorteilhaft sein mußte. Das kam besonders während des ersten Weltkrieges zum Ausdruck, wo das Auslegen dänischer Minen im Großen Belt im Interesse Dänemarks, aber auch zu Deutschlands Gunsten stattfand und nur mit der Aufrechterhaltung der Neutralität vereinbar war, weil England sich stillschweigend damit abfand.

Im höchsten Maße echte Neutralitätspolitik konnte Dänemark in der Periode von 1918 bis 1935 führen. Der erste Weltkrieg hielt eine Zeitlang die zwei großen Länder, Deutschland und Rußland, von dem Spiel um die Macht in der Ostsee fern und ermöglichte eine besonders friedliche Periode in diesem Gebiet unter dem Schutz der englischen Flottenherrschaft. Mit der Machtübernahme Hitlers änderte sich dieses Bild, und die neue Situation erhielt ihren realpolitischen Niederschlag in der deutsch-englischen Flottenübereinkunft von 1935, der zufolge Deutschland

das Einvernehmen Englands zum Aufbau einer Flotte, die einem Drittel der britischen entsprach, erreichte. Das bedeutete, daß England sich von der Ostsee zurückzog und sie dem Wettbewerb zwischen Rußland und Deutschland überließ. Dänemark lebte erneut unter der Drohung der deutschen Waffenmacht, einer Drohung, die in brutaler Weise in dem Überfall auf Dänemark am 9. April 1940 und in der folgenden fünfjährigen Besetzung Dänemarks, die sich in die schmerzliche Erinnerung eines jeden Dänen eingebrannt hat, zum Ausdruck kam.

Seit Ende des zweiten Weltkrieges änderte sich die Situation wieder völlig. Deutschland war als Machtfaktor in der Ostsee verschwunden, jedenfalls für eine Zeitlang. Andererseits war die Sowjetunion in Europa so weit nach Westen vorgedrungen, wie noch nie zuvor in der Geschichte Rußlands. Somit kam die Drohung gegen Dänemark, besonders angesichts der russischen Expansionspolitik, von der Sowjetunion.

Die NATO-Politik

In Dänemark mußte man erkennen, daß das Land durch eigene Kraft nicht imstande ist, seine Neutralität gegenüber einer Supermacht wie der Sowjetunion aufrechtzuerhalten und zu sichern. Nach einem — leider — mißglückten Versuch, eine nordische Verteidigungsunion mit Norwegen und Schweden auf die Beine zu stellen, mußte diese Erkenntnis zum Eintritt des Landes in den Atlantikpakt führen. Dieser machte uns später zu einem Alliierten Deutschlands.

Es kann und soll nicht verheimlicht werden, daß eine Verteidigungsallianz, die Deutschland umfaßt, besondere politische und psychologische Probleme in Dänemark hervorruft. Die geschichtlichen Erfahrungen eines Jahrhunderts hatten Deutschland zum „Erbfeind“ gemacht, und sich plötzlich mit einem solchen zu alliierten, ist schwierig. Andererseits erforderte die veränderte Stellung in der Ostsee eine veränderte Haltung Dänemarks. Das konnte man mit seiner Vernunft erkennen, sich aber schwerlich gefühlsmäßig dazu umstellen. Es galt deshalb, in Dänemark viele Schwierigkeiten zu überwinden, um der Nato-Politik zum Siege zu verhelfen. Sie tauchten jedesmal auf, wenn die Zusammenarbeit neue Beschlüsse erforderte.

Es fing an mit der Aufnahme Deutschlands in die NATO. Das nächste Mal war es der Entschluß, NATO-Depots in Jütland, die auch der Versorgung der deutschen Einheiten südlich der deutsch-dänischen Grenze dienen sollten, einzurichten. Am schwierigsten war wohl die Lage bei der Errichtung des gemeinsamen Kommandos für die dänischen und deutschen Einheiten in Schleswig-Holstein und in der Ostsee. Die Schwierigkeiten wurden nicht geringer durch die Tatsache, daß die Fragen von deutscher Seite nicht immer mit dem genügenden Verständnis für ihren empfindlichen Charakter behandelt wurden. Das betrifft besonders den Auftakt deutscherseits zu den Verhandlungen um das gemeinsame Kommando.

Andererseits muß man gerechterweise einräumen, daß die Struktur der endgültigen Regelung des gemeinsamen Kommandos weitgehend Rücksicht auf dänische Gesichtspunkte genommen hat.

Die europäische Politik

In der gleichen Weise, wie sich die sicherheitspolitischen Verhältnisse zwischen Dänemark und Deutschland durch die gemeinsame Zugehörigkeit zur NATO vollständig verändert haben, so hat auch die europäische Politik die zwei Länder einander nähergebracht. Beide Länder haben sich offiziell zur Einheit Europas, zu einer wirtschaftlichen und politischen Union bekannt. Dagegen ist man sich nicht immer darüber einig gewesen, wie diese Union beschaffen sein sollte.

Dänemark hätte am liebsten die Bildung eines europäischen Freihandelsgebietes gesehen. Wir bestrebten uns während der langwierigen Verhandlungen in Paris 1957—58 eifrig, eine solche Lösung zu erreichen. Verschiedene Motive waren für die dänische Haltung ausschlaggebend. Entscheidend war jedoch der Wunsch, England in die Gemeinschaft einzubeziehen. Dieser Wunsch entsprang sowohl allgemein europäischen als auch speziell dänischen Gesichtspunkten.

Den allgemein europäischen Gesichtspunkten lag die Erkenntnis zugrunde, daß das im voraus zersplitterte Europa beim Scheitern einer auch England umfassenden Regelung nochmals geteilt werden würde. Eine wirtschaftliche Teilung Europas jedoch, die vielleicht sogar den Charakter eines Handelskrieges annehmen kann, wird die gesamte westliche Zusammenarbeit in Gefahr bringen. Man kann sich schwer vorstellen, daß Länder, die sich wirtschaftlich gegenseitig bekriegen, gleichzeitig eine enge verteidigungs- und außenpolitische Zusammenarbeit aufrechterhalten können.

Die speziell dänischen Interessen basieren auf dem Verhältnis, daß sich Dänemarks Außenhandel beinahe zu gleichen Teilen auf die Sechs und die Sieben und zu einem etwas kleineren Teil auf die übrige Welt verteilt. Das Land kommt deshalb leicht in die Gefahr des Zerrissenwerdens, wenn der Abstand zwischen dem gemeinsamen Markt und dem Freihandelsgebiet sich weiter ausdehnt, als er es ohnehin tut.

Zu guter Letzt sprechen sowohl innere dänische Interessen als auch allgemein europäische Gesichtspunkte für eine umfassendere Gemeinschaft. Nur wenn England dieser beitrifft — und damit voraussichtlich auch die nordischen Länder —, wird sie sowohl unter innen- wie auch außenpolitischen Gesichtspunkten stabiler. Die demokratischen Traditionen sind in letzteren Ländern viel verwurzelter als in Ländern wie Deutschland und Italien und wohl auch in Frankreich. Ihr Beitritt wird daher ein wesentlicher Faktor in der Stabilisierung der europäischen Demokratie sein. Außenpolitisch wird Englands Beitritt ein Gleichgewicht schaffen, das der jetzigen EWG durch die vielen vorhandenen ungelösten außenpolitischen

Probleme einiger der Mitgliedsländer zu fehlen scheint.

Bei einer unmittelbaren Betrachtung sollte man meinen, daß Dänemark und Deutschland in Übereinstimmung hiermit ein gemeinsames Interesse daran haben, daß die europäische Integration sobald wie möglich eine auch England umfassende Form annimmt. In der aktuellen Debatte der Probleme wird außerdem hervorgehoben, daß beide Länder daran interessiert sein müßten, daß das neue Europa, so weit die Probleme sich überschauen lassen, sich nicht als einen neuen dritten Faktor in der Weltpolitik auffaßt, sondern im Gegenteil als ein Glied einer größeren westlichen Zusammenarbeit.

UNO — und Weltpolitik

Dänemark baut seine Außenpolitik auf zwei Grundpfeilern auf. Der eine ist die Mitgliedschaft in der Nato, der andere die Mitgliedschaft in der UNO. Auf die gleiche Weise verfolgt das Land zwei Linien in seiner Außenpolitik. Die eine ist die Verhandlungslinie, die Versuche, durch Versöhnung und Verhandlung in der Weltpolitik Entspannung zu schaffen, die andere ist die Verteidigungslinie, wie sie durch unsere Mitgliedschaft in der Nato zum Ausdruck kommt.

In der globalen Politik gibt es sowohl Unterschiede als auch Ähnlichkeiten zwischen Dänemarks und Deutschlands Position. Der Unterschied besteht darin, daß Deutschland nicht Mitglied der UNO ist und deshalb nicht die Möglichkeit hat, sich in vollem Umfange innerhalb dieser Weltorganisation, die nicht nur ein weltpolitisches Forum von großer Bedeutung ist, sondern auch ihren praktischen Wert in verschiedenen internationalen Situationen gezeigt hat, geltend zu machen. Die Ähnlichkeit besteht darin, daß weder Dänemark noch Deutschland Großmächte sind. Wie die Entwicklung verlaufen ist, kennen wir heute nur zwei wirkliche Großmächte, die Sowjetunion und die USA, und können vielleicht ein paar kommende Großmächte, China und Indien, ahnen. Selbstverständlich bedeutet die Tatsache, daß weder Dänemark noch Deutschland zu dem Kreis der Großmächte gehören, keineswegs, daß die beiden Länder völlig gleichgestellt sind. Deutschland ist viele Male größer als Dänemark, aber in der Frage der fundamentalen außenpolitischen Problematik ist der Unterschied nur ein Unterschied des Grades, nicht der Art. Beide Länder sind darauf angewiesen, ihre Interessen in Zusammenarbeit mit anderen Ländern wahrzunehmen, ohne selbst eine dominierende Rolle in einer solchen Zusammenarbeit spielen zu können.

Man könnte eine lange Reihe Gebiete der Außenpolitik erwähnen, wo dieses Verhältnis sich bestätigen läßt, jedoch sollen hier nur zwei herausgestellt werden. Als erstes sei die Abrüstungspolitik erwähnt. Niemand wird bezweifeln, daß die zwei Atommächte, die Sowjetunion und die USA, letztere gefolgt von England, in diesem Spiel die erste Geige spielen. In der Hinsicht ist es eine allgemeine dänische Auffassung, daß der Klub der Atommächte nicht erweitert werden sollte.

Hoffentlich besteht auch in dieser Frage ein gemeinsames dänisch-deutsches Interesse und eine gemeinsame Haltung.

Als zweites erwähnen wir das Verhältnis zu den Entwicklungsländern. Daß die afro-asiatischen Länder, oft in Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern, von wachsender Bedeutung für die Weltpolitik sind, bedarf keines näheren Hinweises. Aber daraus folgt auch, daß das Verhältnis zwischen ihnen und sowohl Europa—Nordamerika als auch den kommunistischen Ländern von wachsendem Interesse ist. Es besteht ein gemeinsames westliches Interesse, eine Hilfs- und Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu bewerkstelligen, und es besteht eine besondere Möglichkeit — und damit auch eine Verpflichtung — für die sogenannten nichtimperialistischen europäischen Länder, daran aktiv teilzunehmen. Sowohl für Dänemark als auch für Deutschland ist unsere imperialistische Vorzeit, jedenfalls im Verhältnis zu den afro-asiatischen Ländern, so fern, daß sich diese Aufgabe aufdrängt.

Hinzu kommt jedoch außerdem, daß die kleinen und mittelgroßen Länder ein gemeinsames Interesse an der Stärkung der UNO haben müssen. Die Weltmächte sind groß genug, um souverän ihre Interessen wahrzunehmen, während kleine und mittelgroße Staaten ihren Weg suchen müssen durch internationale Organisationen. Dies wird in steigendem Maße von den Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika erkannt. Die kleinen und mittelgroßen Länder in Europa, Nordamerika und die australische Inselgruppe können daher, ohne ihren westlichen Zusammenhalt im Stich zu lassen, eine wertvolle Tat vollbringen, indem sie sich durch Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern um die UNO scharen. Wenn auch Deutschland nicht Mitglied der UNO ist, kann es doch in einer solchen Politik mitwirken.

Kann Dänemark Vertrauen zu Deutschland haben — und umgekehrt?

Die letztere Frage wird von der faktischen Situation beantwortet. Dänemark ist mit dem Kontinent intim verbunden und von ihm abhängig. Darüber hinaus führt Dänemark eine vorsichtige Politik, die nicht damit drohen kann, den Alliierten des Landes unangenehme Überraschungen auszusetzen. Das verdankt man nicht nur der Kleinheit des Landes, sondern auch der althergekommenen Tradition in unserer Außenpolitik.

Die erste Frage, ob Dänemark sich auf Deutschland verlassen kann, kann natürlich nur von Deutschland selbst beantwortet werden. Die Frage wird jedoch oft in die dänische Debatte geworfen. Man muß annehmen, daß es in Deutschlands eigenem Interesse liegt, seinen Verpflichtungen gemäß des Atlantik-Paktes nachzukommen und Dänemark nicht im Stich zu lassen in einer gespannten Situation. Der zweite Teil der Frage, ob Dänemark nicht riskieren kann, auf Grund der deutschen Außenpolitik in einen ungewünschten Konflikt

hineingezogen zu werden, wird ganz besonders von den dänischen Gegnern der NATO-Politik hervorgehoben. Es steht fest, daß deutsche außenpolitische Handlungen und Äußerungen mit lebhaftem Interesse in Dänemark verfolgt werden und daß sie nicht immer allgemeines Verständnis oder Zustimmung finden. Das Vertrauen zu einer stabilen und demokratisch fest verankerten deutschen Außenpolitik ist letzten Endes davon abhängig, in welchem Ausmaße sich die echten demokratischen Kräfte in Deutschland geltend machen, und von der Erwartung, daß die deutsche Jugend definitiv mit den großdeutschen Träumen früherer Zeiten gebrochen hat zugunsten einer erweiterten Zusammenarbeit auf gleicher Basis mit der demokratischen Jugend anderer Länder.

Die Minderheitenregelung im schleswigschen Grenzland auf geschichtlichem Hintergrund

Die politische Grundlage der Minderheiten nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze vom Jahre 1920 ist durch die Kopenhagener und Bonner Minderheitenerklärungen des Jahres 1955 bestimmt. Die dänische Regierung erließ eine Erklärung, worin die Rechte der deutschen Minderheit formuliert waren, und die deutsche Bundesregierung erließ im Einvernehmen mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung eine ähnliche Erklärung. Inhaltlich ähneln sich beide; die Unterschiede hängen im wesentlichen damit zusammen, daß die deutsche Bundesrepublik in staatsrechtlicher Hinsicht anders organisiert ist als das Königreich Dänemark.

Die beiden Erklärungen sind, formal gesehen, nicht voneinander bedingt, oder anders ausgedrückt: es gibt zwischen den beiden Erklärungen kein Junktim. Sie sind jedoch beide aus derselben Situation entstanden, und die Entstehungsgeschichte der beiden Minderheitenerklärungen kann auch als Beleg dafür angesehen werden, wie die weltpolitischen Konstellationen auf die lokalen Verhältnisse im schleswigschen Grenzgebiet heutzutage einwirken, wie sie es in früheren Zeiten auch getan haben, aber in ganz anderer Weise.

*

Zuerst ein paar Worte über die Situation, aus der die Minderheitenerklärungen hervorgegangen sind:

In den Jahren nach 1945 wuchs der dänisch orientierte Bevölkerungsteil in Südschleswig, oder im Landesteil Schleswig, wie der offizielle Name ist, zu einer sehr beachtenswerten Größe. Bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag in Bonn im Jahre 1949 erhielt die Partei des dänisch gesinnten Bevölkerungsteils, der SSW, 75 000 Stimmen und entsandte einen Vertreter nach Bonn. Bei den Wahlen des Jahres 1953 mußte die Partei einen nicht geringen Rückgang verzeichnen, die Zahl der Stimmen ging auf 44 000 zurück, und die Vertretung in Bonn ließ sich nicht aufrechterhalten. Die Zahl der Stimmen ließ auch erkennen, daß die dänisch gesinnte Minderheit nicht mehr fünf Prozent der Stimmen im Lande Schleswig-Holstein aufbringen konnte, die notwendig waren, um bei kommenden Wahlen in dem schleswig-holsteinischen Landtag vertreten zu sein. Die Fünf-Prozent-Klausel im Landtagswahlgesetz war auch für die Minderheit geltend, obwohl der SSW nur im Landesteil Schleswig kandidierte. Dieser weist nur ein Viertel der Einwohnerzahl des ganzen Landes auf. Es wurde deshalb die

Forderung erhoben, daß die Vertretung der Minderheit durch eine Sonderregelung sichergestellt werden sollte. Verhandlungen zwischen Vertretern der schleswig-holsteinischen Landesregierung und Vertretern der Minderheit führten zu keinem Ergebnis vor den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag im September 1954. Die Partei der Minderheit, der SSW, erreichte 42 000 Stimmen, erhielt aber wegen der Fünf-Prozent-Klausel keine Vertretung im Landtag. Wenn man damals von der Fünf-Prozent-Klausel hätte absehen dürfen, reichte die Zahl der Wähler für zwei Mandate.

Eine lebhafte Diskussion über die parlamentarische Vertretung der Minderheit folgte darauf. Ganz natürlich blickte man auf die Verhältnisse in Dänemark. Natürlich kann man nicht ohne weiteres die Wahlsysteme in den beiden Ländern vergleichen. Es gibt auch im dänischen Wahlgesetz Bestimmungen, wodurch Splitterparteien die Vertretung erschwert wird; das dänische Wahlsystem ist aber so, daß eine kleine, lokal begrenzte Gruppe wie die deutsche Minderheit leichter eine Vertretung erhalten kann.

In den sogenannten Amtskreisen ist das Verhältniswahlverfahren durchgeführt. In ihnen werden in Dänemark im allgemeinen vier bis sechs Abgeordnete gewählt. Ganz Nordschleswig bildet jedoch nur einen Amtswahlkreis und wählt sieben Abgeordnete zum Folketing. Mit ungefähr neun Prozent der Stimmen in Nordschleswig können die deutsch Gesinnten den siebenten Platz erreichen. Die Verteilung der Stimmen auf die dänischen Parteien ist bisher so gewesen, daß die deutsche Minderheit bei den Wahlen seit 1953 den siebenten Sitz bekommen hat, eine andere Verteilung der Stimmen könnte aber das Mandat bei kommenden Wahlen in Gefahr bringen. In den Jahren 1948 bis 1953 hatte Nordschleswig nur sechs Direktmandate im dänischen Folketing, und die deutsche Minderheit war nach dem deutschen Zusammenbruch im Jahre 1945 bis 1953 nicht vertreten. Als Nordschleswig im Jahre 1953 wieder sieben Mandate bekam, erhielt die deutsche Minderheit mit 9700 Stimmen einen Platz im Folketing.

Wenn man im Jahre 1954 die Verhältnisse beiderseits der Grenze miteinander verglich, sah es so aus, daß die deutsche Minderheit in Dänemark mit 9700 Stimmen einen Folketingsabgeordneten gewählt hatte (das Folketing hat 179 Mitglieder), während die dänische Minderheit mit 42 000 Stimmen keine Vertretung im schleswig-holsteinischen Landtag bekommen konnte (der Landtag zählt 67 Abgeordnete). Die schleswig-holsteinische Landesregierung erklärte sich zwar zu einer Sonderregelung bereit, aber unter politischen Bedingungen, die von vornherein vom SSW abgelehnt wurden. So ungefähr darf man die Situation vom Herbst 1954 darstellen, als die lokalen Probleme plötzlich durch die weltpolitische Entwicklung in einer neuen Perspektive erschienen.

Im Spätsommer 1954 wurde zwischen den westlichen Großmächten über die Aufnahme der deutschen Bundesrepublik in die NATO verhandelt. Nach den

fehlgeschlagenen europäischen Integrationsplänen des Sommers 1954 wurde die Formel für die Lösung im September 1954 festgelegt, und Ende Oktober 1954 verhandelte der NATO-Rat in Paris über den endgültigen Entschluß. Bundeskanzler Adenauer war als Beobachter bei der Sitzung anwesend. Bei dieser Gelegenheit erwähnte der dänische Außenminister H. C. Hansen mit vorsichtigen, aber deutlichen Worten die Minderheitenprobleme an der deutsch-dänischen Grenze: „Die Rechte einer Minderheit hängen mit den Idealen der Menschenrechte zusammen“, sagte er. „Auf diesem Hintergrund kann die Art, wie eine Minderheit behandelt wird, sehr wohl den Charakter eines Symbols erhalten, und zwar ein Symbol der zukünftigen Zusammenarbeit, wie wir es gerne sehen.“ Der dänische Außenminister wies auf die Frage der Vertretung im schleswig-holsteinischen Landtag hin und gab abschließend der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierung mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung zusammen eine befriedigende Lösung dieses Problems finden möchte.

Der Bundeskanzler erklärte am selben Tage, daß die Bundesregierung bereit sei, an einer positiven Lösung der Minderheitenfrage in Schleswig-Holstein mitzuwirken. Er hatte schon Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten v. Hassel geführt, und man durfte eine befriedigende Lösung erwarten.

Die erste Reaktion deutscherseits war eine Rede des neu ernannten Ministerpräsidenten v. Hassel am 8. November 1954 im schleswig-holsteinischen Landtag. Er faßte seine Auffassung in drei Punkten zusammen:

1. Die Landesregierung bekennt sich zu den in der „Kieler Erklärung“ niedergelegten Grundsätzen.
2. Die Landesregierung ist der Meinung, daß die politische Entwicklung der letzten Jahre das Bedürfnis nach einer zwischenstaatlichen Regelung der Anliegen der beiden Minderheiten durch einen Minderheitenvertrag verstärkt hat.
3. Die Landesregierung ist der Auffassung, daß ein derartiger Vertrag den geeigneten Rahmen für eine Lösung bietet, die auf die Dauer eine volle Beteiligung der Minderheiten am parlamentarischen Leben und für die Übergangszeit in unserem Lande ihre sinnvolle Mitwirkung gewährleistet.

Es ist notwendig, zu erwähnen, daß die Kieler Erklärung im Jahre 1949 vom schleswig-holsteinischen Landtag erlassen wurde; es ist eine Erklärung der allgemeinen Rechte der dänischen und friesischen Minderheiten im Landesteil Schleswig. Sie wurde unter Mitwirkung der britischen Besatzungsbehörden zwischen der schleswig-holsteinischen Regierung und Vertretern der dänischen Minderheit verhandelt und verabredet. Die Kieler Erklärung ist geschichtlich zu einem Vorläufer der Erklärungen des Jahres 1955 geworden.

Die Rede des Herrn v. Hassel war in vieler Hinsicht interessant, besonders, weil die Unterschiede zwischen der dänischen und der deutschen Auffassung hier klar

hervortraten. Von einem deutschen Gesichtspunkt betrachtet, ist es natürlich, Minderheitenprobleme zu beiden Seiten einer Grenze als eine internationale Frage, die durch einen Vertrag geregelt werden kann, zu betrachten. Von einem dänischen Gesichtspunkt aus ist es natürlich, die Minderheitenprobleme als innere Angelegenheiten zu betrachten, die allein durch die innere Gesetzgebung gelöst werden. Dieser Unterschied geht weit zurück und hängt mit den Erfahrungen der Jahre 1852 bis 1864 zusammen. Die Streitfrage zwischen Dänemark und Deutschland war damals die schleswig-holsteinische Frage. In den Jahren 1848/50 kämpften Dänen und Schleswig-Holsteiner gegeneinander. Die Dänen wollten das ursprünglich dänische Herzogtum Schleswig für Dänemark erhalten, die Schleswig-Holsteiner wollten aus den beiden alten Herzogtümern Schleswig und Holstein ein Land als Teil eines erneuerten Deutschen Reiches gründen. Weder die Dänen noch die Schleswig-Holsteiner konnten ihre Wünsche verwirklichen. Die staatsrechtliche Verbindung zwischen Dänemark und den beiden Herzogtümern wurde nach dem Kriege wiederhergestellt, und eine vorläufige diplomatische Regelung wurde um die Jahreswende 1851-52 zwischen Dänemark und den beiden deutschen Großmächten Preußen und Österreich nach dem Prinzip getroffen, daß eine gemeinsame Verfassung für den Gesamtstaat Dänemark, Schleswig und Holstein gegeben werden sollte, daß aber kein Teil einem anderen untergeordnet sein sollte, oder anders ausgedrückt: Schleswig durfte nicht näher mit Dänemark verknüpft werden als Holstein. Es war aber unmöglich, auf dieser Grundlage eine wirksame Verfassung herzustellen, und Dänemark versuchte nach einigen Jahren, eine Verfassungsgemeinschaft mit Schleswig zu gründen; dadurch wurde aber die kriegerische Auseinandersetzung des Jahres 1864 beschleunigt, in deren Folge Dänemark die beiden Herzogtümer an Preußen und Österreich abtreten mußte, und zwei Jahre später wurden die beiden Gebiete als eine Provinz in Preußen einverleibt. Die Zeit von 1848 bis 1864 war eine ununterbrochene Krise des dänischen Staatslebens, und immer wieder konnten die deutschen Mächte in dänische Verfassungsangelegenheiten eingreifen.

Es ist hier nicht der Ort, über die schleswig-holsteinische Frage des 19. Jahrhunderts zu sprechen, es ist aber eine Erfahrung dieser Jahre, daß Dänemark nicht auf Verpflichtungen eingehen will, durch die eine andere Macht das Recht erhält, sich in dänische Verfassungsfragen einzumischen. Es war in den 1850er Jahren unmöglich, ein gesundes Verfassungsleben zu gründen, weil alle dänischen Vorschläge von den beiden deutschen Großmächten abgelehnt wurden und weil Dänemark nicht auf die deutschen Vorschläge eingehen konnte, ohne seine Unabhängigkeit zu verlieren.

*

Nach dem Kriege 1864 wurde die Nordschleswig-Frage das Problem zwischen

Deutschland und Dänemark. Die dänisch gesinnte Bevölkerung bildete hier die Mehrheit und protestierte energisch gegen die Abtrennung von Dänemark.

Im Jahre 1866 wurde in dem § 5 des Friedensvertrages zwischen Österreich und Preußen bestimmt, daß die Bevölkerung in den nördlichen Gebieten von Schleswig durch eine freie Volksabstimmung entscheiden dürfe, ob sie mit Dänemark wiedervereint werden wolle. In den Jahren 1867 und 1868 verhandelte die norddeutsche Regierung unter Bismarck über die Verwirklichung des § 5. Bismarck erhob unter anderem die Forderung, daß Dänemark Garantien für die zurückbleibende deutsche Minderheit geben solle. Man hatte große Bedenken dagegen, solche Garantien zu geben, weil Bismarck dadurch einen Vorwand für die Einmischung in dänische Verhältnisse bekommen konnte. Dänemark wies nicht unbedingt solche Garantien ab. Die Verhandlungen wurden nie zu Ende geführt, und im Jahre 1878 wurde der § 5 durch Vereinbarung zwischen Österreich und Preußen aufgehoben.

Die allgemeine Zeitlage war für die nationalen Minderheiten eine sehr ungünstige. Der Staat sah es als eine Aufgabe an, ein nationaler Einheitsstaat zu werden, und die fremdnationalen Einwohner wurden als Bürger zweiter Klasse behandelt. Anders nach dem ersten Weltkrieg. Durch die Prinzipien des Völkerbundes wurde das Lebensrecht der nationalen Minoritäten anerkannt. In den Jahren nach 1920 wurden auch internationale Minderheitenabkommen durchgeführt; um nur ein Beispiel zu nennen: das deutsch-polnische Abkommen im Jahre 1922 über die Verhältnisse in Oberschlesien. Es wurde um diese Zeit deutscherseits auch vorgeschlagen, einen deutsch-dänischen Minderheitenvertrag abzuschließen. Dieser Vorschlag wurde von Dänemark abgelehnt. Man fürchtete immer wieder die Einmischungsgefahr. Sie größeren gegenüber durchsetzen können.

Das Nationalitätenproblem war nach 1920 im Prinzip anders geworden. Vor 1918 stand eine dänische Bevölkerung dem preußischen Staat gegenüber; für Dänemark gab es von 1864 bis 1920 kein Minderheitenproblem; nach 1920 aber hatten sowohl Dänemark als auch Deutschland eine Minorität innerhalb des Landes; es waren aber Minoritäten, die mit einer Mehrheitsbevölkerung zusammenleben mußten. Auf Grundlage dieser Tatsachen entwickelte sich ohne Absprache ein gewisses Gleichgewicht. Die Anfänge wurden dänischerseits gemacht. Eine Gesetzgebung, wodurch die kulturellen und sprachlichen Rechte der deutschen Minderheit festgelegt wurden, war im Jahre 1920 eine Selbstverständlichkeit. Man wollte aber diese Gesetzgebung nur als Konsequenz allgemeiner demokratischer Rechtsprinzipien, nicht als Glied in einem internationalen Rechtssystem. Dänemark wünschte auch nicht, dem Völkerbund gegenüber Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Die Schulfreiheit war die grundlegende Tatsache in der neuen Minderheitengesetzgebung. Das war etwas Neues. Die deutsche Schule war in den Jahren 1888 bis 1920 als ein Werkzeug

der Germanisierung verwendet worden; eine dänische Schule war nicht erlaubt. In den Jahren 1851 bis 1864 hatte man dänischerseits den Versuch gemacht, in 47 Kirchspielen Mittelschleswigs durch eine von der Bevölkerung nicht gewünschte dänische Schule dem Rückgang der dänischen Sprache entgegenzutreten. Das war mißlungen. Deutscherseits protestierte man damals gegen die dänische Schule und machte den Vorschlag, daß eine Wählermehrheit in jedem Kirchspiel über die Schulsprache entscheiden sollte. Im Jahre 1920 aber wurde es den Eltern überlassen, die Schule für ihre Kinder zu wählen. Es gab die Möglichkeit, öffentliche oder private Minderheitenschulen zu gründen. Im Laufe der zwanziger Jahre wurde eine ähnliche Schulordnung südlich der Grenze angeordnet. Um das Jahr 1930 war dann ein gewisses Gleichgewicht hergestellt, und dieses machte sich auch, was die Regelungen anbelangt, im großen und ganzen geltend während der nationalsozialistischen Zeit. Besonders in diesen Jahren war man aber in Dänemark dankbar, daß kein Minderheitenvertrag es den nationalsozialistischen Machthabern ermöglichte, sich in diese Verhältnisse einzumischen.

*

Das ist eine lange Darstellung, um zu erklären, warum der Vorschlag des Ministerpräsidenten v. Hassel vom 8. November 1954, einen Minderheitenvertrag abzuschließen, in Dänemark abgewiesen wurde. Wenn man seine Erklärung wörtlich nehmen wollte, schien es, als ob eine gemeinsame Grundlage für eine Verständigung sich doch nicht finden ließe. Das war aber nur eine vorläufige Antwort.

Um die Jahreswende 1954-55 wurde die Sache nach internen deutschen Verhandlungen wieder in Fluß gebracht. Über diese Verhandlungen ist noch nichts öffentlich bekanntgegeben worden. Man darf aber vermuten, daß Ministerpräsident v. Hassel sich aktiv bemüht hat, um eine tragbare Grundlage zu finden. Der Bundestagsabgeordnete für Flensburg, Will Rasner, Mitglied der CDU, hat da auch mitgewirkt. Er war bei den Wahlen im Jahre 1953 Bundestagsabgeordneter geworden; bis dahin war er einige Jahre in der Redaktion des Flensburger Tageblatts tätig gewesen und kannte dadurch die Verhältnisse im Grenzgebiet. Will Rasner fuhr kurz nach Neujahr 1955 nach Kopenhagen, wo er durch Vermittlung des Journalisten Weltmann mit dem konservativen dänischen Folketingsabgeordneten Bøgholm Verbindung aufnahm. Will Rasner unterbreitete Bøgholm u. a. den Vorschlag, durch einseitige Erklärungen die Grundsätze der Minderheitenpolitik der beiden Regierungen den Parlamenten gegenüber festzulegen. Die Fünf-Prozent-Klausel sollte dann für die dänische Minderheit südlich der Grenze aufgehoben und damit die Vertretung der Minderheit im schleswig-holsteinischen Landtag ermöglicht werden. Die Entwicklung eines anerkannten höheren Schulwesens für beide Minoritäten sollte

ermöglicht werden. Von den Einzelheiten können wir hier absehen. Bøgholm war durch viele Jahre Mitglied des dänischen Folketings und eifrig bemüht, um internationale Kontakte aufzunehmen. Durch mehrere Begegnungen mit Vertretern der CDU war er mit der deutschen Politik vertraut geworden. Auf dieser Grundlage wurde Kontakt zwischen den Regierungen aufgenommen, und Anfang März verhandelten zwei Delegationen von Beamten in Kopenhagen, und Ende März wurde das Ergebnis in Bonn durch Bundeskanzler Adenauer und Staatsminister H. C. Hansen in zwei fast gleichlautenden Erklärungen festgelegt.

Die allgemeinen bürgerlichen Rechte werden laut diesen Erklärungen den Angehörigen der beiden Minderheiten zugesagt, und diese Rechte werden mit besonderer Rücksicht auf die Minderheiten näher entwickelt. Die grundlegenden Bestimmungen sind die folgenden: „Das Bekenntnis zum deutschen (bzw. dänischen) Volkstum und zur dänischen (bzw. deutschen) Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“

Diese Bestimmung ist die Grundlage der liberalen und demokratischen Auffassung, daß die Volkstumszugehörigkeit eine Gewissensfrage ist. Die beiden Minderheiten an der deutsch-dänischen Grenze sind eben Gesinnungsminderheiten. Es wäre schwierig, hier objektive Merkmale wie Sprache, Abstammung oder Glauben festzulegen. Eine andere Bestimmung lautet: „Angehörige der deutschen (bzw. dänischen) Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht gehindert werden.“ Soll man von einem Prinzip in der Minderheitenordnung sprechen, dann ist es dieses: Die Rechte gehören den einzelnen Individuen, die aber davon kollektiv Gebrauch machen können dank der Vereins- und Versammlungsfreiheit und der Pressefreiheit. Dies Prinzip hat sich in den Jahren nach 1920 im schleswigschen Grenzland gut bewährt. Dazu kommt noch, daß das Recht der Verbindung mit den Mutterländern ausdrücklich festgelegt ist, und zwar mit folgender Formulierung: „Das besondere Interesse der dänischen (bzw. deutschen) Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark (bzw. Deutschland) zu pflegen, wird anerkannt.“

Von den Bestimmungen soll nur noch die Festlegung der Schulfreiheit erwähnt werden. Die Bestimmungen sind hier im Wortlaut ein wenig verschieden. In der deutschen Erklärung lauten sie: „Im Lande Schleswig-Holstein können allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch solche mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.“ In der dänischen Erklärung heißt es: „Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher

Ausrichtung) sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.“

Die unterschiedliche Abfassung hängt mit der unterschiedlichen Schulgesetzgebung zusammen. Wesentlich ist indessen, daß dem Prinzip des privaten Schulwesens auf beiden Seiten der Grenze gefolgt wird. In den Jahren nach 1945 wurde die Teilung zwischen öffentlichen und privaten Minderheitenschulen aufgehoben, und seitdem hat man nur private Minderheitenschulen, wodurch die Verantwortung für das Schulleben völlig den Minderheiten selber übertragen worden ist. Die Schulprobleme wurden in den Jahren unmittelbar nach 1945 mit Leidenschaft debattiert. Von diesen Auseinandersetzungen werden wir aber hier, wo es um die Minderheitenregelung des Jahres 1955 geht, absehen.

*

Die beiden Minderheitenerklärungen vom 30. März 1955 stehen als Abschluß einer langen Entwicklung und enthalten eine Festlegung von Prinzipien, die schon vorher geltend waren und eigentlich nur mit Rücksicht auf die höheren Schulen erweitert wurden. Die Erklärungen sind in Übereinstimmung mit den örtlichen Gegebenheiten und lassen sich schwerlich auf andere Gebiete übertragen. Wie die Erklärungen staatsrechtlich zu deuten sind, wird schwierig zu entscheiden sein. Wie sie entstanden sind, darf man sie aber als Zeichen des guten Willens zwischen den Nachbarländern Dänemark und Deutschland nehmen. Soweit die Wirkung bis jetzt zu überblicken ist, ist sie eine gute gewesen. Die Entspannung im deutsch-dänischen Grenzgebiet ist leicht zu erkennen; und ich darf wohl mit einem Paradox diese Ausführungen beenden, indem ich behaupte: Je weniger die Erklärungen des Jahres 1955 in Anspruch genommen werden, um so besser behaupten sie sich.

Europa ist nicht nur der Gemeinsame Markt und der Kohlepreis, es ist auch der gemeinsame Glaube an die Freiheit des Menschen.

Salvador de Madariaga
auf dem 4. Internationalen Kongreß Europäischer Bewegungen in München

Aus der Frömmigkeit in Nordschleswig bis 1920

Die Geschichte einer Erweckungsbewegung
Die Wurzeln der „Indre Mission“
Das Verhältnis zum Grundtvigianismus und dem Herrnhutertum

Jeder Nordschleswiger weiß, daß mit dieser Erweckungsbewegung die „Indre Mission“ gemeint ist. Sie ist in wesentlichen Erscheinungen von einer Frömmigkeit gleichen Namens in Dänemark geprägt und hat auch von dort ihren Namen.

Der Name ist eindeutig: Als sich in den Kirchen der Wille regte, das christliche Heil zu den Heiden zu bringen, wurde die Heidenmission geboren. Was liegt näher, als daß Christenmenschen, von dieser Sendung hinaus in die Welt ergriffen, sich ernste Sorgen machten über die „Verlorenheit“ der Heimat und mit dem Ruf nach „Heidenmission“ den gleichen erhoben zu einer besonderen, eindringlichen Sendung — eben zu einer „Indre Mission“.

Aber die „Indre Mission“ als Glaubensrichtung war nicht die einzige, die in unserer dänischen Nachbarkirche ein Jahrhundert hindurch die Frömmigkeit entscheidend geprägt hat. Ebenso bedeutungsvoll ist der „Grundtvigianismus“ gewesen. Wir werden gleich feststellen, daß beide ursprünglich aus gleichen Wurzeln im Volkstum erwachsen sind. Auf den Höhen ihrer Auswirkungen vertrugen sie sich gar nicht, aber beide sind in die Geschichte eingegangen, und rückblickend wird man trotz aller zwischen ihnen zum Austrag gekommenen Gegensätze aussagen, daß beide Richtungen lutherische Kirche waren. Der grundtvigsche Christ konnte nicht recht mitmachen, wenn bei den Erweckten der Indre Mission leidenschaftlich das Gewicht darauf gelegt wurde, daß jeder „Bekehrte“ nur durch einen schweren inneren Bekehrungsvorgang seines ewigen Heils gewiß geworden sei und daß er die einzelnen Stufen dieses religiösen Vorganges nachweisen müsse. Und der Erweckte sorgte sich, daß der grundtvigsche Hausvater sich darin Genüge sein ließ, daß er täglich sein Haus und sein Gesinde zur Andacht versammelte und den Glauben sprach, das Vaterunser betete und einen Grundtvigschen Choral sang. Entscheidend für uns Heutige ist der historische Befund. Weder Grundtvigianismus noch Indre Mission sind daraus entstanden, daß die verfaßte Kirche oder deren Bischöfe oder Pastoren eine „Volksmission“ ins Leben riefen. Vielmehr ist es so, daß, beginnend am Ausgang des 18. Jahrhunderts, von unten her aus dem Volkstum sich religiöse Kräfte regten, die die Familie zu einer Hausgemeinde erweckten. Hausväter und nicht der einzelne Mensch wurden gerufen. Von wem?

Die neuere historische Forschung geht heute diesen Ursprüngen nach. Vieles mag noch im Dunkeln liegen, aber wesentlich dürfte die Bedeutung sein, die die Herrnhuter hatten. Die Forschung stößt in den nordischen lutherischen Kirchen erstaunlich vielfältig auf ihren Einfluß. Und allenthalben entdecken wir, daß sie nicht auf Kirchen- und Gemeindegründungen gegen die bestehende Kirche ausgingen, sondern die Hausgemeinde wachriefen und wache Hausgemeinden zusammenführten. Hier entsteht die gottesdienstliche Form der Hausversammlung, „Møde“ genannt, hier wächst der Christenheit das Laienpredigertum zu.

Uns liegt es nahe, einmal nachdenklich in unserer Herrnhutersiedlung Christiansfeld zu verweilen. Mitten im Ort liegt der Saal. So nennen sie ihren Gottesdienst- raum, und nicht Kirche. Die Tyrstruper lutherische Kirche liegt wenige hundert Meter davon. Sie dachten gar nicht an eine eigene Kirche, die sich aussondert. Vielmehr haben die Christiansfelder tiefe Einwirkungen ausgestrahlt in unsere lutherischen Gemeinden. Und zwar gerade in der Ausrichtung auf die Hausgemeinde.

Diese frommen Brüder und Schwestern und Familien, die sich aus allen möglichen nahen und fernen Ländern zusammenfanden, zogen sehr bald die Aufmerksamkeit der Bevölkerung in immer größerem Umkreis auf sich durch eine überragende Tüchtigkeit als Handwerker, Kaufleute und — Bauern.

Im Brüderhaus und im Schwesternhaus entfalteten sie eine erzieherische Tätigkeit an erwachsener Jugend ihrer Umwelt. Die jungen Menschen beiderlei Geschlechts, die in diesen Internaten einen Winter zubrachten, kamen oft von weither. Die Erziehung war alles andere als eng. Niemals wurde ihnen das Luthertum ihrer Heimatgemeinde verleidet, sondern sie wurden im Gegenteil dazu angehalten, ihm die Treue zu halten. Aber eines nahmen sie mit nach Hause, die Pflege der Hausgemeinde. Und das hat sich in diesen Familien bis in meine Jugend vererbt.

Hier halte ich einen Augenblick an. Denn dieser Einbruch erweckter Christlichkeit in der Lebensform der Hausgemeinde ist das gemeindliche Fundament aller Erweckungsbewegungen in den nordischen Kirchen geworden, auch wo diese sich später sehr verschieden entwickelten und scheinbar einander den Glauben ab-

„Indre Mission“ und „offizielle“ Kirche

Aber erstmal, mindestens in der ersten Generation, standen Kirche und Pastorenschaft mitsamt dem Kirchenvolk dem nicht nur mit Mißtrauen gegenüber, sondern das verfaßte Kirchenwesen war bedenklich mitbelastet, wenn die Polizei eingriff. Erst in der nachfolgenden Generation bekannte sich hier und da ein einzelner Pastor zu dieser Frömmigkeit.

Es blieb nicht aus, daß sich hier und da mehrere solcher frommer Hausgemeinden

zu gemeinsamer Andachtsübung zusammenfanden, und wenn dann einer der Hausväter dabei die Frohe Botschaft verkündigte, dann wurde er des Eingriffes in die allein dem ordinierten Gemeindepastor zustehende Berechtigung beschuldigt und bestraft. Aber diese Hausgemeinden waren es, die ihre Türen der freien Verkündigung öffneten und das ganze Dorf einluden. Die Verkündigung geschah einerseits in der Form der Bibelbesprechung — ganz ohne besondere Leitung, diese lag in der Hand des einladenden Hausvaters — oder andererseits dadurch — und da kam wieder ein kritischer Punkt —, daß ein Laienprediger Gottes Wort verkündigte. Der Einspruch der Pastoren gegen das Laienpredigertum berief sich auf einen Satz im Augsburger Bekenntnis der lutherischen Kirche von 1530. Der Kampf um die Laienpredigt mit der Kirchenbehörde und den Pastoren durchlief eine ganze Reihe von Stadien. Zur Ruhe kam die Frage eigentlich erst, als die Indre Mission aus ihrem Winkeldasein herauswuchs.

Auf die Frage, woher diese Laienprediger der Erweckungsbewegung kamen, muß geantwortet werden: Sie wurden nicht in irgendwelchen Instituten vorgebildet. Die sich zu Gemeinschaften zusammenfindenden Hausgemeinschaften waren die Stätte ihrer Zurüstung und ihrer Berufung. Einige blieben als Bauern oder Handwerker in ihren Berufen, später erforderte die Arbeit, daß auch gelegentlich solche, wie man heute sagt, hauptamtlich berufen wurden.

Wo in einer Kirchengemeinde sich solche Erweckten als Gemeinschaft in ihren häuslichen Begegnungen zusammenfanden, bildeten sie für die Frömmigkeit der Gemeinde einen Kern, der Kräfte ausstrahlte, aber natürlich auch Widerspruch und heftige Anfeindung erfuhr. Er hielt seine Bibelbesprechungen, er lud das ganze Dorf zur Predigt ein, er nahm den Erweckten in seine Mitte und bewahrte ihn vor Vereinsamung. Wo der Gemeindepastor sich ihrer annahm, waren solche Kreise seine aktiven Mitarbeiter, aber diese waren dann auch seine Berater und ... Seelsorger. Davon hätten wir damals jungen Pastoren sehr Bedeutendes zu berichten.

Es dürfte keine Übertreibung sein, wenn wir heute im historischen Rückblick mit großer Ehrfurcht feststellen, daß mit diesem Ansatz an der Hausgemeinde die Kirchengemeinden durch Geschlechterreihen hindurch zu blühendem christlichen Leben befruchtet worden sind. Nur von hier aus ist die Bedeutung der Indre Mission in unserer Heimat zu verstehen. Der Segen dieser bestimmten Formgebung von der Hausgemeinde aus ist jetzt zu Ende und läßt sich ganz bestimmt weder beleben noch durch Organisationen ersetzen.

*

Die Breiten- und Tiefenwirkung der Indre Mission in Nordschleswig prägte das Gemeindeleben in einer Eigenart der Lebendigkeit, daß unsere Heimat immer stärker sich zu einem Fremdkörper innerhalb der schleswig-holsteinischen Landeskirche entwickelte. Zum Nachdenken wird es uns stimmen, wenn wir

feststellen, daß von diesen starken Kräften so gut wie nichts auf die unmittelbar an der Sprachgrenze liegenden Gemeinden übersprang. Nur an der Diakonissenanstalt in Flensburg und an Breklum als Mittelpunkt der „Heidenmission“ wirkte sich das „Erweckliche Nordschleswig“ aus. Das gab aber dann auch diesen beiden bedeutenden Mittelpunkten ein Sondergepräge innerhalb der Landeskirche.

Der Verein für Indre Mission in Nordschleswig wurde 1887 gegründet. Er bekam seinen Namen vom Norden her. Der Verein bekam einen bescheidenen Auftrag, nämlich einen Kolporteur mit dänischer Erbauungsliteratur in die Gemeinden zu entsenden. Mein Vater als Mitbegründer und späterer Vorsitzender hat oft betont: „An das, was aus uns wurde mit Laienpredigt und wachsender Evangelisation, haben wir nicht mit einem Gedanken gedacht.“ Und dann fügte er hinzu: „So etwas kann man auch gar nicht beschließen!“

Aber Voraussetzungen waren daneben in jenen Hausgemeinden, wie ich sie schilderte, und die aufs Herrnhutertum zurückzuführen sind.

Aber nun geschah das Seltsame: Der erste Kolporteur, ein frommer Mann herrnhutischen Gepräges, entdeckte zwar nicht solche Hausgemeinden, denn sie waren ja längst da, aber er fing damit an, sie zueinander zu führen, hielt bei ihnen Bibelbesprechungen und wohl auch eine Ansprache. Dieser Mann hieß Lars Birk. Ausgerichtet war die Botschaft auf die ewige Seligkeit und damit auf die Wiederkehr Christi: Bist du deiner Seligkeit im Glauben gewiß? Auf welcher Seite findet der Herr dich, wenn Er zum Jüngsten Gericht kommt? Hast du dich entschieden? Sonst mache ernst! Womit? „Bekehret euch und glaubet an die frohe Botschaft von der Versöhnung in Christo!“

Hier in dieser eindringlich auf die ewige Seligkeit ausgerichteten Verkündigung wurden die „Erweckten“ bei der Hand genommen und der in „Sündenerkenntnis Beunruhigte“ als „Suchender“ von Stufe zu Stufe an den mancherlei Versuchungen zu frommer Selbsterlösung vorbeigeführt bis zur „Besiegelung“ des seligmachenden Glaubens durch den Heiligen Geist. Mit dieser etwas seltsamen Sprache waren die Gemeinschaften vertraut. Das Lehrbuch dafür war Emil Wackers „Heilsordnung“. Dieses Lehrbuch hat ganz große Dienste getan. Es bewahrte vor Schwärmerei. Es schulte in unseren Gemeinden im ersten Aufbruch der Bewegung eine ansehnliche Schar von Predigern von eingprägter Weite, Pastoren wie Laienbrüder.

Von der Bewährung in der „Welt“

Dies ist aber nur die eine Seite. Ebenso bedeutungsvoll – ist nun dies, daß die „Bekehrten“ sich in ihrer Umwelt – sie sagten: in der „Welt“ – zu bewähren hatten durch ihr unerschrockenes Glaubenszeugnis, im Gespräch wie in ihrer Lebensführung. In der Sprache der Gläubigen hieß es, den Glauben „bekennen“

und der „Welt“ entsagen.

In vielen Gemeinden galt bei der Kindtaufe eine Ordnung, in der die Paten mit dem Namen des zu taufenden Kindes angeredet wurden, ob sie stellvertretend für das Kind die einzelnen Sätze des Taufbekenntnisses im Glauben bejahten. Es begann: „N. N. entsagst du dem Teufel und allen seinen Werken und all seinem Wesen?“ Die Paten antworteten mit „ja“. Aber wo wurde dieses Gelöbnis verwirklicht? Die Erweckten nahmen dieses „Ja“ ernst. Und um diese „Entsagung“ hub in ihren Kreisen ein bitterernstes Ringen an, das in der Bewegung niemals zur Ruhe kommen sollte.

Der Teufel, seine Werke und sein Wesen belauern uns in unserem geselligen Leben. Da muß die Entsagung sichtbar werden, gerade da, mitten im Alltag, mitten unter Verwandten und Nachbarn: Trunk, Kartenspiel und Tanz wurden in den Bann getan.

Der Teufel stellt uns Fallen im wirtschaftlichen Leben. Wir befinden uns in der Zeit um 1890. Auf den Dörfern nahm das Genossenschaftswesen seinen Anfang mit den Genossenschaftsmeiereien. Steht nicht in Gottes Gebot: Du sollst den Feiertag heiligen? Machen wir uns nicht schuldig, wenn wir sonntags die Milch zur Meierei liefern? Manche Bauernhöfe lieferten sonntags keine Milch, und es kam vor, daß die Erweckten ihre eigenen Meiereien errichteten!

Sicherlich gehörte das Geldwesen zu dem Vorgang im Leben, wo man nicht vorsichtig genug sein konnte gegenüber dem Teufel und allen seinen Werken und all seinem Wesen. Es führte zur Gründung einer eigenen Bank, deren Leitung zwei Männern anvertraut wurde, die in allen Kreisen der Bewegung höchstes Ansehen genossen.

Besonders gefährdet aber war das Lebensgebiet der Politik, womit der Nationalitätenkampf in seiner sich dauernd steigenden Hitze gemeint war. Manche hielten in ihrem Hause keine Tageszeitung, und man mußte es sich gründlich überlegen, ob man als gläubiger Christ zur Wahlurne schreiten dürfe.

Wir Heutigen mögen diese „Entsagung“ aus Glauben für sehr primitiv halten. Eines ist aber gewiß: die Christlichkeit wurde in den Alltag getragen, und Frömmigkeit nur als Sitte und Gewöhnung wurde stark beunruhigt.

So sehr wir diese so scharf durchgeführte „Entsagung“ in der ersten Generation der Bewegung bewundern — denn wir haben heute allen Grund dazu —, so ist es doch eindeutig so, daß wir weder den „Teufel“ noch „die Welt“ irgendwo ausklammern und damit unschädlich machen können.

Es konnte daher nicht ausbleiben, daß in der wachsenden Bewegung um die Frage nach dem rechten Verhältnis des Christen zur „Welt“ ein sehr notvolles Ringen einsetzte. Das begann damit, daß die nächste Generation in die Bewegung hineinwuchs. Wir nennen das die Generationskrise. Daß sie kommt, ist ein Zeichen der Gesundheit, wie eine Glaubensbewegung sie besteht, entscheidet

über ihre Zukunft.

Um die Jahrhundertwende herum wuchs die Erweckung aus ihrem anfänglichen Winkeldasein heraus und wurde eine Bewegung.

Die Stellung zur Nationalitätenfrage

Die heillose Nationalitätenpolitik des preußischen Staates, die als Köllerpolitik in die Geschichte eingegangen ist, regte die Bevölkerung in breitester Schicht auf, und zwar nicht nur die dänische, sondern auch in gleicher Weise den Teil der Deutschen, die wir Heimdeutsche zu nennen gewohnt sind.

Die dänische Abwehr straffte sich und sammelte sich um ihr Kulturprogramm, dem das Deutschtum nichts an die Seite zu setzen hatte. Die Zahl der Jugendlichen, die auf die dänischen Volkshochschulen gingen, wuchs von Jahr zu Jahr. Ihnen wurde ein Überlegenheitsbewußtsein mit auf den Weg gegeben, das überall in den Familien und Nachbarschaften seine Wirkung tat.

Die Ausweisungspolitik als Sippenbestrafung einer so von Haus und Hof verjagten Familie konnten die Pastoren nicht behandeln, als ginge das sie nichts an — wie die Pastoren als Stand auch nicht die schikanösen Maßnahmen gegen die dänische Kirchensprache in Gottesdienst, Religionsunterricht und Konfirmandenstunde hinnehmen konnten. Das war feierlich zugesichertes Recht, das ein Oberpräsident nicht einfach aufheben konnte. Aber auch der Vorsitzende der Indre Mission konnte es nicht schweigend hinnehmen, wenn ein kommissarischer Amtsvorsteher — meist landfremde, pensionierte Offiziere, von keinerlei Kenntnis unserer Verhältnisse belastet — eine Familie auswies, weil sie auf ihrem Hofe christliche Versammlungen abgehalten hatte, oder der Gendarm einen der Kolporteurs anhielt und ihn neben seinem Reitpferd zur Vernehmung abführte.

Die Abwehr seitens der Pastoren entfaltete sich langsam, uns Jüngeren zu langsam. Aber war solche Abwehr einer Maßnahme des Staates nach überlieferter lutherischer Lehre von der Obrigkeit nicht schon sehr bedenklich? In diesem Punkte mußte erst eine belastende Gewissensnot überwunden werden. Hatte nicht der große lutherische Professor Hengstenberg von einem lutherischen Kirchentag aus im Jahre 1848 die schleswig-holsteinischen Pastoren, die es mit der Provisorischen Regierung hielten, in den Bann getan?

Aber auch bei zu großer Loyalität seitens der Pastoren in solchen Nöten mit der Behörde hatten die Gemeinden ein feines Gefühl dafür, wie ihr Pastor zu diesen Nöten stand.

*

Das Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende brachte der Verkündigung durch die Indre Mission eine wachsende Zuhörerschaft aus der erwachsenen Jugend im ganzen Lande. Die großen Jugendtreffen an vier verkehrsgünstigen

Knotenpunkten im Lande sammelten Scharen, so groß, wie wir sie uns heute gar nicht vorstellen können. Diese Jugend kam zum geringsten Teil aus Elternhäusern mit erwecklicher Tradition. Und viele von dieser Jugend hatten auf den dänischen Volkshochschulen gelernt, zu hören und zu urteilen.

Es konnte gar nicht ausbleiben, daß vielen von ihnen manches an den geschilderten Lebensordnungen der alten erweckten Generation recht seltsam vorkam: Man kann doch wohl nicht im geselligen Leben oder in wirtschaftlichen Dingen dies und jenes ausklammern als die „Welt“, die der Christ zu meiden hat? Die Genossenschaftsmeiereien müssen den gleichen Preis für die Milch zahlen und bekommen den gleichen Preis für die Butter! Ganz ernst wurde die Kritik der Jungen, als die Bank gegründet wurde. Könnt ihr über den Eingang der Bank den Spruch setzen: ‚Gib dem, der dich bittet, und wende dich nicht ab von dem, der dir abborgen will?‘

Und hier an der Bank trat nun etwas Entsetzliches ein. Nach kurzer Frist mußte sie liquidieren auf Grund hoher Fehlbeträge, die durch Schuld der Leitung verursacht waren. Und tief beschämend trat noch obendrein das hinzu, daß der erste Direktor einer der größten Banken am Ort bei der Liquidierung alle Sparbücher der kleinen Sparer zum Nennwert auf seine Bank übernahm, so daß die kleinen Sparer keinen Verlust erlitten. Deutlicher konnte das Problem „Christ und Welt“ nicht beunruhigt werden. Und die Jugend war dafür reif.

Das Heimdeutschtum

Aber wir sind noch nicht zu Ende mit dem, was wir als Generationskrise bezeichneten. Der bedrohlichste Engpaß, durch den die Bewegung hindurchgeführt werden mußte, war die nationale Not unseres Heimatlandes.

Unsere dänischen Landsleute haben für uns das Wort „Heimdeutsche“ geprägt. Das ist eine gute, treffende Kennzeichnung. Wir haben in Nordschleswig unsere Heimat wie sie und sie ererbt von unseren Vätern wie sie. Nicht irgendein politischer Akt hat uns angesiedelt, wo wir ursprünglich nicht heimatberechtigt sind.

Darum ist das Wesentliche unseres nordschleswigschen Volkstums Dänen und Heimdeutschen gemeinsam: die Muttersprache, die Geborgenheit von Kindheit an in der Familie gleichen Lebensstiles, ob wir Dänen sind oder Deutsche, durch die Geschlechterreihen hindurch miteinander blutsverwandt. Wir ererbten die Nachbarschaften unseres Dorfes und pflegten sie mancherorts in fest überlieferter Form und Feierlichkeit. Und wir sind einander verwandt — im Humor wie in der Frömmigkeit. Die verhängnisvolle preußische Grenzpolitik war am Werke, diese Gemeinschaftsbildenden Gegebenheiten zu zerstören.

Nach allem, was hier in bezug auf den Umbruch in der jungen Generation innerhalb der Erweckungsbewegung dargestellt ist, darf es nicht wundernehmen,

daß infolge der Verschärfung der preußischen Politik in dieser Jugend eine Wachsende Beunruhigung um sich griff:

Können wir als Dänen gegenüber dem Unrecht, das an uns geschieht, so tun, als ob diese Volksnot uns als Christen nichts mehr angehe?

Dürfen wir als Christen unsere Volksverbundenheit vor uns selber verstecken?

Meine Generation der Heimdeutschen war hier stark beunruhigt.

Die „Indre Mission“

in Dänemark besinnt sich auf Nordschleswig

Zu diesen Zeitläuften besann sich die Indre Mission in Dänemark unter Führung ihres Vorsitzenden Wilhelm Beck darauf, daß sie als Indre Mission doch wohl südlich der Grenze Verpflichtungen hätte. Diese suchten sie aber nicht auf dem Gebiet zu erfüllen, das sie, wie man meinen sollte, mit unserer nordschleswigschen Bewegung gleichen Namens gemeinsam hatte. Sie wollte sich nationalpolitisch betätigen. Man hatte gehört, daß die dänischen Missionsleute südlich der Grenze sich streng vom Nationalen fernhielten und nicht einmal ihre Wahlpflicht erfüllten. Das wurde ausgelegt als ein Trick der Pastoren, die die Bewegung leiteten, um die dänische Front zu schwächen. Eine Kommission aus Pastoren und Laienpredigern wurde zum Vorsitzenden des dänischen Wählervereins, H. P. Hanssen, entsandt. Er hat den Vorgang viele Jahre später erzählt. Er war entsetzt, wie unwissend diese Männer waren über unsere Verhältnisse im allgemeinen und über die Kirche und ihre Pastoren und die Bewegung der Indre Mission im besonderen. Das machte ihn sehr zurückhaltend — und er schickte die Kommission zum Vorsitzenden der Indre Mission, zu meinem Vater in Hoptrup. Da mußte für sie die Information beginnen! Er wollte nicht den Schein aufkommen lassen, als ob er hinter dem Rücken meines Vaters Verhandlungen führe. Mein Vater nahm sich vor, sie nun nicht so ganz leicht aus den Händen zu lassen, improvisierte Quartiere, lud einige seiner Mitarbeiter hinzu und hielt die Gäste von Freitag über Sonntag fest. Ich war als Student auf Ferien zu Hause. In den Gesprächen offenbarte sich eine geradezu unvorstellbare Ahnungslosigkeit. Zum ersten Male begegnete mir jungem Menschen eine Wirklichkeit von unheimlichen Gewalten, die uns Menschen abzublenden vermag, so daß wir gar nicht mehr fähig sind, das aufzunehmen, was aufzunehmen uns unbequem ist. Kurios war ein geselliger Abend in den Räumen meines Elternhauses. Als die Gäste in die Quartiere aufbrachen, sagte der Gastgeber: „Morgen um zehn Uhr ist also Gottesdienst!“ Ich hörte in dem etwas entfernt liegenden Zimmer, wo ich unter Gästen saß, wie einer sagte: „Aber der Gottesdienst ist ja deutsch!“ Der das sagte, war der leitende Mann dieser Kommission! Im Gesicht eines neben mir sitzenden Landsmannes zuckte der nordschleswigsche Humor, und er sagte: „Na ja, aber ihr könnt es doch

wenigstens versuchen!“ Nach dem Gottesdienst meinte der Leiter der Kommission, ihre beschämende Unwissenheit über die Sprache des Gottesdienstes durch einen Scherz auslöschen zu können, aber mein Vater schwieg erst, sah ihn ernst an und sagte: „Gottes Wort in unserer Muttersprache sammelt Sonntag für Sonntag eine große Gemeinde in unserem kleinen Lande!“ Das Ziel, das diese Bestrebungen der Indre Mission nördlich der Grenze hatten, war, die Bewegung in Nordschleswig von der Führung durch Pastoren zu lösen, sie zu einer Laienbewegung zu machen und damit die heimdeutschen Christen auszuschließen. Ahnungslos, wie man war, arbeitete man der preußischen Grenzpolitik damit in die Hände, denn das war es, was diese erstrebte, eine Spaltung der Gemeinden in eine deutsche und eine dänische. Aber immer noch vollzog sich in der Bewegung das Reifen der Jugend über die alte Generation hinaus meist jenseits der Öffentlichkeit. Fast wie mit einem Schlage wurde das anders.

Der Verein für deutsche Friedensarbeit und der nordschleswigsche Pastorenverein

1909 veröffentlichte der nordschleswigsche Pastorensohn Johannes Tietje in der weitverbreiteten kirchlichen Wochenzeitschrift „Die christliche Welt“ seine Artikelreihe: „Die Zustände in Nordschleswig“. Damit wurde ein Wirbelsturm entfacht, aus dem zwei Kampffronten gegen das heillose preußische System erstanden: der Verein für deutsche Friedensarbeit in Nordschleswig unter Führung von Pastor Schmidt-Wodder und der nordschleswigsche Pastorenverein, der mit Erfolg die Pastoren zu einer Solidarität aufrief. In dessen Vorstand wurden Pastor Schmidt-Wodder, Pastor D. theol. Prahel und mein Vater berufen.

Johannes Tietje hatte Theologie studiert und war Jugendgenosse von vielen jungen nordschleswigschen Akademikern. Aus deren Kreis war Schmidt-Wodder seit Jahren gedrängt worden, an die Öffentlichkeit zu treten und die deutsche Opposition im Lande sichtbar und wirksam zu machen. Zu dieser Opposition gehörten manche von uns jungen Pastoren. Wir hatten uns auf den Universitäten den frischen Wind gehörig um die Ohren wehen lassen, und für manche von uns wurde z. B. die Gestalt eines Friedrich Naumann unvergeßlich.

Nordschleswig war in Bewegung geraten.

Die Generationskrise und Spaltung der „Indre Mission“

Wie wirkte sich das nun aus auf die Generationskrise in der Bewegung, von der zu berichten wir uns bemühen?

Von außen gesehen, äußerst tragisch! Denn zwölf Pastoren und drei Laienbrüder trennten sich von der Indre Mission unter ihrem alten Vorsitzenden. Sie gründeten eine eigene Indre Mission, der sie den Namen gaben: die Indre Mission der Alten

Botschaft. Dieser Name war nicht mißzuverstehen. Er enthielt die Anklage, daß wir anderen eben diese Alte Botschaft verraten und dem Unglauben Raum gegeben hätten. Alte, bewährte und erprobte Freundschaften zerbrachen.

Wie war das möglich?

Diese älteren Pastoren mißtrauten der nachfolgenden Pastorengeneration. Also auch hier eine Generationskrise!

Wir Jungen haben diese Pastoren sehr verehrt und uns in ihre Gefolgschaft begeben. Und eine solche hatten sie auch sowohl in ihren Gemeinden wie im ganzen Land. Ich darf es mit vollem Recht aussprechen, daß es uns Jungen nie eingefallen ist, an ihnen Kritik zu üben. Dazu war ihre Überlegenheit zu groß.

Und doch stand etwas zwischen uns.

Wir Jungen konnten uns der Zeitwende in Theologie und Kirche nicht entziehen, und eine solche war hereingebrochen. Es ging um die Bibelforschung, die mit allen Mitteln moderner Wissenschaft einsetzte. Wurde damit nicht die Autorität der Heiligen Schrift unterwühlt? Hatte Gott sie nicht jeder Kritik dadurch entzogen, daß er der Christenheit die Bibel als sein unfehlbares Wort, vom Heiligen Geist bis ins einzelne gesichert und abgeschirmt, gegeben? Worauf soll der Glaube ruhen?

Hinzu kam, daß wir die überlieferte Lehre vom Obrigkeitsstaat als einer von Gott unmittelbar gesetzten Ordnung mit Anspruch auf unbedingten Gehorsam für überlebt ansehen mußten. Eine solche Obrigkeit ist der parlamentarisch-demokratische Staat nicht.

Aber was bedeutete diese Spaltung?

Dänische Theologen, die sich neuerdings mit der Kirchengeschichte Nordschleswigs seit 1864 befassen, haben das Geschehnis auf eine allzu primitive Formel gebracht: Die Indre Mission hätte sich in eine dänische und eine deutsche gespalten. Das ist völlig an dem Geschehen vorbeigesehen.

Wir in der Gefolgschaft des alten Vorsitzenden durchlebten und durchlitten jene Generationskrise, deren innerer Ablauf dargestellt ist, und wurden über die pietistische Gemeinschaftsbildung als Ziel der Bewegung hinausgeführt zur Gemeinde und damit zu den Aufgaben, die eine solche mitten in der sie umgebenden Welt verantwortlich auf sich zu nehmen hat. Zu diesen Aufgaben gehörte in unserer national gespannten und gefährdeten Volkslage, daß der mündige Christ durch die Verkündigung zu einer Reife geführt werde, in der er sich seiner Verantwortung gerade in diesem großen Notstand bewußt würde und sich gerade nicht gegen sie abschirmte in einer Gemeinschaft, die darin einig war, daß der Christ dieser Verantwortung enthoben sei. Wir haben es selbst gar nicht gemerkt, wie sich der Stil unserer Verkündigung von hieraus neu ausrichtete und wie wir überlieferte Formen dieser Absonderung von den brennenden Aufgaben des mündigen Christen überwandten. Weil alles in einer Generationskrise von innen her auf uns zukam, ist es niemals zu Belehrungen und Aussprachen,

geschweige denn zu Beschlüssen über eine neue Wendung in unserem Dienst gekommen. Es reifte von innen. Vierzig Jahre später sprach ein kluger Kenner unserer Heimat das Urteil über jenes innere Reifen mit den Worten aus: „Die verborgene Kraft eures Wirkens war diese, daß unsere Bevölkerung es an euch spürte, daß ihr mit ihr um ihre Not gelitten habt.“ Ich konnte nur antworten: „Das höre ich zum ersten Mal, und wenn eines gewiß ist, dann ist es dies, daß uns das nicht bewußt gewesen ist.“

Worauf ich die Antwort bekam: „Dann wäre es ja auch unecht gewesen!“

Der erste Weltkrieg und seine Folgen

Die Auswirkung haben wir nicht erlebt, denn 1914 kam der erste Weltkrieg.

Damit stehen wir vor dem letzten Abschnitt der Geschichte unserer Erweckungsbewegung. Unsere Gemeinden wurden in die dänische Kirche eingegliedert. Die Frist bis zum Abschluß dieses Geschehens offenbarte in der reichsdänischen Öffentlichkeit einen leidenschaftlichen Willen, diese vermeintlich verwahrlosten Gemeinden radikal von alledem zu erlösen, was an dieser Verwahrlosung schuld war. Und das waren ja vornehmlich die Pastoren. Die Führung hierin hatte unbedingt die dänische Indre Mission.

Es überraschte uns gar nicht, daß wir die Prügelknaben wurden, denn wir waren ja jener unheimlichen Macht, besonders bei der Indre Mission, erschreckend oft persönlich begegnet, jener Macht, die uns Menschen völlig gegen die Wirklichkeit abzublenden vermag. Wo diese Macht zur Herrschaft kommt, handeln wir Menschen nach dem Grundsatz: Was nicht sein darf, ist nicht. Es durfte nicht sein, daß das Wort Gottes so tief hineingedrungen war ins Volk wie nie zuvor. Es durfte nicht sein, daß die Indre Mission in Nordschleswig der dänischen verwandt war wie ein Zwilling! Es durfte nicht sein, daß diese lebendigen Gemeinden von deutschen Pastoren bedient und gefördert wurden.

Rückschauend fragt man sich: Wie war solche groteske Unwissenheit möglich? Aber noch unbegreiflicher war die Selbstsicherheit, mit der man verkündigte, daß man über reichliche Kräfte verfüge, die diese Wüste in blühendes Wachstum verwandeln würde.

Vor allem uns jungen Pastoren wurde es bald zur Gewißheit, daß wir es unserer Selbstachtung schuldig seien, abzuwandern. Wesentlich aber für diese Entscheidung war ein anderes, ein Überpersönliches:

Der bereits erwähnte H. P. Hansen war Mitglied des Kopenhagener Kabinetts geworden, als Minister für das beim Friedensschluß an Dänemark abzutretende Gebiet. Er bat zwei von uns zu sich in seine Wohnung in Apenrade. Mit großem Ernst redete er uns gut zu, im Kreise unserer Freunde dafür zu werben, daß wir in unseren Gemeinden bleiben möchten. Wir beklagten uns darüber, daß seitens der dänischen Kirche getan würde, als ob wir gar nicht existierten. Aus der Presse

könnten wir uns darüber orientieren, was mit unseren Gemeinden und uns Pastoren geplant sei. Er bedauerte das und fügte hinzu: „Aber darum spreche ich ja jetzt mit Ihnen!“ Das war deutlich.

Wir beiden entwickelten dann vor ihm unsere Befürchtung, daß das, worauf es bei der Eingliederung unserer Gemeinden vornehmlich und entscheidend ankomme, gar nicht erkannt sei, und das sei dies, dafür Sorge zu tragen, daß der deutschen Minderheit bei der Einordnung das Verbleiben im gottesdienstlichen Leben ihrer angestammten Kirchengemeinde so leicht wie möglich gemacht würde. Denn trotz der Köllerpolitik mit all ihren Bemühungen, Dänen und Deutsche auf allen Gebieten des Lebens gegeneinanderzustellen und voneinander zu trennen, hätten die deutschen Minderheiten auf dem Lande bewiesen, daß sie das nicht wollten. Vielmehr hätten sie sich zum dänischen Gemeindeleben gehalten. Es gäbe deutsche Gottesdienste, aber kein deutsches Gemeindeleben. Das sei schleswigsche Tradition. Darauf sei unsere Gemeindegarbeit und die weitausholende Tätigkeit gerade der Indre Mission angelegt, Dänen und Deutsche zu ihrem Heil unter Gottes Wort zusammenzuhalten. Und deswegen hätten wir Pastoren in Ungnade gestanden bei den preußischen Behörden. Wir würden den Eindruck nicht los, daß kirchliche Sonderbestimmungen für die Deutschen vorgesehen seien, die befürchten ließen, daß das, was die preußische Politik nicht erreicht hätte, die nationale Spaltung der Gemeinden, Wirklichkeit werden könnte. Wir betonten, daß unsere Gemeinden es gar nicht verstünden, daß wir sie verließen, aber wir müßten es ablehnen, für ein Verbleiben in unserer Gemeinde den Preis zu bezahlen, daß unsere Bemühung um die Ganzheitsgemeinde geopfert würde. Die dänische Kirchengesetzgebung mit Wahlgemeinden, Freigemeinden u. a. setze dänische Verhältnisse voraus, bei uns sei das Gebot der Stunde, die Gemeinden als Ganzheitsgemeinden zusammenzuhalten. Es sei ein leichtes, jetzt bei der Eingliederung in die dänische Kirche den Deutschen die Zugehörigkeit zu ihrer angestammten Gemeinde zu sichern. Denn wenn sie eines nicht wollten, dann sei es Trennung. Selbstredend würden hier und da Gottesdienste und kirchliche Amtshandlungen von deutschen Familien begehrt werden, dabei aber müsse der einzelne Gemeindepastor entscheidend Gewicht darauf legen, daß er Pastor und Seelsorger der Gesamtgemeinde und darum dafür verantwortlich sei, daß solchem Begehren sein Recht würde, vor allem müsse verhütet werden, daß die deutsche Minderheit in eine Lage der Selbsthilfe geriete.

Das würde geschehen, wenn der Bischof oder gar der Kirchenminister in solchen Gemeinden einen anderen Pastor mit diesem Dienst an den Deutschen beauftrage. Dann wäre die Gemeinde gespalten in eine dänische und eine deutsche und hätte zwei Pastoren, die einander herzlich wenig angingen. Der Gemeindepastor hätte, wo er die Bedürfnisse *seiner* deutschen Minderheit

persönlich nicht erfüllen könne, *von sich aus* mit einem anderen Pastor ein ständiges Vikariat für diese Aufgabe zu vereinbaren und als Seelsorger der Gesamtgemeinde zu pflegen. Der Minister gab uns recht, als wir darauf verwiesen, daß sich solche deutsche Minderheit doch sicherlich nicht den Pastor, der sie von ihrer angestammten Kirchengemeinde trenne, „von oben“ zuweisen ließe.

In späteren Jahren hat Bischof D. Amundsen sich in manchen Gesprächen diesen Grundgedanken geöffnet. Er erkannte den hohen Wert der Gesamtgemeinde in Nordschleswig. Denn es kann gar nicht anders sein, als daß das Leben zwei Brennpunkte hat: den Eifer um das Volkstum und den christlichen Glauben. Um diese beiden Brennpunkte kreist das Leben. Dabei ist es gar nicht zu vermeiden, daß die beiden Brennpunkte sich nähern. Da setzt die Gefährdung der Frömmigkeit ein, wenn der Mittelpunkt „Volkstum“ den christlichen verschlingt. Dann wird der Eifer um das Volkstum zu einem Religionsersatz in christlicher Verbrämung. Wo wir uns aber verbunden wissen als Dänen und als Deutsche unter Gottes Wort und einander als Christen von der Taufe bis zum Grabe durchs Leben begleiten und das Allerheiligste miteinander feiern im Abendmahl, da bezeugen wir einander, daß wir uns in unserem Lande der Spannungen zu dem Frieden bekennen, der über alle Vernunft ist. Das beglückend friedliche Zusammenleben in unsern Dörfern zwischen Dänen und Deutschen auch und gerade in turbulenter Zeit hatte hier seine tiefste Kraftquelle.

*

Die reichsdänische Indre Mission ist in Nordschleswig nie recht zum Zuge gekommen. Die Gründe dafür zu untersuchen, ist nicht unsere Aufgabe. Aber mit Freuden stellen wir fest, daß frische und selbständig denkende Pastoren unsere Nachfolger geworden sind. Sie bauen auf auf dem Grund, der gelegt war.

Aber der angekündigte triumphale Erfolg ist ausgeblieben. Anstatt dessen wurde die Aufgabe gestellt, in oft mühseliger Kleinarbeit ohne groß auffallenden Erfolg die Gemeinde zu festigen. Und das entspricht ja wohl doch dem Geheimnis des Reiches Gottes.

Wir sprechen von Europa. Aber Europa wird nicht durch die Kabinette gemacht. Wir selbst müssen das europäische Haus mit Leben erfüllen. Nirgends kann man es besser praktizieren als dort, wo verwandte Völker miteinander Zusammenleben. An der Bewältigung dieser Aufgabe muß sich zeigen, ob die Minderheiten leben können.

Dr. Schlegelberger auf dem Knivsberg 1962

Ein vergessenes Kapitel

Zur Geschichte des „Rufes zur Sammlung“

Es war einmal eine Zeit, da es um Sein oder Nichtsein Flensburgs als deutsche Stadt ging. Es ist viel darüber geschrieben worden. Wer beobachtet, wie friedlich sich heute Vertreter beiderseits der Grenze darum bemühen, einen Ausgleich der nationalen Interessen herbeizuführen, der wundert sich über den Aufwand an Kraft und Nerven, der einstmals aufgebracht wurde, um die zum Teil künstlich aufgeblähten Grenzprobleme zu bewältigen.

Wenn ich jetzt noch einmal Rückschau halte auf diese Zeit, so deshalb, um etwas nachzuholen, was bei aller Würdigung der damaligen Umstände zu kurz gekommen ist: die führende Rolle der sozialistischen Arbeiterschaft.

Eine Resolution der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1902

Die Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ist ein fester Bestandteil der jetzt hundertjährigen Geschichte der Sozialistischen Internationale. Das konnte darum auch nach dem ersten Weltkrieg nicht anders sein, als es in Schleswig um die Volksabstimmung und um die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ging. Nach der Meinung *Eduard Adlers*¹ war dieser Begriff auch im Prager Frieden vom 23. August 1866 zwischen Preußen und Österreich verankert, durch den ganz Schleswig-Holstein Preußen zugesprochen wurde. Jedenfalls berief sich Adler

„als Vertreter der einzigen Partei in Deutschland, welche immer die Forderung der Dänen auf Erfüllung einer alten Zusage anerkannt hat“,

im Jahre 1902 auf dem schleswig-holsteinischen Provinzial-Parteitag der Sozialdemokratie auf den Artikel V des Prager Friedens und legte dem Parteitag die nachstehende Entschließung vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Der Parteitag der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie hält es, weil Schleswig zum Teil von Angehörigen eines nichtdeutschen Volkes bewohnt ist, für richtig, für seine Stellung diesem gegenüber folgendes

1 Eduard Adler war lange Jahre Chefredakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und führender Sozialdemokrat in Schleswig-Holstein. Zur Zeit der Abstimmungsvorbereitungen war er Beigeordneter beim Regierungspräsidenten in Schleswig-Holstein und später Landrat in Eckernförde.

festzulegen.

1. Grundsätzlich wird anerkannt:

- a) daß die dänische Bevölkerung in Nordschleswig sowohl nach dem widerrechtlich beseitigten Artikel V des Prager Friedens als nach dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung allein zu entscheiden hat, ob und wie weit sie zu Preußen oder Dänemark gehören will,
- b) daß alle Bewohner Nordschleswigs, die dänischen Stammes sind, solange sie gezwungen oder freiwillig zum Deutschen Reich gehören, ein Recht auf Schutz ihrer nationalen Eigenart, ihres Volkstums, ihrer Muttersprache und volle politische Gleichberechtigung haben,
- c) daß es Pflicht der Sozialdemokratie ist, jede diese Rechte verletzende Politik einer Partei, eines Staates oder eines Reiches rücksichtslos zu bekämpfen,
- d) daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die Proletarier des dänischen Volkes *unter voller Anerkennung ihrer nationalen Rechte* über den Sozialismus aufzuklären und für den Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht zu gewinnen.

2. Ausgehend von vorstehenden Grundsätzen, beschließt der Parteitag:

- a) eine wesentliche Aufgabe der Genossen, ohne Unterschied der Abstammung, ist, in Schrift und Rede die Aufklärung der dänischen Proletarier über den Sozialismus und ihren Anschluß an die Sozialdemokratie zu betreiben, und zwar, soweit es möglich und nötig ist, unter Gebrauch der dänischen Sprache,
- b) eine weitere Aufgabe der Genossen und der sozialdemokratischen Presse Schleswig-Holsteins liegt in der rücksichtslosen Bekämpfung der Zwangspolitik in jeder ihrer Erscheinungsformen,
- c) bei Stichwahlen zum Reichstage und den Landtagswahlen, wo die Entscheidung zwischen einem dänischen und einem anderen bürgerlichen Kandidaten steht, darf die national-oppositionelle Stellung der Dänen nicht maßgebend für die Stellungnahme unserer Genossen sein. Sie haben für einen dänischen Kandidaten nur dann einzutreten, wenn dieser die zwingende Erklärung abgibt, jeder Mehrbelastung der Bevölkerung mit Zöllen und indirekten Steuern und jeder Erhöhung der Militär- und Marinelasten entschieden entgegenzutreten und tatkräftig für den

demokratischen Aufbau des Wahlrechts sowohl zum Reichstage als vor allem zum preußischen Landtage wirken zu wollen.“

In der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ gab Adler noch eine Erklärung zum Artikel V des Prager Friedens, in der es u. a. hieß:

„Es erhält also Preußen alle Rechte Österreichs und damit den uneingeschränkten Besitz von Schleswig-Holstein gegen die einzige *Verpflichtung der Vornahme einer Urabstimmung*, welche im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Grundlage für eine den nationalen Wünschen der Dänen entsprechende endgültige Festlegung der Grenze schaffen sollte. Preußen übernahm dadurch Österreich gegenüber eine Pflicht, aus der indirekt ein Recht des dänischen Volkes in Nordschleswig und ein Rechtsanspruch des dänischen Staates erwuchs.“

Dr. Karl Alnor, auf deutscher Seite einer der rühmlichsten Männer im Abstimmungskampf, bestreitet freilich in seinem „Handbuch zur schleswigschen Frage“ die Richtigkeit der Adlerschen Auffassung.

*

Bei der Beurteilung dieser sechzig Jahre zurückliegenden Entscheidung der Sozialdemokratie muß man in Rechnung stellen, daß schon damals enge politische Kontakte zwischen den Sozialisten der beiden Länder bestanden und daß die Sozialdemokratie sich immer und in erster Linie der unterdrückten Bevölkerungskreise annahm, wozu der sogenannte Köllerkurs obendrein noch den verpflichtenden Anlaß gab. Jedenfalls hatte sich die Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins im Jahre 1902 grundsätzlich festgelegt, ohne zu wissen, welche Situation zwanzig Jahre später für sie entstand.

Die Resolution des Sozialistenkongresses in Bern 1919

Bald nach dem ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch Deutschlands, am 7. Februar 1919, also fast fünf Monate vor Inkrafttreten des Versailler Vertrages, befaßte sich der Internationale Sozialistenkongreß in Bern mit der deutsch-dänischen Grenzfrage und ließ durch den Dänen Bjorgberg erklären:

„Die dänischen und deutschen Delegierten erklären übereinstimmend, daß die neue dänisch-deutsche Grenze nicht nach dem Recht der Gewalt, sondern nach dem Recht der Selbstbestimmung der von der Änderung betroffenen Bevölkerung zu lösen ist, also durch Volksabstimmung. Diese Volksabstimmung ist für drei Gebiete gesondert vorzunehmen:

1. für das geschlossene Sprachgebiet Nordschleswig,
2. für die südlich dieses Gebiets gelegenen überwiegend dänisch

sprechenden, bisher überwiegend deutsch gesinnten, etwa acht bis zehn Gemeinden,

3. für die Stadt Flensburg, wenn mindestens ein Viertel der wahlfähigen Bevölkerung die Abstimmung fordert.

Die sub 2 bezeichneten Gemeinden stimmen eine jede für sich gesondert ab.

Die Vorbereitung und die Vornahme der Abstimmungen müssen in voller Freiheit erfolgen. Die Abstimmungen sollen, um unbeeinflusst von augenblicklichen Strömungen zu sein, erst nach einer gewissen Zeit vorgenommen werden.

Die Grenze ist in einer Weise zu ziehen, die Enklaven ausschließt.“

Die Sozialdemokratie im Abstimmungsgebiet bedauerte, daß diese Stellungnahme ohne Hinzuziehung der Vertreter des Grenzgebiets erfolgte. Denn die grundsätzliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker allein genügt nicht, es müssen den Minderheiten auch bestimmte Rechte zugesichert werden.

Die Stellungnahme der Arbeiterschaft des Grenzgebietes zur Volksabstimmung

Die Situation im Grenzgebiet änderte sich schlagartig, als dann bekannt wurde, wie die Abstimmung nach den Versailler Verträgen durchgeführt werden sollte. Die Vertreter der Sozialdemokratie aus den Kreisen Hadersleben, Sonderburg, Apenrade, Tondern und der Stadt Flensburg hielten am 20. Oktober 1919 eine Konferenz ab, in der auch die Abstimmungsfrage erörtert wurde. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Arbeiter aller Nationen durch ein gemeinsames Band umschlingt, um so den Kampf um die Befreiung des Proletariats vom Joche des Kapitals in einiger Zusammenarbeit zu führen. Sie ist darum in allen Ländern und Staaten für das Recht der Unterdrückten eingetreten und hat schroff allen Versuchen Widerstand geleistet, die Angehörigen eines Volkes gegen die eines anderen zu verhetzen.

Diesem Standpunkt getreu hat sich die Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins seit dem Jahre 1902 nicht nur der gegen die Dänen Nordschleswigs gerichteten Zwangspolitik widersetzt, sondern auch ein einigendes Band um die klassenbewußten Proletarier dänischer wie deutscher Abstammung geschlungen.

Aus dieser Vergangenheit ist ohne Mühe die Haltung der

Sozialdemokratie angesichts der bevorstehenden Entscheidung über die neue Grenzlinie in Nordschleswigs zu ziehen. *Wir gestehen dem Deutschen wie dem Dänen das Recht zu, für seine Kultur und den Zusammenhang mit der Staatsorganisation seines Stammes zu wirken und zu stimmen, wir erklären aber unsere Parteiorganisationen als solche für unzuständig, in diesen Kampf einzutreten. Die deutschen Sozialdemokraten und die dänischen Sozialdemokraten bleiben politisch und sozial vereint und werden, wie auch das Schicksal in der einzelnen Gegend entscheidet, einig bleiben im Deutschen Reiche so gut wie im Staate Dänemark.*

Ganz anders ist natürlich unsere Stellung zu den Bestimmungen des Friedensvertrages in bezug auf die en-bloc-Abstimmung und die Rechtlosigkeit der vielen Tausende, die fast ein Menschenalter hindurch in Nordschleswig lebten und wurzelten. Hier liegt eine Brutalität und eine Vergewaltigung eines Teiles unserer Volksgenossen vor, die uns als Partei zum schärfsten Proteste und zu der Erklärung zwingt, daß das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung nicht als eine Entscheidung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkannt werden wird. *Wir sprechen dagegen die Erwartung aus, daß später das dänische und das deutsche Volk einen Weg finden werden, auf dem nachträglich die auf gezwungene Entscheidung von heute korrigiert und beiden Völkern wirklich ihr Recht gegeben wird.*“

*

Man verkenne nicht die damalige schwierige wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, die sich mit jedem Tage verschlechterte, während deutsche Geschäftsleute aus Spekulationsgründen ihre Waren in Nordschleswig stapelten und ihr Kapital bei dortigen Banken deponierten. Die Verstimmung und Enttäuschung über die unklare politische Lage, in der sich das gesamte Abstimmungsgebiet befand, einer Lage voll innerer Gegensätze, Unklarheiten und Schwankungen erhöhte die Reizbarkeit der Bevölkerung. Der „Deutsche Ausschuß“, von niemand gewählt und von keiner Stelle beauftragt, betrieb und bestimmte zu dieser Zeit die Grenz- und Abstimmungspolitik, die in der Parole der Stimmenthaltung die größte Verwirrung zum Schaden des deutschen Abstimmungserfolges in der 1. Zone² anrichtete. Erst später mußte er sich dem Protest der Sozialdemokraten in den größeren Orten der Zone fügen und die Bevölkerung zur Beteiligung an der Abstimmung aufrufen. Leider war es zu spät,

2 Unter 1. Zone muß die erste Abstimmungszone verstanden werden, die die größeren Orte Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern einschloß. Die Südgrenze verlief mitten durch die Flensburger Förde über Pattburg, Tondern bis zur Insel Röm.

wie die Beteiligung der Deutschen an der Abstimmung am 10. Februar 1920 bewies.

Andererseits war die Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Verlockungen der dänischen Chauvinisten ausgesetzt, die sich keine Gelegenheit entgehen ließen, den inneren Zwiespalt in der Stellungnahme zur Abstimmung zu vertiefen. Hinzu kam, daß außer grundsätzlichen Erklärungen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften von dieser Seite nichts Entscheidendes unternommen werden konnte, da Deutsche und Dänen gleichberechtigte Mitglieder ihrer Organisationen waren.

Aber die Zeit drängte, und die letzte Erklärung der Sozialdemokratie vom 20. Oktober 1919 verpflichtete.

Am 14. März 1920 sollte die Abstimmung in der 2. Zone, also in Flensburg, stattfinden. Die Arbeitnehmerschaft mit ihren 12 400 gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern in Flensburg und ihren straffen Organisationen waren nicht zu unterschätzende Schwerpunkte im Abstimmungsgebiet.

Der Grenzbund in der Abstimmungszeit

Also mußten sich aus der Arbeiterschaft Persönlichkeiten finden, die die Abstimmungsvorbereitungen übernahmen. Die Leitung hatte ein „Gremium“, dem auch der Verfasser dieses Artikels angehörte. Wenn aber Gewerkschaften und Partei offiziell nicht auftreten durften, wer sollte die Arbeiterschaft vertrauenswürdig ansprechen und in wessen Namen sollte es geschehen. Und damit war er da, der

G R E N Z B U N D

anerkannt durch Beschluß des Gewerkschaftskartells und des Sozialdemokratischen Vereins Flensburg, die korporativ dem Grenzbund als Mitglieder beitraten.

Die Verbindungen und Verhandlungen des Grenzlandes ließen sich sehr schnell an, sie reichten in alle Kreise der Arbeitnehmerschaft, in die Betriebe und in Bünde und Vereinigungen mit großem Ausstrahlungsvermögen. Er war da, war überall, gerufen und ungerufen, er brachte die gewagtesten Besprechungen mit den unterschiedlichsten Interessenvertretern zustande, immer mit dem festen Willen, der deutschen Sache zum Siege zu verhelfen. Als dann am Sonnabend, dem 13. März, vierundzwanzig Stunden vor der Abstimmung, die Kunde von dem *Kapp-Putsch* Flensburg erreichte, trat wohl im ersten Augenblick eine Lähmung ein, aber wirklich nur einen Augenblick. Der gesamte Abstimmungsapparat wurde zum

3 Friedrich Bauer war damals Leiter des Arbeitersekretariats in Flensburg, das vom Gewerkschaftskartell unterhalten wurde und als Rechtsauskunfts- und Beratungsstelle für die Mitglieder der Gewerkschaften errichtet war.

letzten Anlauf — man kann auch sagen: Wettlauf! — in Bewegung gesetzt, um eine lähmende Stimmung durch den Putsch nicht aufkommen zu lassen. Mit Erfolg!

Nur ein große Sorge bestand noch. Infolge des ausgerufenen Generalstreiks war von den vielen bereits angekommenen Zügen ein letzter mit Abstimmungsberechtigten⁴ aus Süd- und Mitteldeutschland steckengeblieben. Aber dieser Zug wurde auch noch heraufgebracht nach Flensburg.

Der Abstimmungstag war dann das große Erlebnis. Er endete mit einer überwältigenden Kundgebung unter dem Glockengeläute sämtlicher Kirchen auf dem Südermarkt.

*

Die Männer des Grenzbundes aber hatten bereits die Order in der Tasche, sich am nächsten Tag zum Kampf gegen die Kapp-Putschisten bereitzuhalten. Schon frühmorgens brachte sie die Lokomotive, unterwegs wiederholt durch Eisenbahnerkontrollen aufgehalten, nach Husum und von dort mit verstärkter Mannschaft nach Schleswig. In Schloß Gottorp hatten die Kappisten sich verschanzt, sehr dumm und unsoldatisch. Sie saßen, von Wasser umgeben, in einer Falle, es blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich zu ergeben und die weiße Flagge zu zeigen, was dann nach zwei Tagen geschah.

Das war, so glaubten wir damals, der letzte Einsatz für Flensburg, dieser „unter Meitmanns herrlicher Führung siegreich beendete Kampf gegen den Umsturz“, wie mir Dr. Köster, der damalige Staatskommissar und spätere Reichsaußenminister, begeistert schrieb.

Der Kampf gegen die Internationalisierung Schleswigs

Der Kapp-Putsch war im ganzen Lande erfolgreich abgeschlagen, wirkte aber auf die Hochstimmung der Bevölkerung wie eine kalte Dusche. Die Beziehungen der einzelnen politischen Gruppen zueinander kühlten sichtlich ab, zumal der Deutsche Ausschuß provozierenderweise zwei Tage nach der Abstimmung ein ihm zugegangenes Telegramm des Kapp-Oberpräsidenten Lindemann in den „Flensburger Nachrichten“ veröffentlichte, in welchem „Schleswig-Holstein dem Deutschen Ausschuß als Vorkämpfer für deutsches Recht für die in schwerer Zeit erfolgreich geleistete Arbeit dankt“ und Lindemann selber „auf weitere treue

4 Stimmberechtigt war nach Artikel „Schleswig“ des Friedensvertrages „jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat; sie muß in der Abstimmungszone geboren sein oder dort seit einem früheren Zeitpunkt als dem 1. Januar 1900 wohnen“.

5 Karl Meitmann war engster Mitarbeiter Eduard Adlers und Dr. Kösters, die sich erfolgreich bemühten, in dem Durcheinander der Abstimmungsgeschehnisse klare Entscheidungen herbeizuführen.

Mitarbeit vertraut“.

Das war auch das politische Ende des Deutschen Ausschusses und wäre auch das Ende der Abstimmungsarbeit gewesen, wenn, ja wenn die dänischen Chauvinisten nicht zu einem neuen Anschlag gegen das feststehende Ergebnis der Abstimmung ausgeholt hätten. Ihr Plan war, trotz der klaren Abstimmungsergebnisse Entscheidungen herbeizuführen, die darauf hinzielten, gemischtsprachige Gebiete unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen. Auf diese Weise sollte erreicht werden, daß Dänemark das Mandat über das deutsche Schleswig erhielt.

Wer war berufener als die Arbeiterschaft, auf breiter Basis gegen eine solche Kleinstaatgründung aufzubegehren, um einen vollkommenen wirtschaftlichen Bankrott zu vermeiden.

Der Grenzbund nahm schon gleich anlässlich der Maifeier 1920 die erste Gelegenheit wahr, die ganze Bevölkerung Schleswig-Holsteins erneut zur Wachsamkeit aufzurufen. Er erklärte:

„Nach unserer bekannten Grundeinstellung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker halten wir es für selbstverständlich, daß Gebiete mit dänischer Mehrheit an Dänemark, die mit deutscher Mehrheit an Deutschland fallen. Nur so wird hier an der Grenze zweier Völker die Wurzel allen Haders ausgerottet und die Möglichkeit geschaffen, eine Brücke gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschen und Skandinaviern zu bauen, die zur Verständigung zwischen beiden Völkern führt, die ihre Arbeiterschaft seit langem fordert. Die aus Deutschen und Dänen bestehende sozialdemokratische Arbeiterschaft Nordschleswigs auf beiden Seiten der Grenze wird jedem, der es jetzt noch unternimmt, nationalen Haß, Länderhunger oder gewaltsame Grenzverschiebungen zu predigen, rücksichtslos und schonungslos entgegenzutreten.“

Schon eine Woche nach dieser sehr ernst gemeinten Maikundgebung traten auf Veranlassung des Grenzbandes Sozialdemokraten und Gewerkschaftler des ganzen besetzten Gebietes zusammen, um den neuesten Angriff auf die deutsche Freiheit und Existenz im Grenzgebiet zu parieren. Sie übergingen dabei den unzuverlässigen Generalsekretär der Internationalen Kommission in Flensburg, *Mr. Bruce*, und richteten ihre Forderungen direkt an den Obersten Rat der Entente in Paris. Darin hieß es u. a.:

„Wir lehnen jeden Versuch einer neuen Verhetzung der deutsch-dänischen Grenzbevölkerung, von welcher Seite und in welcher Form er auch kommen möge, auf das entschiedenste ab und werden ihn mit allen Mitteln bekämpfen.“

Wir verlangen, daß der in der Abstimmung zutage getretene *Volkswille* als die im Friedensvertrag vorgesehene Grundlage für die Grenzfestsetzung geachtet und unverfälscht zur Durchführung gebracht wird, so daß jeder Irredenta von vornherein der Boden entzogen wird.

Wir fordern die sofortige Festsetzung der deutsch-dänischen Grenze nach dem Wunsche der Bevölkerung auf Grund des Friedensvertrages (Artikel 109) zum ersten Versuch wahrhafter Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“

Eine weitere gemeinsame Kundgebung gegen die Internationalisierungsbestrebungen sollte in Flensburg erfolgen, wurde aber von Mr. Bruce verboten. Die Vertrauensleute des Grenzlandes hielten darauf eine geheime Aussprache, deren Ergebnis eine Erklärung an die Internationale Kommission war, daß sie sich Rechte anmaße, die ihr nach dem Friedensvertrag nicht zuständen. Sie breche ihren eigenen Vertrag und lasse Macht vor Recht gehen.

„Wir beschränken uns heute noch auf einen Protest und eine Warnung, aber eine Fortsetzung dieser Willkürherrschaft ist unmöglich. Wir können nicht zu den Waffen greifen, aber wir werden, wenn solche Vergewaltigungen sich wiederholen, *das ganze Wirtschaftsleben zum Stillstand bringen und werden zusehen, ob etwa die Kommission das Wirtschaftsleben mit ihren Maschinengewehren und Alpenjägern wieder in Gang bringen kann.*“

In Dänemark wehrten sich zu unserer großen Befriedigung die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion ebenfalls gegen die Internationalisierungsbestrebungen und versprachen, sich mit allen Mitteln einer Einverleibung Flensburgs in Dänemark zu widersetzen.

Dem deutschen Widerstand gegen die Internationalisierung war von den dänischen Chauvinisten nichts Überzeugendes entgegenzusetzen. Das Abstimmungsergebnis konnte nicht erschüttert werden. In der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 1921 verließ die Internationale Kommission die Stadt. *Flensburg blieb deutsch!*

Gegen die Ausweisungen aus Nordschleswig

Aber die vielen Ausweisungen aus der 1. Zone auch nach der Abstimmung trugen zur Verbitterung der Arbeiterschaft bei. Regierung und Behörden in Dänemark behaupteten, nicht sie, sondern die Internationale Kommission veranlasse die Ausweisungen. In einer persönlichen Aussprache bestätigte mir Mr. Bruce, daß die Kommission tatsächlich die Ausweisungen veranlasse und auch jede ihrer Handlungen bestätige. Er ließ durch den deutschen Bevollmächtigten der

deutschen Regierung mitteilen, daß die Ausweisungen eingestellt würden. Es geschah in Wirklichkeit nicht nur nichts, sondern die Ausweisungen wurden noch brutaler, weil den Betroffenen einfach die Aufenthaltsgenehmigung entzogen wurde. In der 1. Zone lösten diese Maßnahmen größere Streiks aus, die sich sogar zum Generalstreik entwickelten. Mr. Bruce behauptete daraufhin, diese Streiks seien von den deutschen, unterstützt von den dänischen Sozialdemokraten, in Szene gesetzt worden. Als Vorsitzender des Grenzbundes machte ich dann in einem „Offenen Brief“ in der „Flensburger Volkszeitung“ vom 23. Juni 1920 den Generalsekretär der Internationalen Kommission persönlich verantwortlich für das Elend, das durch die zunehmenden schändlichen Ausweisungen entstanden war. Das Arbeitersekretariat in Flensburg wurde von schutzsuchenden Ausgewiesenen aus der 1. Zone überlaufen. Man machte sich die Sache sehr leicht, unzufriedene Arbeiter loszuwerden. Die nachfolgende Aufforderung ist nur ein Beispiel dafür:

„Apenrade, den 12. Juni

Der Streikleitung Apenrade teile ich mit, daß ich Befehl habe, die Kanalarbeiter in Baulund, falls sie nicht Montagmorgen, den 14. Juni, die Arbeit aufgenommen, dem Grenzpolizeimeister in Toftlund zuzuführen zwecks Ausweisung.

Branderup, den 12. Juni 1920.

Larsen, Gendarm C.I.S.

Das war der Köllerkurs in Neuauflage, nur in umgekehrter Richtung, von Norden nach Süden. Wir versuchten, die Spitzenorganisationen von Partei und Gewerkschaften beider Länder zusammenzuführen, um wenigstens vorübergehend eine Lösung der Arbeitsprobleme zu erreichen.

Am 20. und 21. Juni 1921 fand dann auch eine solche gemeinsame Beratung in Kopenhagen statt. Direkte Hilfen und Zusagen wurden hier leider nicht beschlossen, sondern lediglich Empfehlungen und Vorschläge an die beiderseitigen Regierungen, die bis zum Eintritt normaler Verhältnisse Geltung haben sollten:

„Deutschland und Dänemark gewähren gegenseitig zunächst allen Arbeitern und Angestellten, die vor dem 1. Juli 1919 in einem der beiden Staaten in Arbeit standen, bei eintretender Erwerbslosigkeit dieselben Rechte, die den eigenen erwerbslosen Staatsangehörigen zustehen.

Bei Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, die nach dem 1. Juli zugezogen sind, ist möglichst auf den Familienstand der zu Entlassenen Rücksicht zu nehmen.

Bei der Entlassung ist eine Kündigungsfrist von mindestens 2 Wochen innezuhalten, soweit nicht andere Kündigungszeiten gesetzlich vorgeschrieben oder vereinbart sind.

Die Schaffung einer zweiwöchigen Kündigungsfrist bei Neueinstellungen fremder Arbeiter ist anzustreben. Entschließen sich Arbeiter oder Angestellte nach Ausspruch der Kündigung in ihr Heimatland zurückzukehren, so ist ihnen der Lohn für die Kündigungszeit sofort auszuhändigen. Bei Rückkehr in ihr Heimatland bekommen die Entlassenen für ihre Person und gegebenenfalls für ihre Familie und ihr Mobiliar freie Beförderung bis zur Grenze.

Nach Ablauf der Kündigungsfrist stehen dem Entlassenen noch 2 Wochen die vollen Rechte eines Erwerbslosen zu. Entschließt er sich, vor Ablauf dieser 2 Wochen das Land zu verlassen, wird ihm für den Rest der Zeit die Erwerbslosen-Unterstützung sofort ausbezahlt. Hat der Erwerbslose nach Ablauf von 2 Wochen keine neue Beschäftigung gefunden, muß er in sein Heimatland zurückkehren. Den Familien der Arbeiter und Angestellten in der Schiffbauindustrie müssen die Werkwohnungen möglichst so lange belassen bleiben, bis dem Arbeiter die Unterbringung seiner Familie im Heimatstaat ermöglicht ist. Die Kostenfrage für die Lebenshaltung der in Frage kommenden Familien wird durch die beiderseitigen Staaten geregelt.“

Weitere Vorschläge gelten der Vermeidung von wirtschaftlichen Schäden und auch, um der Lohndrückerei Einhalt zu gebieten. Die in Frage kommenden Arbeiter und Angestellten sollen sich vorher nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen erkundigen und sich bei ihren zuständigen Verbandsfunktionären die Richtigkeit der vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen bestätigen lassen.

Weiter werden Erleichterung der Einreise- und Aufenthaltserlaubnis, Herabsetzung der Paßkosten und die Einführung von Grenzpassen auch für die Familienangehörigen gefordert.

Am Schluß versichern die dänischen und deutschen Arbeitervertreter, daß sie nach wie vor grundsätzlich auf dem Boden der Berner Resolution stehen. In Verfolg dieser Resolution müssen den nationalen Minderheiten in beiden Staaten die gleichen nationalen Rechte gewährt werden. Die Vertreter verpflichten sich gegenseitig, zur Frage des Minderheitenrechts grundlegende Vorschläge auszuarbeiten und sie einer späteren Sitzung zu unterbreiten.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in Flensburg haben diese Vorschläge später in einer gemeinsamen Besprechung gutgeheißen und darauf gedrungen, daß die Beschlüsse recht bald in die Tat umgesetzt würden.

Weiter drängten sie auf eine rechtzeitige Aussprache über die Berner Resolution, mit dem Parteivorstand in Berlin als Vermittlungsinstanz, damit ihre

Stellungnahme zu dieser wichtigen Angelegenheit bei der in Aussicht genommenen Besprechung in Kopenhagen Beachtung finden könne.

Für Aufrechterhaltung der Verbindung mit Nordschleswig

Zu einer schärferen Auseinandersetzung mit den Kopenhagener Freunden kam es, als der Grenzbund sich darum bemühte, die „Flensburger Volkszeitung“ mit einer dänischen Lokalseite in den abgetretenen Gebieten der 1. Zone weiter erscheinen zu lassen. Die Anregung dazu kam von dort, weil die dänische Zeitung „Socialdemokraten“ von vielen deutschen Arbeitern im jetzt dänischen Nordschleswig nicht gelesen und verstanden werden konnte. In einer Art Verzweiflungsstimmung traten Mitglieder der deutschen Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei massenweise aus ihren Organisationen aus, um bei der Überleitung der Mitgliedschaft in den dänischen Verbänden aus dem Wege zu gehen.

Der Grenzbund schaltete sich auch hier ein und sagte den nordschleswigschen Arbeitern: Nicht der Austritt, sondern der Eintritt der Deutschen in die dänischen Organisationen sei notwendig, damit sie kraft ihrer Stärke Einfluß gewinnen könnten, um ihre Wünsche durchzusetzen.

Hier hätte die Volkszeitung eine gute Vermittlerrolle spielen können. Aber in Kopenhagen ließ man sich auf nichts ein, sondern blieb dabei, dies Vorhaben

„als einen überaus feindlichen Schritt zu betrachten, einen Schritt, den zu unternehmen wir selbst nie hätten denken können“.

Zu neuen Zielen — Der „Ruf zur Sammlung“

Der Zeiger der Zeit blieb nicht stehen. Viele im Innern Deutschlands neu aufgetauchte Probleme und auch im Grenzgebiet bisher unterdrückter Unmut kamen jetzt an die Oberfläche und versuchten sich Gehör zu verschaffen. Sollten die alten Leidenschaften der gegenseitigen Bekämpfung in der Bevölkerung sich wieder durchsetzen oder konnte etwas getan werden, wenigstens einen Teil des Gemeinschaftssinns aus der Abstimmungszeit zu retten?

Der Grenzbund stellte sich erneut in den Dienst der selbstgestellten Aufgaben. Er ging daran, sich offiziell das Gesicht als Vertretung der gesamtschleswigschen Arbeitnehmerschaft zu geben.

In dreifacher Form wurden die Menschen und ihre Organisationen aufgerufen zu gemeinsamer Arbeit.

1. durch den „Ruf zur Sammlung!“⁶ Es wurde darin nicht mehr nach Recht und Unrecht gefragt, sondern das Ergebnis der Abstimmung als gegeben hingenommen, als Äußerungen der Dänen und der Deutschen, wie sie ihr

6 Siehe das Faksimile des Aufrufs in diesem Heft.

Schicksal in Zukunft gestalten wollen.

2. durch die Broschüre „*Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker*“.⁷ Sie sollte zur Selbstbesinnung und zu Diskussionen über künftige Gemeinschaftsarbeit überleiten,
3. durch einen *Satzungsentwurf des Grenzbundes*, der die Voraussetzungen einer friedlichen Zusammenarbeit zweier Grenzvölker als gegeben erachtet. Die wesentlichen Teile des Satzungsentwurfs finden sich in dem im Faksimile wiedergegebenen „Ruf zur Sammlung“.

Mit diesem dreifachen Anlauf glaubten wir für beide Grenzvölker das zu schaffen, was nottat: *gegenseitige Verständigung in den Fragen des Minderheitenrechts und Anbahnung wirtschaftlicher Übereinkommen*.

Der Grenzbund ging jetzt sozusagen in die dritte Runde, er wollte nicht nur Deutsche *und* Dänen in seinen Reihen vereinigen, sondern neben dem Hauptsitz in Flensburg auch in Nordschleswig (Hadersleben oder Apenrade) und in Kopenhagen Unterabteilungen errichten.

In einem besonderen Rundschreiben an die bisherigen Vertrauensleute in den Landkreisen Hadersleben, Tondern, Apenrade und Sonderburg wurden diese aufgefordert, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Werden sich die dortigen Arbeiterorganisationen mit den Satzungen des Grenzbundes einverstanden erklären?
2. Werden die dortigen Organisationen dem Grenzbund korporativ beitreten?
3. Geben auch die dänischen Genossen diesem Satzungsentwurf ihre Zustimmung?
4. Werden Änderungen der Satzungen gewünscht, wenn ja, welche?

Leider kam auf diese Aufforderung nur eine Antwort zurück, und zwar aus Tondern, in der lediglich die Frage 2 mit einem kurzen „Nein“ beantwortet wurde. Die Erklärung für das Ausbleiben der übrigen Antworten konnte nur in einem Kurzschluß zu suchen sein, der durch das schwierige Sich-Einfinden in die neuen Verhältnisse in Nordschleswig entstanden war. Bei einem späteren Besuch in Hadersleben und in Tondern wurde mir dieser Eindruck auch persönlich bestätigt. Zu einer offiziellen Aufnahme und zu einer weiteren Zusammenarbeit mit der Gruppe „*Nordschleswiger*“ ist es zu meinem großen Bedauern nicht mehr gekommen. Wir hätten gemeinsam doch manches Grenzproblem mit Erfolg anpacken können, wobei dann allerdings der Eindruck nach außen hin nicht hätte vermieden werden können: die Auflösung der deutschen Abstimmungsfront. Ob mit Rücksicht auf diesen fatalen Eindruck die Weiterentwicklung gestoppt wurde? Ich weiß es nicht.

⁷ Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ein Beitrag zur Frage der deutsch-dänischen Verständigung. Von Friedrich Bauer. Flensburg 1921.

*

Soweit meine Erinnerungen, Aufzeichnungen und Korrespondenzen aus der geschilderten Zeit. Wenn Flensburg bis dahin mit seinen eigenen Angelegenheiten ausgiebig zu tun hatte, so schlugen doch auch mehr und mehr aus dem Innern des Reiches die Wellen der politischen Unruhe nach dem Norden über. Die radikalen Gruppen von links und rechts zogen die Aufmerksamkeit der großen Öffentlichkeit auf sich. Dagegen verblaßten die Grenzprobleme, zumal die Schwerpunktfragen, das Minderheitenrecht und die Entschädigungsfrage, in das Gebiet der Regierungs- und Behördentätigkeit abwanderten. Persönlich wandte ich mich anderen, wichtigeren Aufgaben zu und verlegte meinen Wohnsitz nach Hamburg, später nach Berlin. Bis 1930 hatte ich noch Verbindungen mit früheren Persönlichkeiten des Grenzlandes, später aber wechselte das politische Klima im Reich in einem Tempo und mit Methoden, die auch die letzte Verbindung lahmlegte.

Aber die Idee der Grenzverständigung, die in der Abstimmungszeit vertreten wurde, ist nicht tot, sie ist zwangsläufig wiederentstanden, als die Verhältnisse es wieder erlaubten. Was einstmalig aber aus Idealismus zur Völkerverständigung führen sollte, ist heute, wenn die Menschheit weiterexistieren will, zu einem Verständigungszwang geworden, der nicht durch kriegerische Mittel, sondern nur mit Vernunftgründen durchgeführt werden kann.

Seit fast zweiundzwanzig Jahren ist in der historischen Literatur die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zum Niemandsland geworden, das nur noch selten betreten wird und sogar für viele fast tabu ist.

Kurt Kersten

im Vorwort zu Arthur Rosenberg „Entstehung der Weimarer Republik“, Frankfurt 1961

Marx, Engels, Lassalle und der deutsch-dänische Konflikt 1848 und 1864

Ein Emigrant an der Flensburger Förde

Viele Emigranten haben die Flensburger Förde gesehen: Deutsche, die über Skandinavien in die Bundesrepublik flüchteten, Deutsche, die im Dritten Reich verfolgt wurden, Deutsche, die keine Dänen werden wollten, und Dänen, die keine Deutschen werden wollten.

Vor achtundneunzig Jahren, im Oktober 1864, bereiste ebenfalls ein Emigrant die Flensburger Förde. Seine Reise hatte einen besonderen Zweck. Nachdem die Waffen gesprochen haben, will er erkunden, ob die Anwohner der Flensburger Förde Deutsche oder Dänen sind. Schauen wir uns den fremden Herrn näher an: Er ist von stattlicher Gestalt, Anfang der Vierziger und trägt einen auffälligen blonden Vollbart. Seine gepflegte Kleidung zeigt englischen Schnitt. Er bummelt am Flensburger Hafen entlang und beobachtet Kinder, die dort in Scharen spielen. Manchmal kann er einige flüchtige Wörter aus dem Spiel erfassen. Dann lächelt er zufrieden, denn was er vernimmt, ist Plattdeutsch. Dänen hatten ihm erklärt, in Flensburg würde Dänisch gesprochen. Jetzt aber hat er den Beweis dafür, daß die Dänen „aus Parteiinteresse auch in wissenschaftlichen Fragen direkt und wissentlich lügen“, denn die Flensburger Kinder sprechen offenbar einen deutschen Dialekt.

Sprachprobleme sind eine Spezialität unseres Gastes. Vor einigen Jahren hat er im englischen Manchester durch Selbstunterricht Dänisch gelernt, und jetzt beschäftigt er sich mit „friesisch-englisch-jütisch-skandinavischer“ Philologie.

Nördlich von Flensburg hat er den plattdänischen Dialekt als Volkssprache festgestellt, während die Bauern im Sundewitt im Wirtshaus mit ihm „abwechselnd dänisch, plattdeutsch und hochdeutsch“ parlierten. In Sonderburg erhielt er auf alle seine dänischen Fragen hochdeutsche Antworten. Mag sein, daß sein autodidaktisches Bücherdänisch die Befragten zu einer deutschen Antwort bewegte.

Immerhin ist er jetzt davon überzeugt, daß „Nordschleswig von der Verdeutschung stark angefressen“ ist und „sehr schwer wieder ganz dänisch zu machen sein“ wird. Darüber ist er keineswegs glücklich. Er „wollte lieber, es wäre dänischer, denn man wird später doch hier den Skandinaviern anstandshalber etwas abtreten müssen“.

Ein merkwürdiger Deutscher muß das sein, der mitten im Jubel über die Befreiung

des schleswig-holsteinischen Brudervolkes so weise Selbstbeschränkung empfiehlt. Es muß ein Mensch sein, der entweder von den jüngsten Ereignissen nicht betroffen ist, weil sie ihn nichts angehen, oder aber ein Mensch, der in einer anderen Zeit lebt, entweder in der Vergangenheit, die noch keine Nationalitätenkämpfe kennt, oder in einer Zukunft, die diese Kämpfe überstanden haben wird. Er gehört zur letzteren Gruppe. Er ist nämlich ein 49er Emigrant, ein Teilnehmer am Badenser Aufstand, der sich über die Schweiz nach England retten konnte. Seither beobachtet er mit Spannung jeden politischen Konflikt, aus dem vielleicht eine Revolution entspringen könnte. Die Zukunft also, das „Reich des Möglichen“, ist seine Welt. Jetzt aber, im Herbst 1864, ist gerade ein revolutionärer Moment vorübergegangen, ohne die daran geknüpften Hoffnungen erfüllt zu haben.

„Schade, daß sowas jetzt nie mehr ordentlich reif wird“, seufzt er und denkt an seinen Freund, den roten Terroristendoktor Karl Marx, der sich zur gleichen Zeit in London mit langwierigen ökonomischen Studien zum „Kapital“ herumquält. Er selbst aber hat es übernommen, sich während der theoretischen Arbeiten seines Freundes um die praktische Politik zu kümmern. Dazu gehört auch seine jetzige Studienreise durch das Grenzland Schleswig. Es ist Friedrich Engels.“

Die marxistische Nationalitätentheorie

Die „Klassiker des Sozialismus“ in Deutschland werden normalerweise als Theoretiker ausgelegt und bewertet. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß der größte Teil ihres literarischen Werkes der praktischen Politik gewidmet ist. Zu diesen literarischen Äußerungen gehören auch mehrere Artikel über die schleswig-holsteinische Frage. Sie können durch zahlreiche Briefstellen ergänzt werden. Hinter diesen Äußerungen stehen feste Maßstäbe, die durch Jahrzehnte konstant geblieben sind. Dennoch ergeben sie zusammen keine marxistische Nationalitätentheorie, sondern stellen lediglich die allgemeine Seite der Praxis dar, einer Praxis allerdings, die in der Theorie des Marxismus verankert ist.

Diese festen Maßstäbe lassen sich zu vier Grundzügen der Bewertung von Nationalitätenproblemen zusammenfassen:

1. Der Fortschrittsgedanke

Hiernach haben fortschrittliche Nationen das Recht, rückschrittliche oder stagnierende Nationalitäten zu assimilieren.

Lassalle schreibt darüber:

„Nun gab und gibt es Völker, die es aus sich heraus zu einem geschichtlichen Dasein überhaupt nicht zu bringen vermögen; andere, die es zu einem solchen gebracht, aber über dasselbe nicht mehr hinauskönnen und nun als statarische Trümmer hinter der Geschichte liegen bleiben; andere endlich, die, obwohl

nicht ohne eigentliche Entwicklung, doch von dem rascheren und mächtigeren Entwicklungsprozeß ihrer Nachbarn überholt werden und diesen so in Zeiten des eigenen Stillstandes die Möglichkeit gewähren, einzelne ihrer Landesteile an sich zu reißen und — zu deren eigener Zufriedenheit — dem erobernden Volksgeiste und seiner Kulturentwicklung zu assimilieren.“²

Dieses Vorrecht des fortschrittlichen Volksgeistes leitet sich aus der Philosophie Fichtes und Hegels her. Es ist bei Lassalle idealistisch als Recht des „Volksgeistes“ und bei Marx materialistisch als Recht der Zivilisation gegenüber der Barbarei oder der leistungsfähigeren Großraumwirtschaft gegenüber der unterentwickelten, lokal begrenzten Wirtschaftsweise begründet.

2. Der Revolutionsgedanke

Hiernach sind Nationalitätenprobleme die besten Ansatzpunkte für eine revolutionäre Entwicklung, für den künftigen großen Weltbrand. Nationalitätenkämpfe werden deshalb begrüßt, auch wenn die kämpfende Nationalität nach dem Fortschrittsprinzip später untergehen muß.

Der Revolutionsgedanke ist bei Marx und Engels dominant, tritt bei Lassalle aber in den Hintergrund.

3. Die Slawenfurcht

Hiernach handelt es sich bei den europäischen Nationalitätenkämpfen — abgesehen natürlich von dem fernen Irland — um Vorgefechte zwischen einem künftigen fortschrittlichen Großdeutschland und einem zukünftigen reaktionären panslawischen Großreich unter zaristisch-russischer Vorherrschaft. Das gilt nicht nur für die Kämpfe in Österreich und Ostdeutschland, sondern auch für Schleswig-Holstein. Der russische Drang zu den Ostseeausgängen wird argwöhnisch beobachtet, und wiederholt appelliert Marx an die deutsch-skandinavische Interessengemeinschaft.

So schreibt er in der New York Daily Tribune im August 1853 über die jüngsten politischen Ereignisse:

„Die Skandinavier und die Deutschen haben auf diese Weise die Erfahrung gemacht, daß sie ihren respektiven nationalen Ansprüchen nicht die feudalen Gesetze der königlichen Erbfolge zugrunde legen dürfen. Sie haben die noch bessere Erfahrung gemacht, daß sie, die Deutschen und die Skandinavier, die beide zu der gleichen Rasse gehören, nur den Weg für ihren Erbfeind, den Slawen, bereiten, wenn sie miteinander streiten, statt sich zu verbinden“³.

Der antirussische Affekt ist bei Lasalle sehr viel geringer und wird bei ihm mehrfach durch antiösterreichische Äußerungen ersetzt.

4. Das Nationalitätenprinzip

Über Marx Anschauungen zum Nationalitätenprinzip bestehen diametral verschiedene Ansichten.

1953 schrieb der Stalinist Streisand:

„Karl Marx und Friedrich Engels, Zeitgenossen der Befreiungskämpfe vieler europäischer Völker, traten leidenschaftlich für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ein und erwiesen allen wahrhaft patriotischen Bestrebungen Rat und Unterstützung“⁴.

Der Sozialdemokrat Heinrich Cunow dagegen schrieb nach dem ersten Weltkrieg:

„Beide, Marx und Engels, sind entschiedene Gegner einer allgemeinen prinzipiellen Anerkennung des sogenannten Nationalitätenprinzips.“

Beide irren, und beide haben recht. Marx und Engels lehnten das Nationalitätenprinzip in seiner individuell-naturrechtlichen Verankerung theoretisch ab, und in der aktuellen Politik bekämpften sie es als ein bonapartistisches Prinzip.

Trotzdem haben auch Marx und Engels ein Nationalitätenprinzip gekannt. Es ist allerdings nicht naturrechtlich, sondern funktional begründet. Für sie bedeutet die Bereinigung der Nationalitätenkonflikte nämlich eine notwendige Voraussetzung für das zukünftige internationale Miteinander des Proletariats. Engels beschreibt das am Ende der achtziger Jahre folgendermaßen:

„Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas zu großen Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums und sind ebenso unerlässliche Vorbedingungen zur Herstellung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann. Um den internationalen Frieden zu sichern, müssen vorerst alle vermeidlichen nationalen Reibungen beseitigt, muß jedes Volk unabhängig und Herr im eigenen Hause sein.“⁶

Auch Lassalles Verhältnis zum Nationalitätenprinzip ist umstritten. Er ist einerseits der nationalere und steht so dem Nationalitätenprinzip näher, andererseits aber neigt er zu einem imperialistischen Zentralismus, der sich mit dem Nationalitätenprinzip nicht verträgt. So heißt es in einem Brief an Karl Rodbertus 1863:

„Nein, Nationalitätsprinzipier bin ich nicht. Ich habe meine Ansicht darüber sehr deutlich seinerzeit in meiner Broschüre über den italienischen Krieg ausgesprochen, ... Sie finden darin ausdrücklich entwickelt, daß ich das Recht der Nationalität *nur den großen Kulturnationen* (von Lassalle hervorgehoben)

vindiziere ...“⁷

Diese vier Grundzüge zur Bewertung von Nationalitätenfragen treten natürlich nicht immer in reiner Form auf, sondern beeinträchtigen sich gegenseitig und treten manches Mal in Gegensatz zu aktuellen politischen Erfordernissen. Wie sie bei der Beurteilung der schleswig-holsteinischen Frage gewirkt haben, soll im folgenden dargestellt werden.

Im Vormärz

Der „Bund der Kommunisten“ faßte in seiner Londoner Gruppe im September 1846 eine Resolution zur schleswig-holsteinischen Frage. Friedrich Engels, zur gleichen Zeit in Brüssel im „Bund der Kommunisten“ tätig, bezeichnet sie als „Schund“, denn Schleswig-Holstein, „wo nichts wie plattdeutsche Bauernlummel und zünftige Straubinger herumstrolchen“, liegt für ihn als Apologeten des modernen Proletariats völlig außerhalb des vorläufigen Bereichs kommunistischer Möglichkeiten und ist damit uninteressant. Für die bürgerliche Bewegung in Schleswig-Holstein kennt er nur beißenden Spott und schreibt an Marx:

„Es ist schön, daß der alte Däne die Schleswig-Holsteiner so derb zusammenfuchst. Hast du übrigens das berühmte Gedicht „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ im Rheinischen Beobachter gelesen? Es macht etwa folgenden Eindruck, die Worte hab ich unmöglich behalten können.

Schleswig-Holstein, meerumschlungen, Schleswig-Holstein, stammverwandt.
Schleswig-Holstein, deutscher Zungen, Schleswig-Holstein, deutscher Strand!
Schleswig-Holstein, brunstdurchdrungen, Schleswig-Holstein, glutentbrannt,
Schleswig-Holstein, ernst gerungen, Schleswig-Holstein, halte stand!
Schleswig-Holstein, frisch gesungen, Schleswig-Holstein, dän'scher Tand!
Schleswig-Holstein, bis erklingen: „Schleswig-Holstein“, all durchs Land!
Schleswig-Holstein, starke Lungen, Schleswig-Holstein, schwache Hand,
Schleswig-Holstein, dumme Jungen, Schleswig-Holstein, Affenschand.

Schleswig-Holstein, stammverwandt, bleibe treu, mein Vaterland, schließt dann der Dreck. Es ist ein schauerhaftes Lied, wert von Dithmarschen gesungen zu werden, die wert sind, von Püttmann besungen worden zu sein.“⁸

Die vormärzliche Bewegung in Schleswig-Holstein ist für Engels spießbürgerlich und reaktionär, weil sie zu dieser Zeit, da es keinen eigentlichen deutschen Staat gibt, nur auf die Konstitution eines neuen Kleinstaates hinauslaufen kann.⁹

Das dänische Verfassungsreskript vom 20. Januar 1848, das eine verhältnismäßig liberale gesamtstaatliche Verfassung für Schleswig-Holstein und Dänemark bringen sollte, macht für Engels den reaktionären Charakter der vormärzlichen schleswig-holsteinischen Bewegung endgültig offenbar, da sie nichts besseres zu

tun weiß, als gegen die fortschrittliche dänische Verfassung den Deutschen Bund in Frankfurt anzurufen. Engels meint dazu in der Deutschen Brüsseler Zeitung wenige Tage vor Ausbruch der Februarrevolution in Paris:

„Es ist wirklich zu lächerlich. Die Herzogtümer haben bedeutend weniger Bevölkerung als Dänemark, und doch soll die Zahl ihrer Vertreter gleich sein. Ihre Sprache soll in der Versammlung, in den Protokollen, in allem gleichberechtigt sein. Kurz, die Dänen machen den Deutschen alle möglichen Konzessionen, und die Deutschen beharren auf ihrem abgeschmackten Nationaleigensinn. Die Deutschen sind nie national gewesen, wo die Interessen der Nationalität und des Fortschritts zusammenfielen; sie waren es stets, wo die Nationalität sich gegen den Fortschritt kehrte. Wo es galt, national zu sein, da spielten sie die Kosmopoliten; wo es galt, nicht unmittelbar national zu sein, da waren sie bis zur Abgeschmacktheit national. In allen Fällen machten sie sich lächerlich.“¹⁰

Dann erteilt Engels folgenden Ratschlag:

„Entweder sind die Bewohner der Herzogtümer tüchtige Leute und weiter fortgeschritten als die Dänen; dann werden sie in der Ständekammer das Übergewicht über die Dänen bekommen und haben sich nicht zu beklagen. Oder sie sind deutsche Schlafmützen und stehen an politischer und industrieller Entwicklung hinter den Dänen zurück und dann ist es hohe Zeit, daß sie von den Dänen ins Schlepptau genommen werden. Aber es ist wirklich zu absurd, daß diese biedereren Schleswig-Holsteiner die vierzig Millionen Deutsche um Hilfe gegen die Dänen anflehen und weigern, sich auf ein Schlachtfeld zu stellen, auf dem sie mit denselben Vorteilen kämpfen wie ihre Gegner; es ist zu absurd, daß sie die Polizei des deutschen Bundes anrufen gegen eine Konstitution.“¹¹

So eindeutig das negative Urteil Engels über die schleswig-holsteinische Bewegung im Vormärz auch ist, wird es sich doch mit den Märzereignissen schnell wandeln, denn zwei Voraussetzungen werden dann verändert sein: es wird die Möglichkeit zum Anschluß an einen deutschen Nationalstaat geben, und Deutschland wird eine Verfassung bekommen, die liberaler ist als die dänische vom 20. Januar.

Während des Revolutionsjahres 1848

Mit dem Ausbruch der Revolution wandelt Engels sich vom spöttischen Verächter zum glühenden Anhänger der schleswig-holsteinischen Bewegung:

„Aber die Revolution brach herein und gab der Bewegung einen anderen Charakter. Die schleswig-holsteinsche Partei mußte entweder zugrundegehen oder selbst eine Revolution wagen. Sie wagte die Revolution und hatte recht:

Die dänischen Zusagen, vor der Revolution sehr günstig, waren nach der Revolution ungenügend; der Anschluß an Deutschland, früher eine Phrase, konnte jetzt eine Bedeutung erhalten; Deutschland hatte eine Revolution, und Dänemark machte sie, wie immer, auf kleinstädtischem Fuße nach“¹².

In den ersten Revolutionsmonaten verlautet von Marx und Engels nichts über Schleswig-Holstein. Spätere Äußerungen lassen aber vermuten, daß die Politik Beselers, Olshausens und Reventlous ihre volle Zustimmung fand. Die drei werden als „altliberale Biedermänner, ehemalige Geistesverwandte von Welcker, Gagern, Camphausen“ bezeichnet und ihr Verfassungsentwurf als der „demokratischste, der je in deutscher Sprache abgefaßt“, besonders hervorgehoben. „Schleswig-Holstein, bisher von Deutschland ins Schlepptau genommen, ist durch den Revolutionskrieg plötzlich zu fortgeschrittenen Institutionen gekommen als das ganze übrige Deutschland. Der Krieg, den wir in Schleswig-Holstein führen, ist also ein wirklicher Revolutionskrieg“, verkünden beide in der Neuen Rheinischen Zeitung¹³.

Dieser Revolutionskrieg aber wird von preußischen Truppen unter preußischem Kommando geführt, und an dieser Paradoxie setzt die Kritik an. Besonders, als Waffenstillstandsverhandlungen beginnen, fühlen Marx und Engels sich zu beißendem Spott gereizt:

„Die Großtaten der alten Reichsarmee mit ihren sechshundert Anführern, Generalstäben und Kriegsräten, die gegenseitigen Schikanen der Anführer der Koalition von 1792, die Ordres und Kontreordres des seligen K. u. K. Hofkriegsrats, alles das ist ernsthaft ergreifend und tragisch gegen die kriegerische Komödie, welche die neue deutsche Bundesarmee dormalen unter dem schallenden Gelächter von ganz Europa in Schleswig-Holstein aufführt.“¹⁴

Es wird vermutet, daß der dänische Krieg „nur ein Scheinkrieg, eine Spielerei zur Beschäftigung der patriotischen Überkraft sei“.¹⁵

Als im Juli 1848 ein Waffenstillstand kurz vor der Unterzeichnung steht, zitieren Marx und Engels aus der dänischen Zeitung „Fædrelandet“ Passagen, die die dänische Genugtuung über den preußischen „Dolchstoß von oben“ verkünden¹⁶. Die deutsche Bewegung scheint jetzt nicht mehr den Fortschritt auf ihrer Seite zu haben, und Marx und Engels drohen in ihre Antipathie gegen den „schleswig-holstein-meerumschlungenen Strohenthusiasmus“ zurückzufallen¹⁷. Verzweifelt schreiben sie:

„Alles, was revolutionär an der Bewegung war, ist rücksichtslos vernichtet, und an die Stelle der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung tritt eine legitime, durch drei legitime Fürsten ernannte Regierung.“¹⁸

„Schleswig hat den unbegreiflichen Wunsch gehabt, deutsch zu werden. Es ist

in der Ordnung, daß es dafür bestraft, daß es von Deutschland in Stich gelassen werde.“¹⁹

Es kommt aber noch nicht zu dem erwarteten Waffenstillstand, sondern erst einen Monat später wird in Malmö eine Waffenruhe abgemacht. Ihre Bestimmungen bringen das Ende der revolutionären Bewegung in Schleswig-Holstein. Die beiden Revolutionäre an der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln reagieren jetzt aber völlig anders als im Juli. Jetzt steht nämlich nicht mehr allein die schleswig-holsteinische Bewegung auf dem Spiel, sondern die ganze deutsche Demokratie droht unter dieser Belastungsprobe zu zerbrechen. Da schreiben Marx und Engels eine Woche vor der entscheidenden Sitzung der Nationalversammlung eine enthusiastische Verteidigung des deutschen Rechts in Schleswig:

„Mit demselben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit demselben Recht nimmt Deutschland Schleswig: mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität. Und selbst wenn die Verträge für Dänemark wären, was noch sehr zweifelhaft ist, dies Recht gilt mehr als alle Verträge, weil es das Recht der geschichtlichen Entwicklung ist.“²⁰

Aber alle Aufrufe sind vergebens und mit einem prophetischen Wort beschließt Engels die Serie seiner 48er Artikel über Schleswig-Holstein:

„Mit einer Majorität von 21 Stimmen wurde der Waffenstillstand angenommen, Schleswig-Holstein geopfert, die „Ehre Deutschlands“ mit Füßen getreten und das Aufgehen Deutschlands in Preußen beschlossen“²¹.

Eine Teilung Schlesiws, wie sie in einem englischen Vermittlungsvorschlag bereits 1848 angeregt wurde, haben Marx und Engels zu dieser Zeit noch nicht erwogen. Erst nach den Erfahrungen der Reaktionszeit werden sie selbst diese Lösung für die richtigste erklären.

Das Jahrzehnt der Reaktion — 1849 bis 1859

Während der Zeit der Reaktion, also von 1849 bis zum Beginn der „Neuen Ära“ in Preußen 1859, betrachteten Marx und Engels einerseits rückblickend die 48er Bewegung in Schleswig-Holstein und setzten sich andererseits intensiv mit der zaristischen Expansionspolitik, wie sie sich u. a. in Dänemark und Schleswig-Holstein zeigte, auseinander.

In seiner Schrift über „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ wiederholt Engels den deutschen Anspruch auf Gesamtschleswig:

„Diese Länder (Schleswig, Holstein und Lauenburg) nach Nationalität, Sprache und Neigung unzweifelhaft deutsch, sind auch aus militärischen, maritimen und kommerziellen Gründen für Deutschland notwendig ... Überdies war nach

den Staatsverträgen das Recht auf ihrer Seite.“²²

Daß Schleswig-Holstein trotz des entschiedenen Kampfes seiner Bevölkerung verlorenging, wird einerseits auf den Verrat der deutschen Regierungen zurückgeführt und andererseits in dem militärischen Versagen des Generals Willisen gesehen. Der schleswig-holsteinischen Armee selbst spricht er durchaus Siegesaussichten zu und zollt ihr großes Lob:

„Die Kerle haben sich ganz ausgezeichnet geschlagen trotz der vielen Rekruten, ... und trotz der Konfusion, die Willisen noch vierzehn Tage vor Ausbruch der Kampagne ... in der ganzen Armee hervorgerufen, und besonders trotz der mangelhaften Cadres. Diese Armee hätte die doppelte Anzahl Preußen mit Vergnügen geworfen.“²³

Hinter dem Vertrag von Olmütz und dem Londoner Protokoll wird der Zar als höchster Richter über Europa gesehen, und sowohl Preußens Nachgeben als auch Österreichs Eingreifen gegen die Holsteiner als Demütigung und nationale Schande empfunden. Darüber hinaus aber wird betont, daß der Zar sich durch diese Abmachungen seinen Einfluß in Dänemark selbst sicherte. „Die schleswig-holsteinische Frage entschied Nikolaus ebenfalls gegen Deutschland und setzte den Glücksburger Christian, nachdem er sich von seiner Brauchbarkeit für zaristische Zwecke überzeugt, zum Thronerben von Dänemark ein.“²⁴

Außerdem kritisieren Marx und Engels die dänischen Versuche, trotz der Verträge das eiderdänische Programm voranzutreiben: „Die dänische Regierung versuchte durch Winkelzüge der Erfüllung ihrer Versprechen auszuweichen.“²⁵

Über die Sprachenpolitik im gemischtsprachigen Gebiet heißt es: „Die Regierung eröffnete einen regelrechten Kreuzzug zur Ausrottung aller Spuren des Deutschtums aus dem Distrikt.“²⁶ Durch das Verfassungsgesetz von 1855 endlich „wurde Holstein, das ein unabhängiges und separates Herzogtum sein sollte, aller politischen Unabhängigkeit beraubt und einer vorwiegend dänischen Kammer untertan gemacht“.²⁷

Alle Kritik an den Dänen läuft aber immer wieder auf das russische Problem hinaus. Die dänischen Widerstände gegen die neue Erbfolgeregelung von 1852 — Marx nennt u. a. auch Grundtvig — werden lobend erwähnt und gleichzeitig das Gespenst Dänemarks als einer „Kolonie Rußlands“ warnend beschworen. Auf diese Weise hofft Marx, dem dänischen Volk selbst klarzumachen, daß sein wahrer Feind nicht Deutschland, sondern Rußland ist, und daß eine Trennung von den Herzogtümern für Dänemark die russische Gefahr mindern kann. Er hofft,

„daß das dänische Volk endlich gewahr geworden ist, was seine blinde Opposition gegenüber den Unabhängigkeitsforderungen der Herzogtümer Schleswig und Holstein 1848 über Dänemark gebracht hat. Das dänische Volk bestand auf einer ständigen Vereinigung seines Landes mit Holstein und führte

darum Krieg gegen die deutsche Revolution Dänemark gewann den Krieg und behielt Holstein. Doch als Ausgleich für jene Eroberung ist es jetzt dazu verurteilt, sein eigenes Land zu verlieren.“²⁸

Diese Zeilen sind dem Uneingeweihten nur schwer verständlich. Hinter ihnen steht der folgende Gedanke: Durch das Londoner Protokoll wurde Dänemark einerseits vom russischen Wohlwollen abhängig und andererseits bestand die Gefahr, daß das Zarenhaus über eine oldenburgische Erbfolge in Schleswig-Holstein nach einem Aussterben des dänischen Königshauses das Inselreich in seine Hand bekäme. In diesem Zusammenhang fällt auch der Ausspruch über die Gemeinsamkeit der deutsch-skandinavischen Interessen gegenüber einem russisch-slavischem Imperialismus (s.o.). Es ist eine Betrachtungsweise, die auf teils gewollte, teils ungewollte Weise ihre Aktualität bewahrt hat.

Besonders während des Krimkrieges (1853—1856) beargwöhnt Marx alle russischen Einflußnahmen auf das neutrale Dänemark. Er steht dabei im Bunde mit seinem reichlich kauzigen Freunde, dem Chartisten David Urpuhart, und entfesselt mit ihm eine Pressekampagne gegen angebliche heimliche Begünstigungen Rußlands durch den englischen Premier Palmerston. Dabei wird die englische Bürgerschaft für das rußlandfreundliche Londoner Protokoll scharf kritisiert.²⁹

Als der Krimkrieg vorbei ist, benutzen Marx und Engels die ruhige Friedenszeit, um Dänisch zu lernen³⁰. Die neuen Kenntnisse werden sich auszahlen, wenn sie die dänischen Probleme wieder zuspitzen und Aussichten auf einen allgemeinen Krieg und damit auf eine allgemeine Revolution bestehen.

Das Jahr 1858 bringt sogar preußische Kriegsdrohungen gegen Dänemark. Marx meint, daß Preußen aus Popularitätssucht vielleicht einen lokal begrenzten Konflikt in Schleswig-Holstein wünschen könnte, aber Furcht vor der Revolution und einer Verwicklung mit den Großmächten es davor zurückschrecken lassen. „Daher“ ist Marx gewiß, „daß das laute Kriegsgeschrei Preußens gegen Dänemark sich in einem weitschweifigen, im „Staats-Anzeiger“ veröffentlichten Protest verflüchtigen wird.“³²

Es sind magere Jahre, diese Jahre der Reaktion, und oft tritt die revolutionäre Spekulation an die Stelle revolutionärer Praxis.

*

Im nächsten Heft folgt: 1. eine Darstellung des Marx-Lassalleschen Konflikts um die Behandlung der Nationalitätenfrage in Schleswig-Holstein, 2. der Lassalleschen Bemühungen, auf revolutionäre Weise oder im Bunde mit Bismarck Schleswig-Holstein für Deutschland zu gewinnen, 3. der Marx-Engelsschen Bemühungen, im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker das Problem durch eine Teilung Schlesiens zu lösen.

Quellennachweise: ¹ Nach einem Brief Engels an Marx vom 2. 11. 1864. ² F. Lassalle: Der italienische Krieg und die Aufgabe Deutschlands, Werke, Bd. 1, Berlin 1919, S. 33. ³ Werke, Bd. 9, S. 248. ⁴ J. Streisand, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1953. ⁵ H. Cunow: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie, Bd. 1, Berlin 1921, S. 38. ⁶ Engels: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, aus: Marx, Engels, Lenin, Stalin: Zur deutschen Geschichte, Stuttgart 1954, Bd. 2, S. 1053. ⁷ F. Lasalle: Nachgelassene Briefe und Schriften, Berlin 1925, Bd. 6, S. 63. ⁸ Engels an Marx am 18. 9. 1846, Briefwechsel 1. Bd. ⁹ Marx an Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung am 9.9.1848, Werke, Bd. 5, S. 395 f. ¹⁰ und ¹¹ Friedrich Engels: Drei neue Konstitutionen, in Deutsche Brüsseler Zeitung am 20. 2. 1848 nach: Marx, Engels, Lenin, Stalin: Zur deutschen Geschichte, Stuttgart 1954, S. 184. ¹² Marx/Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung am 9. 9. 1848, Werke, Bd. 5, S. 396. ¹³ Marx/Engels ebenda, S. 396. ¹⁴ Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung am 7. 7. 1848, Werke, Bd. 5, S. 34. ¹⁵ Engels ebenda, S. 180. ¹⁶ Marx/Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung am 21. 7. 1848, Werke, Bd. 5, S. 254 f. ¹⁷ ebenda, 22. 7. 1848, S. 257. ¹⁸ ebenda, 22. 7. 1848, S. 257. ¹⁹ ebenda, 21. 7. 1848, S. 255. ²⁰ ebenda, 9. 9. 1848, S. 395. ²¹ Marx, Engels, Lenin, Stalin: Zur deutschen Geschichte, Stuttgart 1954, 1. Bd, S. 406. ²² Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung vom 20. 9. 1848, Werke, Bd. 5, S. 408. ²³ Engels an Marx, 9.5.1854, Briefwechsel, Bd. 1. ²⁴ Engels: Die auswärtige Politik des russischen Zarentums in Die Neue Zeit, 8. Jahrg., 1890, S. 196. ²⁵ Engels in der New York Daily Tribune, 12. 2. 1861, Werke, Bd. 15, S. 238. ²⁶ ebenda, S, 239. ²⁷ ebenda, S. 240. ²⁸ Marx in der New York Daily Tribune, 9. 6. 1853, Werke, Bd. 9, S. 103. ²⁹ Marx in Neue Oderzeitung, 30. 7. 1855, Werke, Bd. 11, S. 403. ³⁰ Marx an Engels, 22. 5. 1857. ³¹ Marx in der New York Daily Tribune, 21. 8. 1857, Werke, Bd. 12, S. 267. ³² Marx in „Marx, Engels, Lenin, Stalin: Zur deutschen Geschichte“, Bd. 2, S. 680, Stuttgart 1954.

Das Einheitskommando im Ostseegebiet

In der Verteidigung

Rückkehr zur Gesamtstaatskonzeption

Der 7. Dezember 1961 wird zu den Geschichtsdaten gehören, die man künftig als Abiturient in Schleswig-Holstein kennen muß. An diesem Tage erhob sich im dänischen Folketing der Vorsitzende des Hohen Hauses, Gustav Pedersen, schwang die Dirigentenglocke und sagte mit seinem Baß: „Wir treten in die Abstimmung ein über den Vorschlag von Victor Gram, Per Federspiel, Ole Bjørn Kraft, Helge Larsen und Iver Poulsen bezüglich des Übergangs zum nächsten Punkt der Tagesordnung.“ Nach einem forschenden Blick über das Plenum fügte Gustav Pedersen hinzu: „Wer für den Vorschlag ist, wird gebeten, sich zu erheben ... Wer gegen den Vorschlag ist, wird gebeten, sich zu erheben ... Wer weder dafür noch dagegen stimmt, wird gebeten, sich zu erheben ... Der Vorschlag ist angenommen mit 149 Stimmen gegen 13. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. In dieser Sitzung ist nichts mehr vorzunehmen. Die Sitzung ist geschlossen.“

Dies ist die traditionelle Form der Stellungnahme des dänischen Parlaments zu Beschlüssen der Regierung. Der „Tagesordnungsbeschuß“, der auf diese Weise mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, lautete in der eigenartigen Fassung, die in der Geschäftsordnung vorgesehen ist: „Indem das Folketing die Darlegungen der Regierung zur Kenntnis nimmt und den Beschluß der Regierung über die Errichtung eines Einheitskommandos für den südlichen Teil des Nordabschnitts der NATO billigt, geht das Thing zum nächsten Punkt der Tagesordnung über“ ¹. Mit der Annahme dieses Vorschlages, der von einem Abgeordneten jeder der fünf demokratischen Parteien unterzeichnet war, entfiel automatisch ein Gegenvorschlag des Linkssozialisten Aksel Larsen, wonach die Frage dänischer Zustimmung zum Einheitskommando von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werden sollte.

Der großpolitische Hintergrund

Die Pressevertreter, die sich während der Abstimmung im dänischen Folketing über die Brüstung der Presseloge lehnten, um zu sehen, wer wie stimmte, waren vor allem erstaunt darüber, daß nur eine Stimmenthaltung zu verzeichnen war. Denn die 13 Gegenstimmen hatte man erwartet: elf davon kamen von der linkssozialistischen Fraktion, je eine von den Sozialdemokraten und den

Sozialliberalen, ein nur sehr begrenztes Abgleiten von der offiziellen Linie dieser beiden Parteien. Aber unter den 149 Abgeordneten, die ja stimmten, mußte es manche geben, die, von Zweifeln geplagt, sich lieber der Stimme enthalten hätten. Was für sie den Ausschlag gegeben hatte, war ganz klar: Den sowjetischen Versuchen, Einfluß auf die Entscheidung Dänemarks in der Frage des Einheitskommandos zu gewinnen, mußte die nationale Solidarität, die große Stärke des dänischen Volkes in jeder Krise, entgegengestellt werden.

Einen Höhepunkt hatten diese sowjetischen Versuche in der Note an Finnland vom 30. Oktober 1961 erreicht. Die Note, die Finnlands mühsam verteidigte Souveränität in Gefahr zu bringen schien, stellte die Bundesrepublik als ein Land dar, in dem der „Revanchismus“ und der „Militarismus“ das Heft in der Hand hätten. „Heute ist das Heer Westdeutschlands die Hauptstoßkraft der NATO in Europa“, hieß es in der Note, „und zahlenmäßig übertrifft es die Heere jedes seiner europäischen Partner. Mit dem ‚Recht des Stärkeren‘ nehmen Generale und Offiziere der Bundeswehr eine sichere Position in den Stäben der NATO ein, und es ist nicht mehr von einer Kontrolle über ihre Tätigkeit die Rede, sondern davon, daß sie selbst in der NATO kontrollieren und kommandieren ...“

Die militärische Führung in Bonn lege auf Nordeuropa besonderes Gewicht, erklärte die Sowjetregierung in der Note. Länder wie Dänemark und Norwegen, die im zweiten Weltkrieg die deutsche Okkupation erlebt hätten, seien erneut in die militärische und politische Einflußsphäre des westdeutschen Militarismus hineingezogen worden. Nach Aufzählung einer Reihe von „militärischen Beziehungen zwischen Westdeutschland und den skandinavischen NATO-Ländern“ wies die Note weiter auf die Vorbereitung eines Einheitskommandos im Ostseegebiet hin, an dem auch Norwegen nach allem, was bekannt sei, in der einen oder anderen Weise beteiligt sein werde. „Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß die Verwirklichung des Einheitskommandos, welche Form sie auch bekommt, als neuer Schritt zur Einordnung der bewaffneten Streitkräfte der skandinavischen NATO-Länder in die revanchistischen Absichten des westdeutschen Militarismus im Norden und im Ostseegebiet zu beurteilen ist.“

Auch der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow selbst hatte diesen Ton angeschlagen. In Nowosibirsk, wohin der finnische Präsident Urho Kekkonen sich begeben hatte, um die durch die sowjetische Note vom 30. Oktober 1961 für Finnland heraufbeschworene Gefahr abzuwenden, hielt Chruschtschow am 24. November bei einem Lunch zu Ehren des finnischen Gastes eine Rede, in der er führenden dänischen und norwegischen Politikern vorwarf, sie betrachteten die militärischen Beziehungen ihrer Länder mit der Bundesrepublik „durch eine rosarote Brille“³. Vor dem dänischen Volk, so erklärte Chruschtschow, „das seiner Friedensliebe wegen bekannt ist, haben wir natürlich keine Angst. Wir wissen, daß es entschieden auf seiten des Friedens steht. Aber wir wissen auch, daß

Dänemark ebenso wie Norwegen immer mehr in die militärischen Vorbereitungen der NATO und Westdeutschlands hineingezogen wird und daß der Augenblick kommen könnte, da die westdeutschen Militaristen durch die Ausnutzung ihrer Positionen im Norden diese Länder in einen militärischen Zusammenstoß mit unserem Staat hineinziehen, ungeachtet des Wunsches dieser Länder, mit uns in Frieden zu leben. Unter diesen Umständen sind wir gezwungen, unsere Wachsamkeit auf die Entwicklung der Dinge in diesem Gebiet zu richten.“

Krag antwortet Chruschtschow

In der Folketingssitzung vom 7. Dezember 1961, die mit dem „Tagesordnungsbeschuß“ über die Errichtung des Einheitskommandos endete, antwortete der dänische Außenminister Jens Otto Krag auf die in der Finnland-Note und in der Chruschtschow-Rede zum Ausdruck gekommene Kritik gegen Dänemark. Krag bezeichnete den Willen Dänemarks, sich als Glied eines Verteidigungsbündnisses gegen mögliche Angriffe zur Wehr zu setzen, als ein legitimes Anliegen, das ihm von der Sowjetunion nicht zum Vorwurf gemacht werden könne⁴. Dänemark habe das gleiche Recht, auf seine Sicherheit bedacht zu sein, wie die Sowjetunion, und diese lege ja außerordentlich großes Gewicht auf ihre Sicherheitsprobleme, habe eines der stärksten militärischen Kraftzentren der Welt aufgebaut und suche — auch durch Sprengung von Kernwaffen — ihre militärische Kraft ständig zu stärken und zu erweitern.

„Die Sowjetunion hat gleichzeitig“, so sagte Krag weiter, „ein umfassendes Bündnis zustande gebracht, und zwar den Warschauer Pakt. Welche gemeinsamen Kommandoregelungen es zwischen den Ländern des Warschauer Pakts gibt, ist mir nicht bekannt, und würde man danach fragen, so bekäme man mutmaßlich den Hinweis, daß dies eine interne Angelegenheit sei. Der Umstand, daß unsere Kommandoregelungen im Lichte der Öffentlichkeit getroffen werden, sollte nicht Anlaß zu Verdächtigungen geben können. Dänische Verteidigungsvorbereitungen dienen in erster Linie dem Zweck, Angriffshandlungen vorzubeugen. Unsere Politik zielt auf Frieden für uns selbst wie für unsere Nachbarn ab, einschließlich des Friedens auf den Meeren, die uns umgeben. Wir verstehen und respektieren den Wunsch der Sowjetunion, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben, und wir glauben, Anspruch auf das Verständnis und den Respekt der Sowjetunion für den entsprechenden Wunsch Dänemarks zu haben.“

Mit Entschiedenheit wies Krag die sowjetische Auffassung zurück, als hätte die Bundesregierung die Absicht, einen dritten Weltkrieg vom Zaune zu brechen. Dies könne unmöglich die ernste Meinung der Sowjetregierung sein. Jede deutsche Regierung, die dies tue, würde damit das deutsche Volk und Deutschland einem erbarmungslosen Schicksal ausliefern. Auch rein militärisch hielt Krag diese

sowjetischen Vorstellungen für gänzlich abwegig. Es sei ihm nicht möglich, zu erkennen, mit welchen militärischen Machtmitteln das heutige Westdeutschland eine solche Tragödie einleiten können solle. „In dieser Beurteilung müssen die politischen und militärischen Sachverständigen der Sowjetunion derselben Meinung sein wie wir, selbst wenn man in der kommunistischen Propaganda glaubt, etwas anderes sagen zu müssen.“

Als einen wichtigen Beweis für den Friedenswillen Deutschlands betrachtete Krag die Integrierung der Bundeswehr in der NATO und erklärte dazu: „Sofern die Befürchtung der Sowjetunion sich auf ein künftiges Deutschland bezieht, das niemand kennt, so muß es berechtigt sein, anzuführen, daß man einer unbekanntem Zukunftsentwicklung, die dieses schicksalsumwebte Land auf einen Irrweg bringen sollte, der für Deutschland selbst, ja für die ganze Welt tödlich gefährlich werden könnte, in um so höherem Grade vorbeugt, je enger Deutschland in Übereinstimmung mit dem eigenen Wunsch der deutschen Regierung und des deutschen Volkes wirtschaftlich, verteidigungsmäßig und politisch mit dem übrigen Westeuropa und mit der westlichen Welt überhaupt zusammenwächst.“

Der dänische Verteidigungsminister Poul Hansen, der am 7. Dezember 1961 vor der Annahme des „Tagesordnungsbeschlusses“ über die Errichtung des Einheitskommandos ein Bild der neuen Kommandostruktur gab, konnte ferner die sowjetische Darstellung entkräften, als habe die Bundeswehr den überwiegenden Einfluß. Das Gesamtgebiet von Dänemark, Schleswig-Holstein und der westlichen Ostsee, das in dem Einheitskommando zusammengefaßt wird, bleibt Glied des Nordabschnitts der NATO, dessen Chef stets ein britischer General mit dem Hauptquartier in Kolsaas bei Oslo ist. Dänemark legt Gewicht darauf, was auch in der Zusammensetzung der Stäbe zum Ausdruck kommt, daß es sich nicht um ein dänisch-deutsches gemeinsames Kommando handelt — wie ursprünglich geplant —, sondern um ein Einheitskommando der NATO.

Alte und neue Kommandostruktur

Die Frage der Kommandostruktur im westlichen Ostseegebiet, das die entscheidend wichtigen Ostseezu- und -ausgänge einbezieht, hatte seit 1956 auch öffentlich als Sorgenkind der NATO auf der Tagesordnung gestanden. Und warum? Nur die Landstreitkräfte im Gesamtgebiet von Dänemark und Schleswig-Holstein waren, ob dänisch, ob deutsch, einheitlich als Glied des Nordabschnitts der NATO dem jeweiligen Chef des dänischen Heeres unterstellt, der in dieser NATO-Eigenschaft die Dienstbezeichnung „Comlandenmark“ führte. Bei den Marine- und Luftstreitkräften war dagegen die Befehlszuständigkeit geteilt. Die dänischen gehörten zum Nordabschnitt, die deutschen zum Mittelabschnitt der NATO in Fontainebleau. Aber gerade bei der Marine und Luftwaffe war eine

Koordinierung zur Verteidigung der dänischen Belte und des Öresunds am allerdingendsten geboten.

Bei den Landstreitkräften war die Planung für das Gesamtgebiet durch den Stab des „Comlandenmark“ in Kopenhagen-Charlottenlund gewährleistet, der Ende November 1961 auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte. Seit 1958 gab es in diesem Stab, genannt „Headquarter Landenmark“, neben dänischen, britischen und amerikanischen auch deutsche Stabsoffiziere. Ein Oberst i. G. der Bundeswehr war zuletzt Chef der Operationsabteilung. Bei dem nachgeordneten Stab für den Teil der Landstreitkräfte, der in Schleswig-Holstein stationiert ist, in Rendsburg, befanden sich entsprechend seit 1958 dänische Stabsoffiziere.

Während die Luftwaffe vorerst ganz aus dem Spiel zu bleiben schien, drängte sich bei den Marinstreitkräften immer stärker die Notwendigkeit auf, wenigstens eine provisorische Regelung zu finden, wenn es schon bis auf weiteres nicht möglich war, zu dem zunächst ins Auge gefaßten gemeinsamen „Baltischen Marinekommando“ zu kommen. So entstand am 1. Oktober 1957 in Kiel-Holtenau eine „Planungsgruppe“. Diesem Stab gehörten deutsche, dänische, britische und amerikanische Seeoffiziere an, in der ersten Periode unter einem britischen Admiral, neuerdings unter einem deutschen Admiral. Es war eine Hilfskonstruktion, die sich aber genauso bewährte, auch in der praktischen Zusammenarbeit der Nationalitäten, wie das „Headquarter Landenmark“.

Durch das neue Einheitskommando der NATO werden alle strukturellen Schwierigkeiten überwunden und klare Kommandolinien geschaffen. Den Oberbefehl über alle NATO-Streitkräfte im Gesamtgebiet von Schleswig-Holstein, Dänemark und der westlichen Ostsee — was in der Praxis heißt: in der Planung, bei NATO-Manövern und -übungen sowie im Ernstfall — führt stets ein dänischer General, der von der dänischen Regierung im Einvernehmen mit der NATO ernannt wird. Dieses hohe Amt hat der dänische Fliegergeneral Tage Andersen übernommen. Ihm zur Seite steht als „Deputy“ ein Stellvertreter, und zwar stets ein deutscher Offizier, den die Bundesregierung im Einvernehmen mit der NATO beruft. Das ist ein Heeresoffizier, der bisherige Divisionskommandeur in Neumünster, General Peter von der Groeben. Der Chef des Stabes ist wiederum ein dänischer Offizier — von der Marine, damit alle drei Waffengattungen vertreten sind.

Diese Zusammensetzung der vorläufig in Karup stationierten obersten militärischen Leitung des Gesamtgebiets, die ihr Hauptquartier an einem noch nicht endgültig festgelegten Ort in Mitteljütland einrichten wird, ist, soweit bekannt, nie ernstlich umstritten gewesen. Ein dänischer General als Oberbefehlshaber mit einem deutschen als Stellvertreter: das entspricht der Einsicht des Bundesverteidigungsministers und der Bundeswehr, daß es sich primär um ein dänisches Verteidigungsgebiet handelt, zu dem aus militärgeographischen

Gründen Teile des Bundesgebiets, Schleswig-Holstein und die Hoheitsgewässer in der westlichen Ostsee gehören. Sinngemäß besteht die Rolle der Bundeswehr darin, daß sie die zur Verteidigung des Gesamtgebiets erforderlichen Kontingente dorthin delegiert, ebenso wie die benötigten Stabsoffiziere. Von dieser Grundeinstellung sind auch die vier Kommandobereiche geprägt, die dem Einheitskommando nachgeordnet sind:

1. Ein Kommandobereich für die Landstreitkräfte in Jütland, Fünen und Schleswig-Holstein in dreijährigem Turnuswechsel zwischen einem dänischen und deutschen General, beginnend mit einem Dänen.
2. Ein Kommandobereich für das rein dänische Gebiet der Inseln Seeland und Bornholm stets unter einem dänischen General.
3. Ein Marinekommando in dreijährigem Turnuswechsel zwischen einem deutschen und dänischen Admiral, beginnend mit einem Deutschen.
4. Ein Kommandobereich für die in der NATO integrierten Luftstreitkräfte des Gesamtgebiets, stets unter einem dänischen General.

Die Regel ist, daß der Chef des Stabes jeweils der anderen Nationalität angehört und daß die Stäbe nach dem Schlüssel zusammengesetzt werden: ein Drittel dänische und ein Drittel deutsche Offiziere sowie ein Drittel Offiziere der NATO-Länder USA, Großbritannien, Kanada und Norwegen. Nichts deutet darauf hin, daß dieser Schlüssel allzu mechanisch angewandt werden wird. Die Qualifikationsfrage dürfte immer noch eine wichtige Rolle spielen. In der Beurteilung dieser Zusammenhänge wird zu bedenken sein, daß das Offizierkorps der beteiligten NATO-Länder in nationaler Hinsicht längst nicht so eng denkt wie die breite Öffentlichkeit. In der Erkenntnis der fachlich-militärischen Notwendigkeiten, die der breiten Öffentlichkeit nicht in so klaren Umrissen bekannt sind, finden die Offiziere erfahrungsgemäß leichter die zweckentsprechenden Lösungen.

Zu beachten ist, daß der Kommandobereich für Seeland und Bornholm eine Sonderstellung einnimmt, da es hier auch in den Stäben nur dänische Offiziere geben soll. Das ergibt sich von vornherein daraus, daß dieses Gebiet rein dänisch ist. Aber über den militärgeographischen Gesichtspunkt hinaus gibt es gewisse Rücksichten auf die exponierte Lage Bornholms. Daß es richtig war, diese Rücksichten zu nehmen, ergab sich im Zuge der sowjetischen Reaktion auf den „Tagesordnungsbeschuß“ des dänischen Folketings über die Errichtung des Einheitskommandos vom 7. Dezember 1961. In dem Austausch von Regierungserklärungen zwischen Kopenhagen und Moskau, auf den wir hier nicht näher eingehen können, konnte Dänemark den sowjetischen Vorwurf zurückweisen, als widerspreche die Kommandoordnung den Voraussetzungen, unter denen die Sowjetarmee Bornholm 1946 räumte⁵.

Die Bedeutung im Lichte der Geschichte

Das Einheitskommando der NATO, das Mitte 1962 als voll errichtet gelten konnte, ist für den Historiker interessant, weil es in der Verteidigung die Gesamtstaatskonzeption wiederherstellt, verursacht durch militärische Notwendigkeiten. Dies sollte die Einsicht unterstreichen, daß der dänisch-deutsche Gesamtstaat nicht nur das Ergebnis verwickelter politischer Vorgänge war, die so, aber auch anders hätten verlaufen können. An dem aktuellen Beispiel des Einheitskommandos kann der Historiker vielmehr zeigen, daß das Gesamtgebiet von Dänemark, Schleswig-Holstein und der westlichen Ostsee, sobald der Ostseeraum in das großpolitische Spannungsfeld eintritt, militärgeographisch eine echte Einheit ist und daher strukturelle Voraussetzungen für eine politische Verbindung der einzelnen Bestandteile bot, wie sie im Gesamtstaat eintrat.

Aber wo bleibt Norwegen in dieser Gesamtstaatskonzeption des Einheitskommandos? Die Verteidigungslage Norwegens war ein entscheidender Faktor, ja, man möchte sagen: Norwegen war an der Bildung des Einheitskommandos primär interessiert, da es auf die militärische Deckung Südnorwegens angewiesen ist, um den Schwerpunkt seiner Verteidigung nach Nordnorwegen legen zu können. In den Tagen, als die parlamentarische Entscheidung in Kopenhagen bevorstand, sprach der norwegische Verteidigungsminister Gudmund Harlem darüber in Schloß Christiansborg vor Vertretern der dänischen NATO-Vereinigung und hob hervor, daß alles, was im dänischen Gebiet zur Stärkung der Verteidigung getan werden könne, von großer Bedeutung sei für die norwegischen Möglichkeiten, sich im Norden zu verteidigen. Weiter sagte Harlem:

„Dieser Zusammenhang in der Lösung unserer gemeinsamen Verteidigungsaufgaben ist auch rein organisatorisch dadurch zum Ausdruck gekommen, daß in dem Verteidigungsbündnis der NATO ein besonderes Nord-Kommando — der Nordabschnitt der NATO — gebildet worden ist. Daß der Zusammenhang tatsächlich besteht, ist von meinem Gesichtspunkt aus völlig klar, so tatsächlich, daß eine Schwächung des dänischen Gebiets Konsequenzen haben würde für unsere Möglichkeiten, uns so viel wie möglich auf die Verteidigung des nördlichen Teils unseres gemeinsamen Gebiets zu konzentrieren.“

Legen die Schleswig-Holsteiner sich eigentlich Rechenschaft über alle diese Zusammenhänge ab, zu denen ihr eigenes Land als wichtigstes Glied gehört? Ist ihnen bewußt, daß Dänemark durch den „Tagesordnungsbeschuß“ vom 7. Dezember 1961 über die Errichtung des Einheitskommandos auf einem wichtigen Gebiet, dem der Verteidigung, die alte Schicksalsgemeinschaft bejahte, die nach 350 Jahren des Zusammenlebens im Gesamtstaat an dem Schisma der

Nationalitätenfrage gescheitert war? Haben Politiker, Lehrer und Presseleute in Schleswig-Holstein sich klar gemacht, daß die Stellung des Landes im europäischen Kräftefeld anders geworden ist und daher neu überdacht werden muß? Das sind Fragen, auf die der Verfasser keine Antwort weiß.

Anmerkungen: ¹ Nach der im Plenum verteilten Fassung, Blatt Nr. 114. ² Fakta om Sovjetunionen, Sonderausgabe, Nr. 46/1961. ³ Fakta om Sovjetunionen, Nr. 49/1961. ⁴ Nach dem vervielfältigten Manuskript des dänischen Außenministers. ⁵ Sowjetische Regierungserklärung, am 12. Dezember 1961 dem dänischen Botschafter in Moskau ausgehändigt, und Antwort der dänischen Regierung vom 14. Dezember 1961 mit Anhang: Wiedergabe einer dänischen Note an Moskau vom 7. Oktober 1961 als P. M. ⁶ Vervielfältigtes Manuskript des norwegischen Verteidigungsministers.

Aus dem Satzungs-Entwurf des »Grenzbundes« 1921 (Faksimile):

Satzungs-Entwurf für den Grenzbund.

§ 1

„**Der Grenzbund**, Bund für deutsch-dänische Verständigung (E. V.)“, hat seinen Sitz in Flensburg.

§ 2

Der Grenzbund ist bestrebt, in allen Fragen, die den beiden Nachbarvölkern gemeinsam sind, eine unmittelbare Verständigung zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke anzubahnen und herbeizuführen.

Zur Weihe des Ehrenmahls auf dem Knivsberg

Aus der Ansprache Hans Schmidt-Oxbüll

In seiner Ansprache anlässlich der Einweihung des Ehrenmahls auf dem Knivsberg sagte Folketingabgeordneter Hans Schmidt-Oxbüll:

„Mit dieser Weihe und mit dieser Feier wird unserem Gedenken an das Opfer und an die selbstlose Tat unserer Freiwilligen Ausdruck verliehen. Der Hain, der hier auf unserem Berge im Gemeinschaftswerk erstanden ist, wird uns und denen, die nach uns kommen, ein heiliger Hain sein. Nicht alleine, daß er uns Stunden der Besinnung im irdischen Dasein schenken wird, wenn wir den Weg hierher suchen und finden; dieser Hain wird und soll uns auch zum Nachsinnen hinleiten darüber, was in unserm Leben der Sinn eines Opferganges ist und darüber, was der Sinn ihres Opferganges war.

Es kann nur ein guter Sinn sein; denn in den Krieg geht keiner leichtfertig hinein. Selbst wenn wir alle in der Jugendzeit uns nicht immer der Reichweite unseres Tuns voll bewußt sind: jedem ist es bewußt, daß es ein voller Einsatz ist, in den Krieg zu gehen, wenn es auch ganz natürlich ist, daß der Soldat hinausgeht mit der Erwartung im Herzen, daß er wieder zurückkehren wird.

So war es bisher – und so muß es bleiben, bis die Erkenntnis sich durchgesetzt hat, daß der Krieg als Mittel, als Ordnungsfaktor im Zusammenleben der Menschen und Völker ausfallen muß; ausfallen muß, weil nun die Mittel des Krieges das Leben des Menschen und alles Leben auf Erden nicht ordnet, sondern auszulöschen droht.

Soweit war es noch nicht, als unsere Freiwilligen ihren Opfergang für das Bestehen unseres Volkes antraten, in der Überzeugung, daß er auch der Freiheit anderer Völker diene. Sie konnten nicht wissen – wie wir alle es noch nicht wußten –, daß der Krieg, daß das Machtprinzip, wenn es bis zur letzten Konsequenz durchgeführt wird, um über den Gegner zu siegen, daß es sich dann sittlich überschlägt und der Erfolg nicht nur ausbleibt, sondern in sein Gegenteil, den Verderb, umschlägt.

Ich glaube, daß wir Deutschen diese Erfahrung machen mußten – nicht etwa, weil wir schlechter wären als andere Völker, sondern weil es unserem Volke seit langen Zeiten beschieden ist, in einem Brennpunkt der geistigen und physischen Kräfte der Welt zu wohnen; daß unser Volk diese Erfahrung machen mußte, um danach mit anderen Mitteln und Methoden an einer sinnvollen Ordnung des Zusammenlebens der Völker mitzuarbeiten.

Viele Tausend deutscher Nordschleswiger, zahlreiche Vertreter der Traditionsverbände und befreundete Organisationen aus der Bundesrepublik und aus Dänemark waren zum Knivsberg gekommen, um die Opfer der beiden großen Kriege in würdiger Form bei der Weihe des Ehrenmals zu ehren.

Die deutsch-dänische Nachbarschaftstagung in Tremsbüttel

Der Landesverband Schleswig-Holsteinischer Volkshochschulen und Det danske Selskab hatten Anfang August nach Schloß Tremsbüttel zu einer deutsch-dänischen „Nachbarschaftstagung“ eingeladen, nachdem man im vorigen Jahr in ähnlicher Form in der Volkshochschule Magleås in der Nähe von Kopenhagen zusammengekommen war.

Die Tremsbütteler Tagung hat in der Öffentlichkeit ein breites Echo gefunden: einmal wegen der Vorschläge, die Kultusminister Edo Osterloh für eine engere kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland, speziell Schleswig-Holstein, und Dänemark machte, zum andern wegen ihrer Ablehnung durch den Vorsitzenden von Det danske Selskab, Per Hækkerup, und zum dritten wegen der Vorschläge, die der dänische Kultusminister Julius Bomholt zur Frage engerer kultureller Kontakte mit Schleswig-Holsteins machte.

Die Vorschläge Edo Osterlohs

Der schleswig-holsteinische Kultusminister fragte die dänischen Gesprächsteilnehmer, ob es nicht möglich sei, ein dänisches Kulturinstitut in Kiel zu errichten, wie es seit einem Jahr bereits in Dortmund bestehe.

Zum andern setzte er sich für die Bildung einer nordeuropäischen Akademie für Erwachsenenbildung als Brücke zwischen Deutschland und Skandinavien in Schleswig-Holstein ein.

Per Hækkerup sagte nein

und ließ keinen Zweifel daran, daß bei allem guten Willen Schleswig-Holstein in dänischen Augen „weniger eine Brücke als eine Barriere“ sei, wenn es sich um enge Kulturbeziehungen mit Deutschland handele.

Julius Bomholt befürwortete

an Stelle von neuen Institutionen die organische Entwicklung einer dänisch-deutschen Zusammenarbeit. Er nannte unter anderem die Möglichkeit, dänische Teilnehmer zu Volkshochschulkursen in Schleswig-Holstein heranzuziehen und umgekehrt und plädierte für den Austausch von Lehrern und Schülern aus beiden Ländern und für die Fortsetzung von Begegnungen wie die in Tremsbüttel.

Eine Aufgabe auf lange Sicht

Die Entwicklung der nachbarlichen Beziehungen zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein in den menschlichen und kulturellen Bereichen ist als eine Aufgabe auf lange Sicht zu betrachten, so sehr es auch gelungen ist, auf der realpolitischen Ebene Konflikte der Vergangenheit zu überwinden. – So heißt es in einem Tagungsbericht des Landesdienstes Nord über das Ergebnis der Tremsbütteler Nachbarschaftstagung.

*

Offene Sprache auf Schloß Tremsbüttel

überschreibt „Der Nordschleswiger“ seine Würdigung der Tagung. Es heißt darin u. a.: Eine, soweit man erkennen kann, nützliche Tagung. Nützlich vor allem deswegen, weil der offenerzige Fraktionssprecher der dänischen Sozialdemokratie, Per Hækkerup, dabei war und unverblümt seine Meinung sagte. Und man tut sicherlich in den deutschen Kreisen, denen das Tempo der Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen allzu langsam erscheint, gut daran, auf einige Bemerkungen des dänischen Politikers zu achten. Nicht etwa, weil er in jeder Hinsicht recht hat, sondern weil er zum Ausdruck brachte, was viele Dänen empfinden.

Wir wissen nicht, ob auf der Tagung auch die Aufgabe der Minderheiten in den nachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern zur Sprache gekommen ist. Wenn das nicht der Fall ist, so darf man sicherlich davon ausgehen, daß man dänischerseits nicht daran denkt, die zwischenvolklichen Beziehungen ohne Berücksichtigung der Minderheiten zu pflegen und zu fördern.

Letzten Endes muß die Verständigung zwischen den Völkern dort und vor allem dort gedeihen, wo die Völker aneinandergrenzen, wo die Deutschen und Dänen nebeneinander und miteinander leben. Es ist unserer Ansicht nach eine Illusion, zu glauben, es könnte über die Minderheiten hinweg eine wirklich tiefgehende und echte Verständigung geben. Mit dem Wortgeklingel von Verbrüderungsreden, die an der Wirklichkeit Vorbeigehen, ist keinem gedient. Je realistischer man in dieser Beziehung ist, desto besser. Und zu den Realitäten der zwischenvolklichen Beziehungen gehört nun einmal das Grenzland als wesentlicher Angelpunkt.

*

Das Grenzland ist nicht Barriere

Das Grenzland ist nicht etwa eine Barriere, sondern ein Gebiet, das Möglichkeiten für eine besonders intensive kulturelle Wechselwirkung bietet, erklärte Rudolf Stehr auf einer Kultursitzung des Bundes deutscher Nordschleswiger. Er meinte, daß das Grenzland gerade auf Grund seiner Minderheiten, auf Grund der sprachlichen Voraussetzungen seiner Bevölkerung und des kulturellen Einsatzes von beiden Seiten zu einer fruchtbaren Wechselwirkung beitragen könne.

*

Die Flensburger Tage 1962

finden vom 24. bis 27. Oktober statt und beginnen mit einem Konzert des Nordmark-Sinfonie-Orchesters. Die eigentliche Eröffnungsveranstaltung ist am 25. Oktober vormittags im Flensburger Stadttheater. Hier halten Stadtpräsident Dr. Jensen, Flensburg, und Bürgermeister Paulsen, Tondern, Begrüßungsansprachen.

Im Musiksaal des Deutschen Hauses werden in vier Vorträgen aktuelle Fragen der Landes- und Stadtplanung und der Stellung der Familie in Gesellschaft und Staat behandelt. Es sprechen cand. jur. Vagn Rud Nielsen vom Kopenhagener Wohnungsbauministerium über Landesplanung und Stadtbaurat Prof. Jensen, Braunschweig, über Städteplanung in Deutschland. Zum soziologischen Thema sprechen der Kieler Prof. Wurzbacher und Frau Fanny Hartmann vom Kopenhagener Sozialministerium.

Die Flensburger Stadtbücherei und die große dänische Zentralbücherei vermitteln während der Flensburger Tage einen umfassenden Überblick über die deutsche und dänische Literatur, die seit 1945 in die Sprache des anderen Landes übersetzt worden ist. In den letzten siebzehn Jahren sind etwa 500 dänische Bücher ins Deutsche und 660 bis 700 deutsche Werke ins Dänische übertragen worden.

Zum Programm gehören auch Beiträge der Königlichen Oper Kopenhagen und der Städtischen Bühnen Flensburg. Die Dänen führen am 25. Oktober die Oper „Jugend und Torheit“ von Dupuy auf, während die Städtischen Bühnen am 26. Oktober die deutsche Erstaufführung des dänischen dramatischen Oratoriums „Pfarrer und Dichter“ von Markwarth/Blicher mit Kantaen von Buxtehude bringen. Für die Abschlußveranstaltung am Vormittag des 27. Oktober ist ein deutscher Hauptvortrag vorgesehen.

Die Schlußworte halten Bürgermeister Erik Jessen, Apenrade, und Oberbürgermeister Thomas Andresen, Flensburg.

Insgesamt will man zu den Flensburger Tagen 700 bis 800 Einladungen verschicken.

*

Aus der Arbeit des Grenzfriedensbundes

Dr. Johannsen sprach in der Volkshochschule Jarplund

Am 30. Juni sprach unser Vorsitzender Dr. Johannsen auf Einladung des dänischen Grænseforeningen in der Volkshochschule Jarplund vor dänischen Geschichtslehrern an Gymnasien. Er sprach über die psychologischen und

kulturellen Grundlagen der deutsch-dänischen Nachbarschaft. Dem Vortrage folgte eine Aussprache, die von der Offenheit und der Bereitschaft der Kontaktaufnahme geprägt war.

Die Kindertagesstätte Flensburg-Wassersleben der Arbeiter-Wohlfahrt

wurde zu Beginn der diesjährigen „Sai- von dem Landesvorsitzenden der Arbeiter-Wohlfahrt, Senator Blohm, Lübeck, und dem Landesgeschäftsführer Stein, Kiel, besichtigt, die sich sehr lobend über das hier in jahrelanger Arbeit Geschaffene aussprachen. Sie dankten der Stadt Flensburg, dem Land Schleswig-Holstein, der Bundesrepublik und auch dem Grenzfriedensbund für die finanzielle Hilfe, die sie dieser Wohlfahrtseinrichtung gewährt haben. An der Besichtigung nahm auch unser erster Vorsitzender Dr. Johannsen teil.

Aus einem Brief der Leistikow-Schule Berlin-Zehlendorf

... mit diesem Brief möchten wir uns recht herzlich für das von Ihnen gespendete Geld bedanken. Dieses ermöglichte uns eine schöne Fahrt an die deutsch-dänische Grenze. Es war einmal etwas ganz anderes, eine Grenze ohne Mauer und Stacheldraht zu sehen. Für viele von uns war es ein besonderes Erlebnis, einmal den Fuß auf fremden Boden zu setzen.

Zu Mittag waren wir bei einer neunten Klasse der Löhmann-Schule (in Flensburg) zu Gast. In Glücksburg wurden wir am Nachmittag von Herrn Stadtrat Lingk und Herrn Schulrat Fichtel zum Kaffee eingeladen. Diese Fahrt hat uns allen eine schöne Erinnerung hinterlassen.

Wir sind nur etwas traurig, daß die Grenze, die uns (in Berlin) umgibt, keine Friedensgrenze ist, sondern Menschen des gleichen Volkes voneinander trennt.

Die kleine Schrift „Schleswig zwischen Deutsch und Dänisch“

leistet auch heute noch im Unterricht gute Dienste. Studienrat Jungjohann vom Nordsee-Gymnasium in St. Peter-Ording schreibt dazu:

„Da wir unsere Studienfahrt nach Dänemark in der nächsten Woche gründlich vorbereiten, kommt uns dieser Beitrag sehr gelegen. Unsere Schüler stammen zumeist aus südlicheren Gegenden und wissen von der Problematik unseres Landes nichts. Häufig sind sie sogar überrascht, daß es in Schleswig-Holstein Grenzlandprobleme gibt.“

Herausgeber ist der Grenzfriedensbund. Zu beziehen über die Geschäftsstelle in Husum.

*

Das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse für Pastor Dr. Muuß

Nachdem Pastor Dr. Muuß vor einiger Zeit für seine Verdienste um die Heimatarbeit schon mit der Lornsenkette des SHHB. ausgezeichnet worden ist,

überreichte ihm Kultusminister Osterloh nunmehr das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Dr. Rudolf Muuß ist 71 Jahre alt. Er gehört zu den Begründern des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, war sein erster Vorsitzender und ist gegenwärtig noch im Vorstand und als Vorsitzender des plattdeutschen Ausschusses tätig. Er ist Vorsitzender des plattdeutschen „Preesterkrinks“, gab ein plattdeutsches Gesangbuch heraus und arbeitet gegenwärtig an einer Übersetzung des Neuen Testaments ins Plattdeutsche.

Das Verdienstkreuz am Bande für Frau Anna Schwerdt

Der Vorsitzenden der Arbeiter-Wohlfahrt in Schleswig, Frau Anna Schwerdt, wurde am 18. August im Sozialministerium in Kiel das Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht für ihre Verdienste auf sozialem Gebiet. Die so geehrte ist auch eine rührige und gewissenhafte Mitarbeiterin des Grenzfriedensbundes.

*

Gesamtdeutscher Ausschuß des SHHB. und des LvD.

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und der Landesverband der vertriebenen Deutschen haben eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, die die langjährige Zusammenarbeit beider Organisationen unterstreicht. Die vom Bundesvorsitzenden des Heimatbundes, Dr. Clasen, und vom Vorsitzenden des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen, Dr. Domabyl, unterschriebene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und der Landesverband der vertriebenen Deutschen bekennen sich zu der Notwendigkeit eines engen Zusammenwirkens in der kultur- und heimatpolitischen Arbeit beider Verbände. Diese Zusammenarbeit wird durch einen Ausschuß des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, in dem beide Verbände vertreten sind, gelenkt und koordiniert werden. Der Ausschuß wird den Namen „Gesamtdeutscher Ausschuß“ führen. Ziel der Zusammenarbeit ist: Angesichts der politischen Zerstückelung Deutschlands alles anzubieten, was die geistige Einheit ost- und westdeutschen Volkstums und Kulturguts erhält und fördert. Das gesamtdeutsche Bewußtsein aller Bevölkerungskreise unseres Landes und das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme zu stärken. Gemeinsame Veranstaltungen auf Landes- und Ortsgruppenebene. Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und der Landesverband der vertriebenen Deutschen sind sich bewußt, daß diese Zusammenarbeit nicht unter parteipolitischen und konfessionellen Aspekten stehen darf.“

*

Eine Diskussion zwischen K. O. Meyer und Hans Schmidt-Oxbüll

fand Anfang August in der Volkshochschule Rödning statt. Sie wurde teilweise vom dänischen Rundfunk übertragen und fand in freundschaftlicher Atmosphäre

statt. Grundlage der Diskussion war die Frage „Was gestaltet die nationale Politik einer Minderheit?“ aus der hier nur zwei kurze Gesichtspunkte zitiert werden sollen:

Hans Schmidt-Oxbüll betonte, daß der Selbstbehauptungswille die Politik der Minderheit gestalte. Dazu gehöre der Wille, die Lage der Dinge anzuerkennen. Für die deutschen Nordschleswiger begann das Dasein als Minderheit mit dem 10. Februar 1920. Er wies darauf hin, daß er schon 1939 für eine dänisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft mit Anerkennung der Grenze als Grundlage der Zusammenarbeit eingetreten sei. Die Arbeitsgemeinschaft soll an die Stelle des früheren Streites treten. „Das ist seit zweiundzwanzig Jahren der Leitfaden meiner Arbeit gewesen.“

K. O. Meyer erwiderte, in Südschleswig erstrebe man keine dänisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft. Dafür sei keine Grundlage vorhanden, und die Deutschen würden auch nicht mitmachen. Man habe auch einen deutsch-dänischen Ausschuß quer über die Grenze hinweg abgelehnt. Er lasse sich nicht verwirklichen, weil die Gesetze in beiden Ländern verschieden seien.

Die Arbeitsgemeinschaft der Europastraße 3 tagte in Larvik.

Nach Meinung des Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft, Bürgermeister Beisenkötter, Rendsburg, ist es an der Zeit, daß die europäischen Politiker sich nachdrücklich mit dem Straßenbau befassen. Die Europastraßen müssen endlich von der Ebene nationalpolitischer Auseinandersetzungen auf die Ebene der lebensnotwendigen europäischen Bedürfnisse gestellt werden. Ohne gute Straßen werde Europa niemals zusammenwachsen.

*

Die Einwohnerzahl der siebzehn Städte des Landestells Schleswig

	1939	1961
Flensburg	70 871	98 526
Rendsburg	24 250	35 721
Schleswig	26 015	33 767
Husum	14 447	23 806
Kiel nördl. der Eider	14 278	22 881
Eckernförde	13 580	19 540
Westerland/Sylt	5 560	8 679
Niebüll	4 207	6 320
Glücksburg	2 190	5 759
Burg/Fehmarn	3 390	4 621
Kappeln	2 834	4 476
Tönning	3 699	4 461

Wyk/Föhr	2 824	4 266
Bredstedt	3 071	4 117
Friedrichstadt	2 194	3 011
Garding	1 741	1 872
Arnis	534	646
Städte insgesamt	195 685	282 469
Landgemeinden	216 113	275 795
Landesteil Schleswig	411 798	558 264

Einundzwanzig Europa-Straßen laufen durch Deutschland

die kürzeste mit fünf Kilometern bei Aachen, die längste, die E 4, die jetzt vollendete HAFRABA (Hansestädte—Frankfurt—Basel) mit ihrer Verlängerung durch die „Vogelfluglinie“, die E 5 Aachen—Frankfurt—Passau, die E 3 Venlo—Hannover—Hamburg—Flensburg und die E 79 Hersfeld—Fulda—Würzburg—Stuttgart—Schaffhausen haben eine Gesamtlänge von 2700 Kilometern.

*

Uraufführung Dokumentarfilm „Völkerbrücke“

In Rendsburg wurde der im Auftrag der Landesregierung hergestellte farbige Dokumentarfilm „Völkerbrücke“ uraufgeführt. Wirtschafts- und Verkehrsminister Hermann Böhrnsen wies auf die Bedeutung Schleswig-Holsteins als Völkerbrücke zwischen Skandinavien und Mitteleuropa hin. Der Film wolle einen Überblick geben über die durch Schleswig-Holstein laufenden internationalen Verkehrswege. Neben den Europastraßen 3 und 4 und der Bundesstraße 5 hob der Minister den Autotunnel unter dem Nord-Ostsee-Kanal und die ihrer Vollendung entgegengehenden Bauten für die Vogelfluglinie sowie die neuen Fährverbindungen zwischen Schleswig-Holstein und den nordischen Ländern hervor. Als weitere große Maßnahmen nannte er den Bau einer Autobahn von Hamburg nach Norden, den Bau eines internationalen Flughafens und die Elektrifizierung der Bundesbahn. Die Zeit schein reif zu sein für ein einiges großes Europa, in dem unserem Lande die große Rolle zukomme, Völkerbrücke zu sein zwischen dem Norden und dem Süden.

*

Erste Sturmflutmedaillen verliehen

In einer Feierstunde im Kieler Landeshaus verlieh Ministerpräsident von Hassel Ende August die ersten Sturmflutmedaillen an Männer und Frauen, die sich während der Sturmflut vom 16./17. Februar besondere Verdienste erworben haben. Die Frauen und Männer waren von den Kreisen an der Westküste, den an der Abwehr der Katastrophe beteiligten Verbänden und Organisationen und von der Bundeswehr vorgeschlagen worden. Unter den Ausgezeichneten befinden

sich Angehörige des DRK, der Feuerwehr, der Polizei, des Technischen Hilfswerks und der Bundeswehr sowie Deichgrafen. Über 10 000 Männer und Frauen sollen die Auszeichnung erhalten.

*

Die große Flut 1962 – Der kommenden Generation zur Erinnerung

ist der Titel einer Broschüre zur Erinnerung an die Flutkatastrophe an der schleswig-holsteinischen Westküste. Sie ist eine Gemeinschaftsarbeit der Redaktion der Husumer Nachrichten. Wir erhielten freundlicherweise die Erlaubnis zur Veröffentlichung der in diesem Heft abgebildeten Karten, aus denen die Ursachen und Folgen der großen Flut erkennbar sind.